Die Grünen: Eine Anti-Deutschlandpartei, S. 2

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 32 – 11. August 2017

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Vertrauen beschädigt: Polens Verteidigungsminister Antoni Macierewicz (l.) und PiS-Chef Jaroslaw Kaczynski

Bild: Mauritius

Wenn Warschau zündelt

Ein heikles Spiel: Wer Reparationen fordert, provoziert Grenzdebatten

Die neuesten polnischen Reparationsforderungen sind zwar lächerlich. Dennoch können sie einigen Schaden anrichten.

Führende Vertreter der polnischen Regierungspartei PiS haben von Deutschland Reparationen wegen des Zweiten Weltkriegs gefordert, so auch Verteidigungsminister Antoni Macierewicz, ein enger Vertrauter von PiS-Parteichef Jaroslaw Kaczynski.

Berlin wies die Forderungen postwendend zurück. Polen habe bereits 1953 endgültig auf derlei Forderungen verzichtet und dies nach dem Ende der sowjetischen Vorherrschaft mehrfach bekräftigt. Schon im vergangenen Jahr hatte daher der damalige Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier entsprechende Drohungen seitens Kaczynski mit den Worten abgeschmettert, die Reparationsfrage sei „rechtlich und politisch abgeschlossen“.

Was die polnische Seite zu derlei abenteuerlichen wie aussichtslosen Vorstößen motiviert, darüber kann nur spekuliert werden. Möglicherweise handelt es sich um eine Retourkutsche. Von deutschen wie anderen (west-)europäischen Politikern waren (auch finanzielle) EU-Sanktionen als Druckmittel ins Gespräch gebracht worden, um Polen zur Aufnahme von Asylsuchern zu drängen. Dies wurde an der Weichsel als Erpressung und Anmaßung empfunden.

> Plötzlich ist die Oder-Neiße-Grenze wieder Thema

Dessen ungeachtet stellt die neuerliche polnische Provokation eine gewaltige Dummheit dar. Die PiS-Politiker beschwören die Gespenster der Vergangenheit herauf und beschädigen so das Vertrauen zwischen beiden Völkern.

Zwar haben die deutschen Vertriebenenverbände klipp und klar auf alle Rückgabeansprüche auf die Deutschland entrissenen Ostgebiete verzichtet. Dennoch haben die polnischen Forderungen umgehend eine verblüffend ausgedehnte Debatte über die (historisch erledigte) Ostgrenzenfrage in Leserbriefspalten und Internetforen auch großer deutscher Leitmedien entfacht.

Hintergrund ist, dass die Anerkennung des Verlustes der historischen Ostgebiete von nicht wenigen Deutschen als größte Reparationsleistung der Geschichte angesehen wird. Darüber hinaus gehende Forderungen erscheinen hier als Anlass, über die betreffenden Gebiete erneut zu reden.

Dies könnte wiederum auf polnischer Seite Befürchtungen nähren, die deutschen Nachbarn hätten sich womöglich doch nicht so endgültig mit der heutigen Grenze abgefunden, wie sie es vertraglich und in unzähligen Erklärungen zugesichert haben. Der Teufelskreis des Misstrauens wäre eröffnet.

Soweit dürfen es die besonnenen Geister beiderseits der Grenze nicht kommen lassen. Deutschland ist Polens wichtigster Nachbar, für Deutschland ist Polen die zumindest zweitgrößte Nation, an die unser Land direkt grenzt. Berlin wie Warschau sollten ihr Verhältnis weder mit lächerlichen Reparationsforderungen noch mit anmaßenden Tönen in der Asylfrage vergiften. *Hans Heckel*

Jan Heitmann:

Ohne Würde

Wer sich über ein Jahreseinkommen von über 220000 Euro plus Zulagen freuen kann, läuft gewiss nicht Gefahr, sich etwas hinzuverdienen zu müssen, um über die Runden zu kommen. In dieser glücklichen Lage ist der 58-jährige Altbundespräsident Christian Wulff. Der Anspruch auf diese üppige, Ehrensold genannte Apanage, die ihn wirtschaftlich und damit von Einflussnahmen unabhängig machen soll, ist unbefristet und an keine Bedingungen geknüpft.

Der amtierende Bundespräsident darf als „neutrale Kraft“ kein weiteres besoldetes Amt, kein Gewerbe und keinen Beruf ausüben und auch kein gewerbliches Unternehmen führen. Für einen Altbundespräsidenten gilt das zwar nicht explizit, aber als ehemaligem Staatsoberhaupt kommt ihm eine ähnliche Stellung zu, die den Verzicht auf eine Berufsausübung eigentlich selbstverständlich macht.

Bis auf Christian Wulff haben das alle seine Vorgänger so gehalten und sich, wenn sie nicht für den Rest ihres Lebens die Hände in den Schoß legen wollten, ehrenamtlich engagiert. Wenn Wulff nun hinzuverdient und sich damit in Abhängigkeiten begibt, widerspricht das dem Gedanken der staatlichen Lebenszeitversorgung der Bundespräsidenten. Aber das ist typisch für ihn. Er hat ja auch 2012 sein Amt nicht verloren, weil er sich rechtswidrig verhalten hat, sondern weil er den Hals nicht vollkriegen konnte und durch seinen kritikwürdigen Umgang mit der Wahrheit und den Medien das Amt beschädigt hat. So, wie er sich damals nicht dessen Würde entsprechend verhalten hat, verhält er sich jetzt nicht der Würde eines Altpräsidenten entsprechend. Er sollte entweder seine Berufstätigkeit beenden oder auf den Ehrensold verzichten.

Kammerzwang rechtens

Bundesverfassungsgericht: Mitgliedschaft und Beiträge nötig

Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass die an die Pflichtmitgliedschaft in Industrie- und Handelskammern gebundene Beitragspflicht verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden ist. Zwei Kammermitglieder hatten geltend gemacht, dass die durch das Gesetz über die Industrie- und Handelskammern festgelegte Pflichtmitgliedschaft und die daraus resultierende Beitragspflicht nicht mit dem Grundgesetz vereinbar seien.

Die Verfassungsrichter hingegen argumentierten, die Einbindung in die Industrie- und Handelskammern im Wege der Pflichtmitgliedschaft sei gerechtfertigt, denn deren Aufgaben entsprächen der für die wirtschaftliche Selbstverwaltung typischen Verbindung von Interessenvertretung, Förderung und Verwaltungsaufgaben, die vom Bundesverfassungsgericht bereits mehrfach als legitimer Zweck für die Pflichtmitgliedschaft angesehen worden sei. Gerade die Pflichtmitgliedschaft sichere, dass alle regional Betroffenen ihre Interessen einbringen könnten und diese fachkundig vertreten würden. Dies sei auch mit Blick auf die weiteren Aufgaben der Kammern, Prüfungen abzunehmen und Bescheinigungen zu erteilen, gefragt. Die Regelungen zur Pflichtmitgliedschaft seien geeignet, diese Zwecke zu erreichen, und damit eine taugliche Grundlage für die Erhebung von nach dem Gewerbeertrag gestaffelten Beiträgen. Die dadurch entstehende Belastung der Betriebe wiege nicht sehr schwer. Es sei nicht ersichtlich, dass den Kammern Aufgaben zugewiesen würden, die unnötige Kosten nach sich zögen, oder dass es andere Möglichkeiten gebe, finanzielle Mittel mit geringerer Eingriffswirkung gleichermaßen verlässlich von den Betroffenen zu erheben. Zudem sei die Wahrnehmung der Aufgaben der Kammern hinreichend demokratisch legitimiert.

Der Eingriff in die allgemeine Handlungsfreiheit der Kläger erscheine unter Berücksichtigung des weiten Einschätzungsspielraums des Gesetzgebers erforderlich. *Jan Heitmann*

Kein Interesse an TTIP

Regierungsmitglieder verzichten auf Einsicht in Vertragsunterlagen

Mehr Transparenz hinsichtlich des Verhandlungsstandes, das war eine Forderung nicht nur der Gegner des umstrittenen Freihandelsabkommens mit den USA. Mit der Information der Öffentlichkeit ist es noch immer nicht weit her, aber seit Mai 2015 kann sich zumindest die Bundesregierung über den Stand der Verhandlungen informieren. Wie sie in der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Grünen-Fraktion eingestehen muss, hat jedoch nach über zwei Jahren noch kein einziges Regierungsmitglied von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, sich die TTIP-Unterlagen im Leseraum der US-Botschaft in Berlin vorlegen zu lassen. Es hätten lediglich 37 Mitarbeiter verschiedener Ressorts auf Fachebene die „konsolidierten Texte“ eingesehen, wobei es ihnen freigestanden habe, Notizen anzufertigen.

Die Bundestagsabgeordneten warten noch immer vergeblich darauf, selbst Einblick in die Dokumente nehmen zu dürfen. Dabei haben die EU-Staaten nach langen Verhandlungen mit den USA erwirkt, dass Mitglieder nationaler Parlamente Zugriff auf die Dokumente erhalten müssen – allerdings ebenfalls nur in einem speziell geschützten Leseraum in der US-Botschaft und nur unter Aufsicht eines US-Beamten. Kopien dürfen gar nicht und Notizen nur mit Hilfe von Papier und Bleistift gemacht werden. Nach Angaben von Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) soll den Bundestagsabgeordneten demnächst Zugang zu den Dokumenten gewährt werden.

Unterdessen weigert sich Bundeskanzlerin Angela Merkel weiterhin, die 1,6 Millionen in Deutschland gesammelten Unterschriften gegen die Freihandelsabkommen TTIP und CETA entgegenzunehmen. Wie die Bürgerinitiative „Stopp TTIP und CETA“ mitteilt, bemüht sie sich seit fast zwei Jahren um einen Termin bei der Kanzlerin. Diese ließ sie jedoch immer wieder abblitzen und durch einen Ministerialbeamten auf den Postweg verweisen. *J.H.*

MELDUNGEN

EU macht Druck auf Asylbehörden

Luxemburg – Eleanor Sharpston, Generalanwältin am Europäischen Gerichtshof, kritisiert die deutschen Asylbehörden wegen der schleppenden Überstellung von Flüchtlingen, die über einen anderen EU-Staat eingereist sind. Sie erwartet für 2017 eine Verdoppelung der Verfahren gegenüber dem Vorjahr und bemängelt, es fehlten in Deutschland Richter und Personal, teilweise auch Räume und IT-Kapazitäten. Sie gesteht den Justizverwaltungen zu, willig zu sein, doch hätten sie Schwierigkeiten, geeignetes Personal zu finden. Der Bund Deutscher Verwaltungsrichter warnt schon länger, die deutschen Gerichte stünden wegen der großen Zahl von Asylverfahren bereits vor dem Kollaps (siehe *PAZ* vom 4. August). Die Bundesregierung sieht sich hier nicht in der Pflicht und verweist darauf, dass eine Aufstockung der Kapazitäten an den Verwaltungsgerichten eine Angelegenheit der Bundesländer sei. *J.H.*

Urlaub vom Gottesstaat

Teheran – Die bekannte iranische Fernsehmoderatorin Azadeh Namdari wurde in der Schweiz bei einem Urlaub unverschleiert und beim Biertrinken erwischt. In ihrem Heimatland trägt sie nicht nur ganz züchtig den schwarzen Ganzkörperschleier Tschador, sondern macht sogar noch bei allen Gelegenheiten für ihn Reklame. So hat sie vor zwei Jahren großspurig verkündet, dass sie sich nur mit einem Tschador wohl fühle, sicher, respektiert und geschützt. Von den vielen selbsternannten Beschützern der islamischen Revolution wurde Namdari als Ikone der Züchtigkeit geradezu verehrt. Tatsächlich ist die Prominente das beste Beispiel dafür, dass die islamische Lebensweise im Gottesstaat nach fast 40 Jahren religiösen Zwangs immer mehr zu wünschen übriglässt. Die meisten Frauen im Iran tragen heute das Kopftuch eher locker über dem Kopf, oft werden nicht einmal mehr die Haare alle verdeckt, wie es die iranische Lesart des Koran vorschreibt. Während es im Westen immer mehr vollverschleierte Salafistenfrauen gibt, werden diese im Gottesstaat ebenso wie die Besucher der Moscheen immer weniger. Vollverschleierte Frauen fallen deshalb im Iran immer mehr auf. Nur religiöser Zwang hält den Gottesstaat noch zusammen. Bei Verlassen des Iran fällt das Zwangsgebäude, wie der Fall Namdari zeigt, jedoch schnell zusammen. *B.B.*

»Volksfeindliche Anti-Deutschlandpartei«

Grünen-Gründungsmitglied Rolf Stolz über Vergangenheit und Zukunft seiner Partei

Der 1949 in Mülheim an der Ruhr geborene Rolf Stolz gehört zu den Gründungsmitgliedern der grünen Partei in Deutschland und ist ihr bis heute in „kritischer Solidarität“ verbunden. Den derzeitigen Kurs von Bündnis 90/Die Grünen hält er für nicht zukunftsfähig. Stattdessen plädiert er für eine programmatische Rückbesinnung der grünen Bewegung auf ihre Gründerzeit. Scharf verurteilt er starke antideutsche Strömungen in der Partei und mahnt verantwortungsethischen Realismus in Zuwanderungsfragen an. Bernd Kallina sprach für die *PAZ* mit Rolf Stolz.



„Dissidentischer Linker“: Grünen-Gründungsmitglied Rolf Stolz Bild: blu-news.org/CF

PAZ: *Sie waren 1980 Mitbegründer der Grünen, saßen im Bundesvorstand dieser Partei und gehören ihr auch heute noch an. Wenn Sie zurückblicken: Was sind die auffälligsten Veränderungen von damals zur Gegenwart?*

Rolf Stolz: Es gibt mehrere Veränderungen. Die Grünen waren 1980 eine kleine Partei, aber sie drückten in ihrer Mitgliedschaft die Vielfalt des Lebens aus. Es gab Reiche und Arme, sowohl beruflich Etablierte wie auch Suchende und gründlich Gescheiterte, es gab neben vielen Intellektuellen durchaus Arbeiter, Hausfrauen, Handwerker, Bauern. Damals hatten die Grünen die Chance, die Partei „von Gruhl bis Dutschke“ zu werden, also Wertkonservative und nationale Linke, Ökolibertäre und demokratische Sozialisten zu vereinen. Dass dies scheiterte, machte aus den Grünen eine hundsgewöhnliche „FDP 2.0“. Gravierende Veränderungspunkte waren des Weiteren: Als 1985 der Stasi-Agent Dirk Schneider die Deutschlandpolitik der grünen Bundestagsfraktion an sich riss, als Joschka Fischer 1998 sich als Lieblingsschoßhund der US-Außenministerin Madeleine Albright das Rüstzeug für seine jetzige Tätigkeit in der internationalen Beratungsfirma „Joschka Fischer and Company“ erwarb, wurde aus den Grünen nach und nach eine volksfeindlich-globalistische Anti-Deutschland-Partei im Schlepptau der internationalen Hochfinanz.

PAZ: *In ihrer Aufbruchsphase und auch später bot diese Partei oftmals ein chaotisches Erscheinungsbild, Manche meinten, dass es bei den Grünen zuginge „wie bei Hempels unterm Sofa“.*

Stolz: Ich sehe das nicht nur negativ! Die Grünen der Gründungsjahre hatten mit oft quälenden Endlosdebatten zu kämpfen. Fraktionsweise und mit hocherhobenen Armen jagte ein Geschäftsordnungsantrag den anderen. Wer – wie ich – solchen Streit zu moderieren hatte, attackierte dabei seine Nerven und seine Stimmbänder. Dennoch war dieses Übermaß, bei dem oft auf hohem Niveau um Weg und Ziel gerungen wurde, 100-mal besser als die gegenwärtige, angeblich alternativlose Kirchhofsruhe, bei der jeder Zweifel an den parteioffiziellen Doktrinen – ich nenne die Stichworte Multikulturalismus, unbegrenzte Zuwanderung, friedlicher Islam, Gender-Ideologie und so weiter – für verboten erklärt und mit Ausgrenzung verfolgt wird.

PAZ: *Die Grünen waren vor 1989 als einzige westdeutsche Partei bereit, die DDR völkerrechtlich umfassend anzuerkennen, wenn wir einmal von westlichen SED-Ableger DKP absehen. Andererseits stufte die Staatssicherheit die West-Grünen schon früh als Gefahr für die SED-Diktatur ein. Eine interessante Dialektik im geteilten Deutschland, oder?*

Stolz: Bis 1984 gab es eine grüne Deutschlandpolitik, die im Sinne des von mir in der Bundesprogrammkommission 1979/80 mit erarbeiteten Saarbrücker Programms auf die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands und Gesamteuropas hinwirkte. 1983 gelang es mir, auf dem Duisburger Parteitag die Grünen dazu zu bewegen, die Forderung nach dem Abzug aller fremden Truppen zu erheben. 1983 konnte ich noch im Auftrag der Partei den ersten deutschlandpolitischen Kongress der Grünen in Köln organisieren und mit demselben Mandat 1984 mit Manfred Stolpe, Günter Gaus und Peter Bender öffentlichkeitswirksam im Politischen Club der Akademie Tutzing über Deutschland debattieren

Die Grünen heute: Eine hundsgewöhnliche FDP 2.0

und dort, wo Egon Bahr 1963 die „Neue Ostpolitik“ des „Wandels durch Annäherung“ entworfen hatte, einen Weg zur Konföderation BRD/DDR und zur Wiedervereinigung skizzieren. Der von mir 1984 gegründete parteiunabhängige „Initiativkreis Linke Deutschland-Diskussion“ (LDD) und die „Koordination Friedensvertrag“ vereinigten damals die Aktivisten, die ein anderes Deutschland wollten – vom ersten Tag an konfrontiert mit einer Hasskampagne des linken Sumpfes und der etablierten Politik.

PAZ: *Hass von wem?*

Stolz: Mit von der Partie gegen uns waren damals diejenigen, die ab 1985 als „Ständige Vertretung der DDR in den Grünen“ fungierten: Der vorhin schon erwähnte Stasi-Agent Dirk Schneider, Henning Schierholz, er ging später zur PDS, und Jürgen Schnappertz. Natürlich sah die DDR-Regierung in ihren Einflussagenten und deren naiven Fellow Travellers keine Gefahr, wohl aber in den unbestechlichen Verfechtern einer neutralistisch-blockübergreifenden Politik.

PAZ: *Als dann 1989 die Mauer fiel, demonstrierten führende Grüne, allen voran beispielsweise Claudia Roth, in Frankfurt im Mai 1990 nicht etwa im Sinne von „Deutschland einig Vaterland“ pro Unterstützung der mitteldeutschen Aufständischen gegen die SED-Diktatur mit gesamtdeutscher Perspektive, sondern mit der verstörenden Parole „Nie wieder Deutschland!“. Wie erklären Sie sich diese einheitsfeindliche Agitation von damals?*

Stolz: Es gab immer schon eine zunächst schwache, dann stärker werdende antideutsche und antinationale Gruppierung in den Grünen. Weltbild und Politik dieser Leute waren und sind teils von ins Psychopathologische reichenden Ressentiments bestimmt, so beispielsweise mit Parolen wie „Deutschland von der Karte streichen – Polen muss bis Holland reichen“. Teils spekulierten hier Opportunisten auf die hilfreiche Stärke des Großen US-Bruders und des Großen Geldes, etwa nach dem Motto: Nur die USA kann uns vor NPD und Republikanern schützen.

PAZ: *Auch in der Zuwanderungsfrage fällt ein antideutscher Impuls bei vielen Grünen auf: „Deutschland muss von außen eingehegt und von innen durch Zustrom heterogenisiert, quasi verdünnt werden“, forderte beispielsweise Joschka Fischer bereits 2005 in seinem Buch „Risiko Deutschland“. Worauf läuft das hinaus?*

Stolz: In diesem Denken – eher wäre hier von einem sogenannten Denken ohne Gehirntätigkeit zu sprechen – zeigt sich verinnerlichte Fremdbestimmung. Außengeleitete Charaktere vom Typus Fahnenschwenker sind schon unmittelbar nach 1945 umgeschwenkt auf die neue herrschende Ideologie einer von den USA dirigierten neuen Weltordnung. All das „Einhegen“, „Einbinden“, „berechenbar Machen“ und so weiter dient nur dem einen Zweck, Deutschland auf ewig die Souveränität zu verweigern und

Deutschland soll auf ewig die Souveränität verweigert werden

es im Status einer US-Halbkolonie zu halten. Wie beim nazistischen „Aufnorden“ steht hinter dem „Heterogonisieren“ und „Verdünnen“ ein rassistisches, antihistorisches Konzept der gesellschaftstechnologischen Herstellung eines besseren Volkes und eines neuen Menschen.

PAZ: *Andererseits agieren viele Grüne in einem gewissen Sinne „typisch deutsch“, womit ihr oberlehrerhafter und volkspädagogischer Stil gemeint ist, Stichwort „Veggie-Day“ im letzten Wahlkampf, der dann auch prompt für Ihre Partei bescheiden ausfiel.*

Stolz: In einer Partei, in deren Funktionärskörper allzu viele beurlaubte Lehrer sich tummeln, darunter viele an ihrer eigenen Laisser-faire-Pädagogik gescheiterte, verbreitet sich leider allzu oft das Gefühl der eigenen Unfehlbarkeit. Solche Leute, die wenig gelernt und das meiste davon vergessen haben, sehen den Politiker nicht als einen Menschen, der zuerst lernen muss, ehe er zu führen beginnt, und der sein Leben lang vom Volk lernen muss – sie möchten vorschreiben und anordnen.

PAZ: *Themenwechsel – Bundestagswahl 2017: Die Grünen krebsen nach aktuellen Meinungsumfragen bei rund sieben*

Sichere Wählerschaft deutlich unter der Fünf-Prozent-Marke

Prozent herum, obwohl ihre Themen wie Umwelt- und Klimaschutz, Verbraucherschutz, Gesundheit und Ernährung bei der Bevölkerung sehr hoch im Kurs stehen. Woher rührt diese Diskrepanz?

Stolz: Das hat mehrere Ursachen. Einerseits erscheint vielen Wählern eine Regierung aus CDU/CSU und FDP möglich, was die Grünen marginalisieren würde, andererseits ist deren Wählerschaft gespalten in die, die immer noch auf ein Schulz-Wunder und „Rosa-rot-grün“ hoffen, und die, die mit Winfried Kretschmann täglich für Angela Merkel und für Ministerämter in einer schwarz-grünen Regierung beten. Die feste und sichere Stammwählerschaft der Grünen liegt deutlich unter der Fünf-Prozent-Marke. Sie zu verdoppeln und neue Kräfte zu gewinnen, würde auf Bundesebene strategische Entscheidungen und charismatische Führungspersönlichkeiten erfordern. Es wäre zwingend erforderlich, die Hilfsbereitschaft vieler Menschen gegenüber tatsächlich Verfolgten zu verbinden mit Forderungen nach konsequenter Grenzsicherung, nach Abschiebung aller Illegalen und islamistischen Gefährder.

PAZ: *Welche Rolle hat beim Abschwung der Grünen ihre Verstrickung in die Kindersex-Affären gespielt, die zwar weit in ihre Anfangszeiten zurückreichen, aber erst in den letzten Jahren – zumindest teilweise - aufgearbeitet wurden?*

Stolz: Nur wenige Grüne, einige davon nicht ohne Einfluss in der Partei, waren in die Kindersex-Szene verstrickt. Was sie am Rande oder außerhalb der Partei trieben, wurde mir wie etlichen anderen erst viele Jahre später deutlich. Allerdings bleibt die zweite Schuld: die erbärmliche, beschönigende Art und Weise, wie dieses Thema aufgearbeitet wurde. Politiker wie Michael Vesper, die sich nicht auf Alzheimer berufen können, wollten sich an Protagonisten des Skandals wie den von der CDU zu den NRW-Grünen gekommenen aktiven Landespolitiker Hermann Meer kaum noch erinnern, obwohl sie dutzendfach mit ihm zusammengekommen waren.

PAZ: *Atypisch für die Grünen scheint Tübingens Oberbürgermeister Boris Palmer zu sein. Der wird im „Spiegel“ so zitiert: „Flüchtlinge sorgen für mehr Kriminalität, belegen Wohnungen und sind nicht schnell genug in den Arbeitsmarkt zu integrieren.“ Das hätte auch von Alexander Gauland, AfD, stammen können.*

Stolz: Der zitierte Satz von Boris Palmer ist richtig, er beschreibt die Sachlage. In der Tat hätte das auch Alexander Gauland so sagen können. Aber soll man als Ergebnis von eins plus eins sieben angeben, nur weil ein – angeblich – böser Mensch der Meinung ist, das Ergebnis sei zwei? Die gesammelte Hetze von Schreiberlingen aus Berliner und sonstigen Sumpf- und Feuchtgebieten gegen Palmer ist nur das Ergebnis ihrer Hilf- und Argumentlosigkeit.

PAZ: *Wie sehen Sie die Zukunft der Grünen?*

Stolz: Diese Grünen, mit dieser Führung und dieser Politik werden keine Zukunft haben. Natürlich hat eine simple Rückkehr zum Gewesenen keine Chance – das Gewesene ist längst verwest und verweht. Heute käme es darauf an, die weiterhin gültigen Grundgedanken des Saarbrücker Programms von 1980 auf die aktuelle Situation anzuwenden, um wieder zu einer radikal ökologischen, konsequent basisdemokratischen, einen Bürgerkrieg und die Verwicklung in fremde Kriege verhindernden, mit dem eigenen Volk und den Armen der Welt solidarischen Bewegung zu werden.

PAZ: *Noch eine persönliche Frage: Sie haben sich einmal als dissidentischen Linken beschrieben, der seit Jahren zwischen den Fronten steht. Wie lebt es sich so „zwischen den Fronten“?*

Stolz: Es lebt sich, aber es lebt sich nicht immer einfach. Ich muss damit leben, dass ich nach einem halben Jahrhundert politischer Aktivität als unabhängiger demokratischer Linker von Leuten, denen Denken ein Fremdwort und Denunzieren ihr Lieblingshobby ist und die mich weder persönlich kennen noch je eines meiner Bücher gelesen haben, nach Aufschnappen von einzelnen Zitatbrocken und Gerüchten aus dem Internet diffamiert werde als „Rassist“, „Ultrarechter“, „Faschist“ und so weiter. Von diesen Freunden einer korrekten, reinen und ultrabunten schönen neuen Welt wird man zwar zurzeit nur geschlagen und nicht erschlagen, aber ein bisschen Terror muss schon sein. Die Palette reicht von Mobbing, vom Ausschluss aus Vereinen, dem Blokkieren von Veranstaltungen und Boykottaufrufen bis zum gezielten Totschweigen.

Bald fremd im eigenen Land

In Deutschland leben bereits 18,6 Millionen Menschen mit Zuwanderungshintergrund

Die Zahl der in Deutschland lebenden „Menschen mit Migrationshintergrund“ ist abermals sprunghaft gestiegen. Forscher machen eine verstärkte Einwanderung aus EU-Ländern sowie die Asylkrise dafür verantwortlich. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) auf Basis des Mikrozensus mitteilt, hatten im Jahr 2016 rund 18,6 Millionen Menschen in Deutschland einen Zuwanderungshintergrund. Dies entsprach einem Zuwachs gegenüber dem Vorjahr von 8,5 Prozent. Das ist der stärkste Zuwachs seit Beginn der Erhebung im Jahr 2005.



Beherrschen vielerorts bereits das Straßenbild: Vollverschleierte Frauen sind in Städten mehr die Regel als die Ausnahme Bild: pa

Europa ist weiterhin die wichtigste Herkunftsregion. Die Bedeutung anderer Erdteile hat in den letzten fünf Jahren jedoch zugenommen. „Mittlerweile haben 2,3 Millionen Menschen in Deutschland ihre Wurzeln im Nahen und Mittleren Osten. Das ist ein Zuwachs gegenüber 2011 von fast 51 Prozent. Afrika gewinnt ebenfalls an Bedeutung. Rund 740 000 Menschen sind afrikanischer Herkunft, das sind gut 46 Prozent mehr als im Jahr 2011“, heißt es in der Analyse. Die Türkei ist noch immer mit Abstand das wichtigste Herkunftsland. Mehr als die Hälfte der Menschen mit Zuwanderungshintergrund hat die deutsche Staatsbürgerschaft, insgesamt 42 Prozent bereits seit ihrer Geburt. In diesen Fällen kommt mindestens ein Elternteil aus dem Ausland, ist eingebürgert oder Spätaussiedler.

Daniel Thym vom Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration erklärte gegenüber dem Nachrichtenmagazin „Focus“: „Gemessen an der Zahl der im Ausland geborenen Menschen mit Migrationshintergrund hat Deutschland mehr Zuwanderer als die klassischen Einwanderungsländer.“ Grundlage der Veröffentlichung ist der sogenannte Mikrozensus. Dabei handelt es sich um eine jährliche, repräsentative und stichprobenartige Befragung der Haushalte. Das Ausländerzentralregister geht allerdings davon aus, dass mehr als zehn Millionen Menschen ohne deutschen Pass in der Bundesrepublik wohnen. Die Zahl fällt nach Einschätzung von Fachleuten unter anderem deshalb so hoch aus, weil sich viele Rückkehrer nicht abmelden, wenn sie Deutschland wieder verlassen.

Mit Hilfe des Mikrozensus kann zudem die sogenannte „strukturelle Integration“ der Bevölkerung mit ausländischen Wurzeln beschrieben werden. Die Bevölkerung mit und ohne Zuwanderungshintergrund unterscheidet sich zum Beispiel hinsichtlich ihres Bildungsstandes. Dies zeigt der direkte Vergleich der Personen im Alter von 25 bis unter 35 Jahren. Personen mit Migrationshintergrund haben deutlich häufiger keinen Schulabschluss (neun Prozent) als Personen ohne Migrationshintergrund (zwei Prozent) und zudem wesentlich häufiger keinen beruflichen Abschluss (32 Prozent gegenüber neun Prozent). „Andererseits erreichen beide Gruppen das Abitur (37 Prozent) und auch akademische Abschlüsse (27 Prozent) im gleichen Umfang. Unter den Personen mit Migrationshintergrund haben Zuwanderer überproportional häufig keine schulischen (zehn Prozent) und beruflichen (33 Prozent) Abschlüsse, allerdings auch überdurchschnittlich oft das Abitur (39 Prozent) und akademische Abschlüsse (29 Prozent)“, heißt es vom Statistikamt.

Kein Ende der Zuwanderung in Sicht

„Die Zuwanderung ist kein einheitliches Phänomen“, betonte der Jurist Thym gegenüber dem „Focus“: „Zuwanderer aus der EU, darunter viele Hochqualifizierte, integrieren sich bis auf wenige Ausnahmen von selbst.“ Die Wirtschaft werde auch künftig noch mehr Fachkräfte und Hochqualifizierte unterhalb des Universitätsabschlusses benötigen. Dafür sei der Gesetzgeber gefragt, denn eine erhebliche Hürde sei die Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen. In vielen Ländern gebe es kein Äquivalent zu den deutschen Voraussetzungen.

Die meisten Menschen mit ausländischen Wurzeln leben unterdessen in Nordrhein-Westfalen (fast 4,9 Millionen). An zweiter Stelle steht Baden-Württemberg (fast 3,3 Millionen) gefolgt von Bayern (fast 3,0 Millionen). Am wenigsten finden sich in Mecklenburg-Vorpommern (102 000), Thüringen (131 000) und Sachsen-Anhalt (140 000).

Wie stark der Ausländeranteil im Zuge der Asylkrise angewachsen ist, lässt sich am Beispiel von Mecklenburg-Vorpommern verdeutlichen. Der Anteil ist mittlerweile auf 3,8 Prozent der Gesamtbevölkerung angewachsen. Ende 2016 lebten hier rund 61 000 Menschen mit Pässen anderer Nationen. Rechnet man Bürger mit ausländischen Wurzeln hinzu, die deutsche Staatsbürger sind, haben 102 000 von insgesamt 1,6 Millionen Einwohnern einen Zuwanderungshintergrund. Damit beträgt der Anteil von Menschen mit ausländischen Wurzeln mittlerweile 6,3 Prozent, um 1990 hat er bei nahezu null gelegen.

Peter Entinger

Meldungen

Regierung will Bargeld behalten

Berlin – Die Bundesregierung lehnt ein Bargeldverbot kategorisch ab. „Jeglicher Idee, das Bargeld abzuschaffen, werden wir entschieden entgegentreten“, heißt es in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der Grünen-Fraktion. Die erhebliche Bedeutung des Bargelds für die Bürger „insbesondere als anonym und damit ihre Privatsphäre schützendes Zahlungsmittel“ sei der Bundesregierung bewusst. Die „persönlichen Freiheits- und Selbstbestimmungsrechte der Bürger auch im Bereich des Zahlungsverkehrs“ seien ein hohes Gut, das es zu schützen gelte. *J.H.*

Männervereine in Gefahr

München – Der Bundesfinanzhof (BFH) hat einer Freimaurerloge, die Frauen von der Mitgliedschaft ausschließt, die Gemeinnützigkeit abgesprochen. Die Gemeinnützigkeit scheitere daran, dass die Loge „nicht darauf gerichtet ist, die Allgemeinheit i. S. von § 52 Abs. 1 der Abgabenordnung zu fördern“. Für den Ausschluss von Frauen konnte die Loge weder zwingende sachliche Gründe anführen „noch war dies durch kollidierendes Verfassungsrecht gerechtfertigt“. Der BFH sah hierin keinen Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht der Loge. Denn der Loge sei es durch die Versagung der Steuervergünstigung nicht verwehrt, nur Männer als Mitglieder auszuwählen und aufzunehmen. Der BFH weist darauf hin, dass sein Urteil sich auf gemeinnützige Vereine auswirken könne, welche „wie beispielsweise Schützenbruderschaften, Männergesangsvereine oder Frauenchöre Männer oder Frauen ohne sachlichen Grund von der Mitgliedschaft ausschließen“. Dies gelte jedoch nicht für katholische Ordensgemeinschaften, denn die Förderung mildtätiger oder kirchlicher Zwecke erfordere keine Förderung der Allgemeinheit. *J.H.*

Wut auf die Fahnenflüchtige

Elke Twesten und ihr folgenschwerer Wechsel zur CDU

Hannover im Jahre 2020: Der CDU-Ministerpräsident Bernd Althusmann – seit seinem Wahlsieg am 15. Oktober im Amt – hat wieder einmal zur Pressekonferenz geladen. Am Ende der Veranstaltung lässt sein Sprecher eine letzte Frage zu. Eine Redakteurin der „Hannoverschen Allgemeinen“ möchte wissen, ob es wahr sei, dass die CDU-Politikerin Elke Twesten einen wichtigen Posten in der Konrad-Adenauer-Stiftung antreten werde und ob diese Personalie nicht ein Geschmäckle habe – nach allem, was passiert ist.

Der Ministerpräsident ist ein Politprofi. Die Schärfe in der Frage lächelt er gekonnt weg: Aber nein, man sei doch froh, dass eine so fähige und qualifizierte Person den Job übernehme, erklärt er knapp, sammelt seine Unterlagen zusammen und ist schon aus dem Raum geeilt. Die Pressekonferenz ist beendet. Die anwesenden Journalisten sehen sich ratlos an: Twesten? Twesten? War da nicht mal was? Egal, das ist eine Ewigkeit von drei Jahren her. Andere Themen sind viel heißer, und über die muss nun berichtet werden.

So oder ähnlich mag es sich abspielen, wenn das „unmoralische Angebot“ der niedersächsischen CDU an die neue Parteikollegin und ehemalige grüne Landtagsabgeordnete in die Tat umgesetzt wird – vielleicht aber auch nicht. Helge Limburg, parlamentarischer Geschäftsführer der Grünen in Niedersachsen, gab zwar zu Protokoll, dass Elke Twesten im Juni ihm gegenüber von „einem unmoralischen Angebot der CDU“ gesprochen habe. Aber wie war das gemeint? Ging es wirklich um Posten oder andere anrüchige Vorteile?

Derzeit wird über den Fall Twesten nahezu ausschließlich spekuliert und gemutmaßt. Die Wut auf die Frau, deren Parteien-Rotation die rot-grüne Mehrheit im Landtag kippte, ist bei den Düpierten riesig. Eitelkeit (Jakob Augstein, „Spiegel Online“), Verrat (Hubertus Heil, SPD), „Intrige“ (Stephan Weil, SPD) und sogar „Käuflichkeit“ (Jürgen Trittin, Grüne) werden ihr unterstellt. Dabei hat die 54-Jährige lediglich ein verfassungsgemäßes Recht wahrgenommen. Es regelt, dass Abgeordnete – gleich ob in einem Länderparlament oder im Bundestag – nur ihrem Gewissen unterworfen sind. „An Aufträge und Weisungen sind sie nicht gebunden“, heißt es in den entsprechenden Gesetzestexten. So zeigt der Wirbel um die „Fahnenflüchtige“ auch die eiserne Umklammerung der Demokratie durch die Parteien. Wenn eine Abgeordnete im Leineschloss in Hannover, dem Sitz des niedersächsischen Landtags, auf Linientreue pfeifft, schrillt die Empörung durchs ganze Land.

Intrige, Verrat oder gutes Recht?

Wer die Diplom-Finanzwirtin aus Scheeßel im Landkreis Rotenburg näher kennt, weiß zudem, dass sie sich schon immer erstaunlich schwer bei den Grünen verorten ließ. Zwar gehörte sie der Partei 20 Jahre lang an, mit giftgrünen Gewächsen à la Claudia Roth oder Katrin Göring Eckardt mochte man sie trotzdem kaum in Verbindung bringen. Elke Twesten hat keinerlei Berührungsängste, bei Veranstaltungen der Landsmannschaft Ostpreußen aufzutreten. Sie ehrte die Gefallenen beider Weltkriege im Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge – und sie habe „permanent für eine Koalition mit der CDU gejammert“ heißt es jetzt bissig aus einem grünen Ortsverband im Landkreis Rotenburg. Nun, wenn so eine Koalition tatsächlich winken sollte, dürfte sich kaum noch ein grüner Politiker am Fall Twesten stören. Wenig sorgt in der Politik so schnell für Verzeihen und Vergessen wie die Aussicht auf Regierungsämter. *Frank Horns*

Medienversagen in der Krise

Studie untersucht den Vorwurf »Lügenpresse«: Er besteht zu Recht

Im November 2015 war der Begriff „Lügenpresse“, der im Jahr zuvor bereits zum Unwort des Jahres gekürt worden war, für viele im allgemeinen Sprachgebrauch angelangt. „Lügenpresse“ war für viele Menschen einfach die Art und Weise, wie Medien über die sogenannte Flüchtlingskrise berichteten, die zu diesem Zeitpunkt ihrem Höhepunkt zusteuerte. Seit damals haftet dieser Vorwurf den Staats- und Konzernmedien an. Wie der Begriff „Unwort“ schon sagt, wurden diejenigen, die das Wort von der „Lügenpresse“ in den Mund nahmen, zugleich als rechtsradikal gebrandmarkt.

Jetzt haben Wissenschaftler der Hamburg Media School und der Universität Leipzig im Auftrag der gewerkschaftsnahen Otto-Brenner-Stiftung eine Studie erstellt, die mit wissenschaftlichen Kriterien nachweist, dass die Staats- und Konzernmedien damals flächendeckend über die Hintergründe der Flüchtlingskrise schlichtweg belogen, falsch oder schlecht informiert haben, also anders ausgedrückt, zur „Lügenpresse“ wurden. Leiter der Studie war Michael Haller, selbst Journalist und Medienwissenschaftler (siehe *PAZ* vom 28. Juli).

Die Wissenschaftler haben mehrere tausend Artikel bundesweiter sowie regional erscheinender Tageszeitungen untersucht, hauptsächlich aus dem Zeitraum von Februar 2015 bis März 2016. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass während der Zuwanderungskrise zu unkritisch über die Zuwanderung berichtet wurde. Viele Medien hätten in dieser Zeit ihren Qualitätsanspruch über Bord geworfen und sich geschlossen hinter Merkels „Wir schaffen das“ gestellt. Dabei hätten sie die Menschen, die mit dieser Thematik unmittelbar konfrontiert waren, außer Acht gelassen. Eine offene Diskussion sei damit bewusst erstickt worden. Das Asylthema sei mit „zu viel Gutmensch-Sentimentalität und zu wenigen kritischen Nachfragen an die Zuständigen“ behandelt worden, so die Studie.

Von den Konsumenten entfremdet

In rund der Hälfte der Berichte sei der journalistische Qualitätsgrundsatz, aus neutraler Sicht sachlich zu berichten, nicht durchgehalten worden. Bis zum Spätherbst 2015 habe kaum ein Kommentar einer etablierten Zeitung die Sorgen, Ängste und auch Widerstände eines wachsenden Teils der Bevölkerung – also ihrer eigenen Leserschaft – aufgegriffen. Wenn doch, dann in belehrendem, gegenüber mitteldeutschen Regionen sogar manchmal verächtlichem Ton. Kaum ein Kommentar habe zwischen Rechtsradikalen, politisch Verunsicherten und angesichts der Zuwanderungszahlen besorgten Bürgern differenziert. Der Begriff Willkommenskultur habe alles überlagern sollen, er sei zu einer Art Zauberwort verklärt worden, „mit dem freiwillig von den Bürgern zu erbringende Samariterdienste moralisch eingefordert werden konnten“, heißt es in der Studie. Wer Skepsis anmeldete, sei in die Nähe der Fremdenfeindlichkeit gerückt worden.

Haller macht als Grund dieses flächendeckenden Medienversagens von sowohl linken, liberalen als auch konservativen Blättern eine „Sinn- und Strukturkrise“ aus, welche die Medienbranche erfasst habe. „Große Teile der Journalisten haben ihre Berufsrolle verkannt und die aufklärerische Funktion ihrer Medien vernachlässigt“, heißt es. Von einer zunehmenden Entfremdung zwischen den Medien einerseits und ihren Konsumenten andererseits ist die Rede. Ob diese Entfremdung auch zu einem Rückgang in den Auflagenzahlen geführt hat, sagt die Studie nicht. Nachvollziehbar wäre es. *Bodo Bost*

Zeitzeugen



Bild: Imago

Dwayne „The Rock“ Johnson – Der momentan höchstbezahlte Schauspieler der Welt verkörperte 2015 in dem Katastrophenfilm „San Andreas“ den Rettungshubschrauberpiloten Ray Gaines. In dieser Rolle überlebte er die Zerstörung von Los Angeles und San Francisco durch die heftigsten Erdbeben aller Zeiten mit einer Stärke von bis zu 9,6 auf der Richter-Skala.

Thomas Jordan – Für den Direktor des Südkalifornischen Erdbebenzentrums gilt als sicher, dass das Epizentrum des befürchteten „Big One“ bei Riverside östlich von Los Angeles liegen werde: Erdbebenstatistisch gesehen sei die Region dort nämlich bereits „im zehnten Monat schwanger“.



Bild: pa

John Vidale – Nach Ansicht des renommierten Seismologen von der University of Washington in Seattle gehen von der Cascadia-Subduktionszone vor der Küste Oregons deutlich größere Gefahren aus als von der San-Andreas-Spalte und den anderen Verwerfungen in Kalifornien: Hier im Norden könne es tatsächlich zu einem Beben der Stärke 9 und mehr kommen. Und das wäre dann „The Really Big One“, also das „Wirkliche Große Beben“.

Suganth Kannan – Am 29. Juli 2014 prophezeite der damals 14-jährige Schüler während der International Conference on Earth Science & Climate Change auf der Basis eines selbst entwickelten mathematischen Modells, dass die Erde innerhalb der nächsten sechs Monate im Bereich des kalifornischen Napa Valley beben werde. Und tatsächlich kam es am 24. August 2014 zu dem prognostizierten Ereignis. Seitdem streiten die Gelehrten darüber, ob Kannan lediglich Glück gehabt hat oder der nobelpreisverdächtige Entdecker des „Heiligen Grals der Erdbebenvorhersage“ ist.



Bild: Imago

Enrico Caruso – Zu den Augenzeugen des verheerenden Bebens von 1906 gehörte auch der weltberühmte italienische Tenor. Er hatte am Abend des 17. April im Tivoli Opernhaus von San Francisco gesungen und überlebte die Katastrophe nur knapp. Caruso gelobte anschließend, nie wieder an den Ort des Unglücks zurückzukehren – und hielt diesen Schwur tatsächlich zeitlebens.

Damoklesschwert über L.A.

Spätestens alle 200 Jahre ein zerstörerisches Erdbeben – Das letzte war 1680

Kalifornien steht für den „Goldenen Westen“ der USA. Hier befinden sich sowohl die Traumfabrik Hollywood als auch das Hochtechnologiezentrum Silicon Valley. Aus dem „Sunshine State“ kommen viel gelobte Spitzenweine und jedermann über 21 darf Marihuana ganz legal konsumieren. Zudem ist Kalifornien die achtstärkste Wirtschaftsmacht der Welt. Und doch schwebt ein gigantisches Damoklesschwert über der scheinbar so privilegierten Region zwischen Crescent City im Norden und San Diego an der mexikanischen Grenze: „The Big One“ – das vielleicht vernichtendste Erdbeben in der Geschichte des amerikanischen Kontinents.

In Kalifornien gibt es rund 300 tektonische Verwerfungen wie die San-Andreas-Spalte und die Hayward-Falte. Diese sind das Resultat des Umstands, dass ein kleinerer küstennaher Teil des US-Bundesstaates auf der Pazifischen Platte liegt, während der größere Rest zur Nordamerikanischen Platte gehört, und beide geologische Strukturen mit einer Geschwindigkeit von durchschnittlich sechs Zentimetern pro Jahr aufeinander zudriften. Das verursacht enorme Spannungen in der Erdkruste, die zu Bruchlinien und an diesen entlang zu mehr oder minder starken Erdbeben führen. In deren Verlauf können sich die Platten dann plötzlich stark verschieben – den Rekord hält hier das Fort-Tejon-Beben vom Januar 1857 mit neun Metern.

Schätzung: Bis zu 18 000 Tote wahrscheinlich

Damit droht vor allem den Metropolregionen um Los Angeles und der San Francisco Bay Area, welche insgesamt 25 Millionen Einwohner zählen und von der Puente-Hills-Verwerfung beziehungsweise der San-Andreas-Spalte durchzogen werden, ein Inferno größten Ausmaßes. Wobei die Wahrscheinlichkeit, dass dieses auch tatsächlich eintritt, keineswegs nur im mathematisch-theoretischen Minimal-Bereich liegt: Nach seriösen Berechnungen der Bundesbehörde United States Geological Survey (USGS) wird es im Zeitraum bis 2038 mit 99,7-prozentiger Sicherheit zu einem Beben der Stärke 6,7 kommen. Gleichfalls sind noch heftigere Erdstöße zwischen 7,5 und 8,6 möglich.

Die Wahrscheinlichkeit solcher Naturkatastrophen beträgt 46 Prozent, wobei das Risiko in Südkalifornien am höchsten ist. Dort ereignen sich alle 150 bis 200 Jahre schwere, zerstörerische Erdbeben – und das letzte fand bereits 1680 statt. Sollten die Prognosen des USGS zutreffen, dann könnte es nach Schätzung der Agentur für Katastrophenschutz (Federal Emergency Management Agency) allein im Großraum Los Angeles bis zu 18 000 Tote und eine Million Obdachlose sowie Sachschäden in Höhe von 300 Milliarden Dollar geben.

Die Menschen an der Westküste der Vereinigten Staaten sitzen also auf einem Pulverfass ohnegleichen, dessen Lunte ganz offensichtlich schon brennt. Davon zeugen zahlreiche kleinere Beben, die als Vorboten des befürchteten „Big One“ gelten. Solche registrierten die Seismographen unter anderem im Oktober 2016 am Südende der San-Andreas-Spalte. Innerhalb von nur 24 Stunden rumorte die Erde hier sagenhafte 200 Mal.

Angesichts dessen rächt es sich jetzt, dass die Baustandards in Kalifornien in der Vergangenheit nicht sonderlich hoch waren, was insbesondere auf San Francisco zutrifft, wo die Gebäude nach dem großen Beben von 1906 noch deutlich nachlässiger hochgezogen wurden als vorher. Denn die Stadt wollte unbedingt ganz schnell zum Normalzustand zurückkehren und quasi wie Phoenix aus der Asche auferstehen.

Wolfgang Kaufmann

»Schlafender Riese« Cascadia

Neben San Francisco und Los Angeles in Kalifornien sind noch andere Großstädte an der Westküste der USA von vernichtenden Erdbeben bedroht, so zum Beispiel Portland (Oregon) und Seattle im Bundesstaat Washington. Verantwortlich ist in diesem Falle die etwa 1000 Kilometer lange Cascadia-Subduktionszone im Pazifik. Hier, in 50 Kilometern Entfernung vom Festland, stößt die Juan-de-Fuca-Platte auf die Nordamerikanische Platte. Dadurch wurde am 26. Januar 1700 ein Erdbeben ausgelöst, das wahrscheinlich die enorme Stärke von 9,2 auf der Richter-Skala erreichte. Historischen Quellen zufolge richtete der nachfolgende Tsunami sogar an der über 7000 Kilometer entfernten japanischen Küste Schäden an.

Seitdem ist es entlang der Plattengrenze weitgehend ruhig geblieben. Deshalb sprechen Geophysiker von einem „schlafenden Riesen“, der jederzeit wieder für extrem starke Erschütterungen der Erdkruste sorgen könnte. Präzisere Vorhersagen zur Wahrscheinlichkeit dieses Ereignisses sind jedoch kaum möglich, da es wenige Hinweise darauf gibt, wie sich die unter dem Pazifik liegende Juan-de-Fuca-Platte bewegt. Im Grunde vermögen die Wissenschaftler nicht einmal genau zu sagen, ob in der Cascadia-Zone eine Platte unter die andere taucht oder bloß die Ränder der tektonischen Strukturen aufeinander prallen.

Nicht nur Kalifornien ist gefährdet

Deshalb kommen moderne piezoelektrische Sensoren zur Erfassung minimalster Bewegungen auf dem Meeresgrund zum Einsatz. Diese Messinstrumente bilden seit Kurzem eine Kette von der Küste Oregons bis ins Zentrum der Cascadia-Subduktion und werden bald Näheres über die fraglichen Verhältnisse an der Plattengrenze verraten. Trotzdem halten sich staatliche Stellen sehr zurück, was die Finanzierung des Ganzen betrifft, weil es in der Region um Portland und Seattle im Gegensatz zu Kalifornien seit Jahrhunderten zu keiner Bebenkatastrophe mehr gekommen ist. *W.K.*



Zersörungen wie im Bombenkrieg: San Francisco nach dem großen Erdbeben von 1906

Bild: Imago

Menetekel von San Francisco

Beben von 1906 zeigt, was auf die US-Westküste zukommen könnte

Was auf Kalifornien bei „The Big One“ zukommen könnte, zeigt das verheerende Erdbeben vom 18. April 1906, das wahrscheinlich eine Stärke von bis zu 8,4 auf der Richter-Skala erreichte. Dabei dauerte das Hauptbeben lediglich 42 Sekunden. Diese reichten aber aus, um die San-Andreas-Spalte auf 477 Kilometern Länge aufzureißen. Hierdurch verschoben sich die Ränder der Pazifischen und der Nordamerikanischen Platte in der Größenordnung von bis zu sechs Metern. Die daraus resultierenden Erdstöße waren im gesamten Bereich zwischen Oregon und Nevada zu spüren.

Besonders hart traf es dabei San Francisco, das damals 400 000 Einwohner hatte. Da das Epizentrum nur drei Kilometer vor der Küste nahe der südlich angrenzenden Gemeinde Daly City lag, erlitt die pulsierende Metropole am Golden Gate erhebliche Schäden. Zunächst stürzten zahlreiche Häuser in der Innenstadt ein, was 700 Menschen das Leben kostete, dann brachen infolge geborstener Gasleitungen und zerstörter Öfen heftige, vier Tage währende Feuer aus, die weitere 3000 Todesopfer forderten. Am Ende lagen 490 Straßenblöcke mit 28 130 Gebäuden auf 13 Quadratkilometern in Schutt und Asche, wodurch rund 225 000 Personen obdachlos wurden. Der wirtschaftliche Schaden betrug nach heutiger Kaufkraft um die elf Milliarden Dollar.

Verluste: 3000 Tote, 28 130 Gebäude, 225 000 Obdachlose

Um die Brände einzudämmen, sprengten zur Hilfeleistung herbeigeeilte Militäreinheiten unter dem Kommando von Brigadegeneral Frederick Funston und Generalmajor Adolphus Greely breite Feuerschneisen in die Trümmerlandschaft. Gleichzeitig erschossen sie im Zusammenwirken mit der örtlichen Polizei und Bürgerwehren um die 500 Plünderer.

Desweiteren errichteten die 4000 abkommandierten Soldaten der Pacific Division 5600 hölzerne Notunterkünfte zu Stückpreisen zwischen 100 und 741 Dollar, in denen insgesamt 16 500 Erdbebengeschädigte unterkamen. Rund 30 dieser Bauwerke stehen noch heute – ein Ensemble aus vier Hütten mit insgesamt 720 Quadratmetern Grundfläche wechselte vor einigen Jahren für 600 000 Dollar den Besitzer. *W.K.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Mensch & Zeit, Heimatarbeit: Frank Horns; Ostpreußische Familie: Ruth Geede.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 32.

Konten: HSH Nordbank, IBAN: DE63 2105 0000 0192 3440 00, BIC: HSHNDEHH oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Für Müller wird es eng

Berliner SPD steht vor historischem Wahldebakel – »Anti-Sarrazin« schielt auf Chefposten



Es knirscht gewaltig: Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (r.) und sein Herausforderer Raed Saleh (l., beide SPD)

Bild: Imago

Wenige Wochen vor den Bundestagswahlen steckt die Berliner SPD in einem Umfragetief. Kommt es im September zu einer Wahlschlappe, könnte der Machtkampf unter den Sozialdemokraten wieder neu aufflammen.

Laut einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Forsa kündigt sich für die Sozialdemokraten in der Hauptstadt bei der Bundestagswahl eine krachende Niederlage an. Gut 1000 repräsentativ ausgewählte Berliner machten bei der „Sonntagsfrage" auf Landesebene die CDU mit 22 Prozent zur stärksten Partei in Berlin. Die SPD verlor dagegen nochmals an Zustimmung und käme bei einer Wahl zum Abgeordnetenhaus nur noch auf 20 Prozent.

Andere Umfragen sehen die SPD in Berlin im besten Fall bei 22 Prozent. Der CDU ist damit in der Spree-Metropole offensichtlich ein kleines politisches Wunder gelungen. Erst im vergangenen September hatte die Union mit 17,6 Prozent ihr historisch schlechtestes Ergebnis bei Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus einstecken müssen. Auch die Sozialdemokraten schnitten im Herbst 2016 mit einem historischen Tiefstwert bei Berlin-Wahlen ab – doch nun zeigt sich, dass es für sie sogar noch weiter abwärtsgeht.

Das Verpuffen des Schulz-Effekts und die Lage der Bundes-SPD bilden nur einen Teil der Misere. Innerhalb der Rathauskoalition hat die SPD zudem Ressorts wie die Stadtentwicklung an die Linken oder die Grünen abgegeben, mit denen früher bei den eigenen Stammwählern Punkte gesammelt werden konnten. Eine Rolle spielt auch, dass die SPD an der Spree mittlerweile schon sehr lange Zeit in Regierungsverantwortung steht. Eine Reihe von Wahlversprechen wirken vor diesem Hintergrund nicht sonderlich überzeugend, sondern provozieren eher die Frage, warum eine Umsetzung nicht schon längst erfolgt ist.

Berlins SPD muss sich für den 24. September aber nicht nur auf eine Wahlschlappe einstellen. Es droht eine doppelte Niederlage. Für den Wahltag ist nämlich auch ein Volksentscheid zur Offenhaltung des Flughafens Tegel angesetzt (die *PAZ* berichtete). Die rot-rot-grüne Regierungskoalition hat sich gegen den Weiterbetrieb des Flughafens ausgesprochen und will die Schließungspläne auch bei einem Erfolg des Volksentscheids nicht aufgeben.

Äußerungen aus den Reihen der SPD deuten darauf hin, dass in den Reihen des Senats ein Erfolg des Volksbegehrens für möglich gehalten wird. Tatsächlich scheinen CDU, FDP und AfD, die seit Monaten eine Kampagne zur Offenhaltung des City-Flughafens unterstützen, ein Thema gefunden zu haben, das bei einem Teil der Berliner gut ankommt. Egal wie das Volksbegehren ausgeht, dem Senat drohen in jedem Fall Blessuren: Ignoriert die rot-rot-grüne Koalition die Tegel-Befürworter einfach, sind weitere Proteste garantiert. Ebenso, dass die Opposition das Thema weiter am Köcheln hält. Eine Kehrtwende vom Anti-Tegel-Kurs ist wiederum dem eigenen Lager kaum zu vermitteln und würde das Dreier-Bündnis vermutlich auf eine Zerreißprobe stellen.

Obendrein droht der Koalition noch ein anderes Volksbegehren mit ähnlicher politischer Sprengkraft. Eine Initiative um den ehemaligen Justizsenator Thomas Heilmann (CDU) und den ehemaligen Neuköllner Bürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD) will mit dem Sammeln von Unterschriften beginnen, um ein Volksbegehren zur Videoüberwachung zur Kriminalitätsbekämpfung in Gang zu bringen. Vor allem Grüne und Linke lehnen den Einsatz von Videokameras vehement ab. Die Mehrheit der Berliner steht laut einer Umfrage allerdings hinter dem Einsatz der Kameras.

> Für den Moslem Saleh gehört der Islam zu Deutschland

Speziell dem Regierenden Bürgermeister und SPD-Landeschef Michael Müller stehen damit schwierige Zeiten bevor. Schon jetzt haben seine Beliebtheitswerte deutlich nachgelassen, während schwere Bewährungsproben wie die Tegel-Befragung noch bevorstehen. Mittlerweile wird ganz offen spekuliert, wann sein größter Konkurrent, der SPD-Fraktionsvorsitzende Raed Saleh, zum politischen Angriff übergehen wird. Saleh hatte bereits vor Jahren versucht, Müller in einer SPD-internen Wahl auszustechen. Der Vorstoß misslang damals gründlich. Ebenso ging Salehs Versuch daneben, Thilo Sarrazin aus der SPD ausschließen zu lassen. Erfolg hatte der 40-jährige, in Palästina geborene Saleh allerdings, als er sich eine Mehrheit organisierte, um den Vorsitz der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus zu übernehmen.

Eine Chance, Müller als SPD-Chef abzulösen, würde sich für Saleh bereits bei den SPD-Parteiwahlen im kommenden Jahr bieten. Eine Vorahnung, wohin es mit Saleh politisch gehen könnte, wenn es ihm gelingen sollte, Müller das Amt des Regierenden Bürgermeisters abzunehmen, liefert ein Buch, das der Sozialdemokrat vor Kurzem veröffentlicht hat. In dem Werk mit dem Titel „Ich deutsch. Die neue Leitkultur", greift er den Begriff der Leitkultur auf, interpretiert ihn aber in einer bemerkenswerten Weise. Er betont, wie wichtig es sei, die deutsche Geschichte auch als Sohn eines Immigranten anzunehmen. Saleh, selbst Muslim, sieht allerdings auch den Islam als Teil Deutschlands. *Norman Hanert*

Die Wippe muss wandern!

Von Vera Lengsfeld

Die Deutschen tun sich wahrhaft schwer mit der glücklichsten Stunde ihrer Geschichte. Seit 1999, dem zehnten Jahrestag des Mauerfalls, wird von einem Kreis, dem unter anderem der ehemalige Ministerpräsident der DDR, Lothar de Maizière, und der ehemalige Bürgerrechtler Günter Nooke angehören, ein Freiheits- und Einheitsdenkmal gefordert. Nach jahrelangen Diskussionen beschloss der Bundestag am 9. November 2007, es zu realisieren. Danach wurden zwei Wettbewerbe ausgelobt, bei denen insgesamt 900 Entwürfe eingereicht wurden. Als Sieger ging schließlich der Vorschlag des Stuttgarter Architekten Johannes Mila und der Tänzerin Sasha Waltz hervor.

Die beiden präsentierten eine begehbare Schale mit dem Titel „Bürger in Bewegung". Danach soll das Denkmal als begehbares kinetisches Objekt entstehen, dessen Erscheinungsbild die Besucher mitgestalten können. Wie bei der friedlichen Revolution 1989 müssen sie sich verständigen und sich zu gemeinsamem Handeln entschließen, um die „Wippe" zu bewegen: Wenn sich auf einer Schalenhälfte mindestens 20 Personen mehr zusammenfinden als auf der anderen, beginnt sich die Wippe sanft zu neigen. Das soll zur Kommunikation einladen und zu einem gemeinsamen Handeln führen. Allerdings ist zu befürchten, dass, wenn sich die bis zu 1400 Menschen, die auf der insgesamt 50 Meter breiten Schale Platz finden sollen, wie unsere Politiker verhalten, sich nicht viel bewegen wird. Auf der Oberfläche der Wippe sollen die Worte „Wir sind das Volk. Wir sind ein Volk." eingraviert werden. Das Ganze wird die enorme Summe von 15 Millionen Euro kosten.

Nachdem der Bau 2016 vom Haushaltsausschuss wegen berechtigter Bedenken, die Kosten könnten aus dem Ruder laufen, gestoppt worden war, wurde ein Jahr später bei einem Frühstück der Koalitionsfraktionschefs dieser Stopp wieder aufgehoben. Trotzdem nimmt die Diskussion kein Ende. Berlins neuer Kultursenator Klaus Lederer (Linkspartei) will das Denkmal immer noch verhindern. Andere haben nach wie vor Probleme mit dem Standort, dem Sockel des ehemaligen Nationaldenkmals, dessen Mosaike geborgen werden konnten und dessen wiedererrichteten Kolonnaden das Schlossensemble abrunden könnten.

Deshalb versammelt sich seit Wochen Tag für Tag eine Gruppe von mindestens sieben Personen, die ab 19 Uhr für sieben Minuten die Verlegung der Wippe fordern. Die Aktion soll bis zu den Bundestagswahlen fortgesetzt werden. Und die Berliner? Laut einer Umfrage wollen 16 Prozent der Befragten die „Einheitswippe", 43 Prozent dagegen die Wiedererrichtung der Kolonnaden des Kaiser-Wilhelm-Denkmals. Aber das Volk hat bei diesem Vorhaben keine Stimme.

Besetzer sind »überrascht«

Von Asylsuchern besetzt: Bezirk will Schule räumen – oder nicht?

Am 12. Juli hat das Landgericht Berlin auf Antrag des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg entschieden, dass die Gerhart-Hauptmann-Schule geräumt werden kann. Statt aber die ehemalige Schule für die vom Bezirk angestrebte Nutzung nun zügig freizumachen, verhandelt Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann (Grüne) weiter mit den Besetzern: „Wir werden noch ein Angebot machen. Ich hoffe, dass die Bewohner dieses annehmen."

Einer der Gründe, warum der Bezirk – nach rund fünf Jahren Duldung der illegalen Besetzung durch Asylsucher – nun Ernst machen will, sind die Kosten von bereits mehr als fünf Millionen Euro. Jährlich kommen 780 000 Euro hinzu. Mehrere Anläufe des Bezirks, die Besetzer loszuwerden, scheiterten. 2014 versuchten Linkspartei und Piratenpartei sogar, den damals zuständigen Stadtrat Hans Panhoff (Grüne) abwählen zu lassen.

Einer der Besetzer, Younous Abou Bakar, klagt nach dem Urteil: „Mir geht es sehr schlecht, alle meine Freunde sind traurig." Er erfährt Unterstützung von einer „Nachbarschaftsinitiative Ohlauer Straße" (NIO): „Wir lehnen eine Räumung ab."

> Stillhalten der Politik kostete bislang fünf Millionen Euro

Die angestrebte Nutzung des Gebäudes durch den Bezirk mutet seltsam an. In dem bereits leeren Teil der Schule hat sich das Theater „Expedition Metropolis" eingerichtet. Von dort heißt es, nach einer dreijährigen mietfreien Anlaufphase wolle man versuchen, für die Räume Miete zu zahlen.

Die Unterstützer der Besetzer bekunden wegen der anstehenden Räumung „Enttäuschung", „Überraschung" und „Trauer": „Es ist ein Menschenrecht, sich jederzeit überall niederzulassen – deshalb fragen wir nicht nach Papieren", so einer von ihnen. Es ist von einer aggressiven Reaktion des (grün dominierten) Bezirks die Rede. Baustadtrat Florian Schmidt (Grüne) kann die Vorwürfe nicht verstehen. Seine zuletzt geführten Gespräche seien konstruktiv gewesen. Man wolle im September sogar einen Container als Büro des geplanten „Refugee-Centers" aufbauen, hieß es.

Die Nachbarschaftsinitiative NIO fordert den Bezirk auf, mit den Bewohnern der Schule und den Unterstützern an einer konstruktiven Lösung zu arbeiten. Die Gerhart-Hauptmann-Schule wurde schon im Dezember 2012 von Asylsuchern besetzt. Seither sind die staatlichen Stellen nicht in der Lage, das Gebäude zu räumen. Der Ort wurde inzwischen zu einem Symbol für „rechtsfreie Räume" in Berlin. *Hans Lody*

Parade unter Beschuss

AfD kritisiert CSD-Motto »Jede Stimme gegen Rechts« scharf

Die Berliner AfD hat die Organisatoren der 38. Christopher-Street-Day-Parade (CSD) scharf kritisiert. Der Umzug für die Rechte von Schwulen, Lesben, Transsexuellen und Transgendern am 22. Juli stand unter dem Motto „Mehr von uns – jede Stimme gegen Rechts!" Laut den Organisatoren war das Motto das Ergebnis einer Abstimmung über fast 200 eingereichte Vorschläge.

Frank-Christian Hansel, Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, kritisiert, dass sich die Veranstalter mit dem Motto als „Vorfeldorganisation linker und grüner Parteien" präsentiert hätten: „Nach meiner persönlichen Erfahrung sind viele, wenn nicht die meisten Homosexuellen eher konservativ eingestellt. Und nicht wenige von ihnen stehen der AfD nahe, weil diese als einzige Partei den Mut hat, die Hauptursache der zuletzt sprunghaft gestiegenen Zahl beleidigender oder gewalttätiger Übergriffe gegen Homo-, Inter- und Transsexuelle zu benennen: Den massenhaften und unkontrollierten Zuzug von Muslimen aus patriarchalisch geprägten Clan-Gesellschaften mit stark homophober Tendenz."

> Hansel: »Meiste Homosexuelle eher konservativ«

Tatsächlich ist es am Berliner Alexanderplatz und im Szeneviertel rund um den Nollendorfplatz inzwischen wiederholt zu Überfällen und schweren Gewalttaten gegen Homosexuelle gekommen, bei denen häufig junge Araber oder südosteuropäische Diebesbanden als Tatverdächtige gelten. Die Berliner Polizei registrierte im vergangenen Jahr mit 162 Straftaten gegen die sexuelle Orientierung sogar ein Rekordhoch.

Ein besonders brutaler Übergriff ereignete sich im März auf dem Alex: Zwei Männer attackierten eine lesbische Frau so schwer, dass diese wegen eines Kieferbruchs und weiterer Verletzungen am Kopf und im Gesicht ins Krankenhaus eingeliefert werden musste. Experten der Polizei schätzen, dass zwischen 80 und 90 Prozent der Delikte gar nicht angezeigt werden.

Im Zuge der Berichterstattung zum Berliner CSD wurde bekannt, dass von Brandenburgs Sozialministerium offenbar schon seit Jahren Fördermittel im Zusammenhang mit der Parade fließen. Wie die „Potsdamer Neuesten Nachrichten" berichten, hat das Land „im Gegensatz zu den vergangenen zehn Jahren" in diesem Jahr keine Mittel bewilligt, damit der Verein „Gaybrandenburg" mit einem Wagen am Berliner CSD teilnehmen kann. *N.H.*

MELDUNGEN

Grönland bleibt vorerst dänisch

Godthåb/Nuuk – Grönland wird bis auf Weiteres Teil Dänemarks mit weitreichenden Autonomierechten bleiben. Wie die Zeitung „Der Nordschleswiger“ mit Sitz im dänischen Apenrade berichtet, ist ein Versuch, Grönlands Ministerpräsidenten Kim Kielsen von seinem Posten als Chef der Sozialdemokraten zu stürzen, fehlgeschlagen. Nielsens Parteifreund und ehemaliger Minister Vittus Qujaukitsoq wollte den Vorsitz übernehmen, um die völlige Unabhängigkeit von Kopenhagen im Hauruckverfahren durchzusetzen, scheiterte aber mit 19 zu 48 Stimmen. Nun kann Nielsen seine Politik der behutsamen Abnabelung von Dänemark fortsetzen. *H.H.*

Kohle aus USA statt Donbass

Kiew – Bis Jahresende will Kiew 700000 Tonnen Kohle aus den USA importieren. Im September wird die erste Lieferung von 85000 Tonnen aus Pennsylvania in der Ukraine erwartet. Mit dem im Juli ausgehandelten Vertrag will die Ukraine sich von russischen Kohlelieferungen unabhängig machen. Wegen des von der Kiewer Regierung verhängten Handelsverbots mit den von Separatisten kontrollierten Gebieten im Donbass hatten sich ukrainische Unternehmen gezwungen gesehen, Kohle aus Russland zu beziehen. Die Agenturen bezifferten die Kosten für die amerikanische Kohle auf 113 US-Dollar pro Tonne. „Sputnik“ zitiert einen Bericht der US Energy Information Administration, wonach die USA den Preis für ihre Zechenkohle verdreifacht haben soll. Kiew berechneten sie bis zu 206 US-Dollar pro Tonne, im vergangenen Jahr seien es noch 71 US-Dollar gewesen. Norwegen zahle dagegen weniger als im Vorjahr, nämlich 125 statt 140 US-Dollar. *MRK*

Auf dem Weg zur Staatskrise

Das Verhältnis zwischen den französischen Streitkräften und Präsident Emmanuel Macron ist zerrüttet

Zwischen den französischen Streitkräften und ihrem Oberbefehlshaber Emmanuel Macron stehen die Zeichen auf Sturm. Auslöser sind Einschnitte in Höhe von 850 Millionen Euro im laufenden Wehretat, die der Präsident der schon seit Jahren unterfinanzierten und überstrapazierten Streitkräften zumutet und die in einem krassen Gegensatz zu seinem Wahlversprechen stehen, den Verteidigungshaushalt bis 2022 schrittweise auf zwei Prozent des Bruttosozialproduktes des Landes zu erhöhen.

In einer vertraulichen Sitzung der parlamentarischen Verteidigungskommission vom 12. Juli lieferte der Generalstabschef Pierre de Villiers entsprechend seiner Aufgabe den Abgeordneten eine schonungslose Analyse des desolaten Zustands der Armeeausrüstung und äußerte in drastischen Worten seinen Unwillen, weitere Einsparungen zu akzeptieren. De Villiers Kritik hinter verschlossenen Türen drang in die Presse, was darauf schließen lässt, dass einer der Abgeordneten seine Äußerungen bewusst den Medien zugespielt hat. Präsident Macron erniedrigte daraufhin de Villiers in aller Öffentlichkeit und in Gegenwart aller hochrangigen Soldaten während des traditionellen Empfangs am Vorabend des Nationalfeiertags. Er warf ihm unter anderem vor, dass es „unwürdig ist, bestimmte Debatten öffentlich auszutragen“ und erklärte den anwesenden Generalen: „Ich bin Verpflichtungen eingegangen. Ich bin Ihr Chef.“

Nach der Parade am 14. Juli, an der Macron und de Villiers Seite an Seite teilgenommen hatten, schrieb der Generalstabschef auf seiner Facebook-Seite ohne den Präsidenten explizit zu nennen: „Jeder hat seine Unzulänglichkeiten, keiner verdient es, dass man ihm blind folgt. ... Vertrauen ist eine lebendige Tugend. Es bedarf dafür Beweise. Es muss tagein, tagaus verdient werden, um einen aktiven Gehorsam hervorzubringen, dort, wo die Zustimmung über den Zwang siegt.“ Macron antwortete darauf in einem Interview mit der Zeitung „JDD“ : „Die Republik funktioniert so nicht. Wenn sich der Generalstabschef und der Präsident nicht einig sind, wird der Generalstabschef ausgetauscht.“ An de Villiers gewandt erklärte er: „Er hat mein Vertrauen, unter der Bedingung, dass er die Hierarchie kennt und weiß, wie sie funktioniert, in der Republik und in der Armee.“ Macron beschuldigte de Villiers in dem Interview zudem, nicht die Interessen der Soldaten, sondern die der Waffenlobby zu vertreten: „Ich habe Soldaten im Kriegseinsatz, Menschen, die viel erwarten; ich respektiere sie, ich schulde ihnen Schutz: Die Interessen der Armee müssen über denen der Industrie stehen.“

> Vordergründig geht es um gebrochene Wahlversprechen und drastische Kürzungen im Verteidigungshaushalt

Der Präsident hatte geplant, den Generalstabschef am 21. Juli nach einem Vier-Augen-Gespräch abzusetzen, doch de Villiers kam dem am 19. Juli mit seinem Rücktritt zuvor. Per Kommuniqué erklärte er, dass er sich nicht mehr in der Lage sehe, den Fortbestand des Armeemodells zu garantieren, das er für den Schutz von Frankreich und der Franzosen heute und morgen und für die Bestrebungen des Landes für unerlässlich halte. Weiter sagte er: „Im strengsten Respekt der Loyalität, die immer die Grundlage meiner Beziehungen zur politischen Führung und zu den Abgeordneten war, glaubte ich, dass es meine Pflicht sei, sie mehrmals hinter verschlossenen Türen und in aller Ehrlichkeit und Wahrheit über meine Vorbehalte zu informieren“.



Wenden sich voneinander ab: Emmanuel Macron und die ihm unterstellten Streitkräfte Bild: ddp Images

Bei seinem Auszug aus dem Verteidigungsministerium am gleichen Tag feierten den General tausende Soldaten, darunter auch Hunderte von Generalen frenetisch – sehr zum Missfallen der Regierung. Deren Sprecher, der Ex-Sozialist Christophe Castaner, beschuldigte den Ex-Generalstabschef am 21. Juli im „Figaro“, eine „deloyale Kommunikation betrieben und seinen Rücktritt inszeniert“ zu haben. Er fügte hinzu: „Sein Verhalten war inakzeptabel. Man hat noch nie einen Generalstabschef gesehen, der sich über einen Blog oder mit Hilfe von Journalisten äußert oder der sich an die Präsidentschaftskandidaten während des Wahlkampfes wendet, wie es der Fall war. Er hat sich verhalten wie ein Dichter, der seine Forderungen geltend macht. Wir hätten lieber seine strategischen Versionen gehört anstelle seiner Kommentare zu finanziellen Entscheidungen.“

Macron ernannte zwar inzwischen einen neuen Generalstabschef, doch die Wogen sind damit nicht geglättet. Am 28. Juli veröffentlichten 15 hochrangige Soldaten im Ruhestand, darunter fünf Generale, einen offenen Brief an den Präsidenten, in dem sie sein Verhalten kritisieren und ihre Solidarität mit de Villiers ausdrücken.

Der Konflikt zwischen dem Präsidenten und der Armee erreicht langsam das Ausmaß einer Staatskrise. Macron zeigt immer offener sein wahres Gesicht. In der Presse wird er, der von sich selbst „in aller Bescheidenheit“ sagt, wie Jupiter regieren zu wollen, schon mit Napoleon I. verglichen. Bezeichnend für seinen autoritären Führungsstil ist nicht nur sein Umgang mit den Streitkräften, sondern auch die öffentliche Nicht-Existenz von Verteidigungsministerin Florence Parly. *Eva-Maria Michels*

Der »Cavaliere« ist zurück

Berlusconi will wieder in der italienischen Politik mitmischen

Die Italiener haben ein dikkes Fell was das Vergessen von Skandalen angeht. Und so mischt Silvio Berlusconi plötzlich wieder in der nationalen Politik mit und rühmt sich eines Bündnisses mit der Partei des ehemaligen Sozialistenchefs Bettino Craxi. Nicht erwähnt hat der 80-Jährige jedoch, dass Craxi bis zu seinem Tod im Jahr 2000 nicht mehr aus dem tunesischen Exil heimkehrte, weil er aufgrund von Korruption zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden war.

Wichtig für Berlusconi war es ohnehin lediglich, zu zeigen, dass er nach den Parlamentswahlen im kommenden Frühjahr als Juniorpartner der regierenden Sozialdemokraten bereitstehen könnte. Offiziell hat der Vorsitzende der bürgerlichen Forza Italia (Italien Voran) dies zwar zurückgewiesen, andererseits aber seine staatsmännische Pose zur Schau gestellt: „In Zeiten der Krise müssen die Intelligenten zusammen halten.“

Zu den Intelligenten zählt er offenbar Paolo Gentiloni von der sozialdemokratischen Partito Democratico (PD), dem Nachfolger des nach dem gescheiterten Referendum Ende 2016 zurückgetretenen Ministerpräsidenten Matteo Renzi. Der ist noch immer Parteichef und derzeit Lieblingsfeind seiner ehemaligen Parteifreunde. Ex-PD-Chef Pier Luigi Bersani tobte in der vergangenen Woche, Renzis Politik sei „rechts, demagogisch, aufschneiderisch“.

Die politische Landschaft Italiens ist zersplittert. Das gilt für die Linke genauso wie für die bürgerliche Mitte und die Rechte. Mit mickerigen 25 Prozent führen Renzis Sozialdemokraten die Umfragen an, kurz vor der Fünf-Sterne-Bewegung Beppe Grillos. Doch dessen Stern ist sprichwörtlich am Sinken. Nach einigen spektakulären Wahlerfolgen auf kommunaler Ebene richten die gewählten Sterne-Bürgermeister in der Regel ein heilloses Chaos an. Als Koalitionspartner scheidet Grillos bunte Truppe ohnehin aus.

> Mögliche Rolle als Juniorpartner der Sozialdemokraten

Und so kommt Berlusconi ins Spiel. „Seit sich bei den vergangenen Lokalwahlen gezeigt hat, dass die FI wieder Mehrheiten beschaffen kann – wenn auch meist im Bündnis mit der Lega Nord –, drängt es viele Abtrünnige aus der Partei zurück zum Vorsitzenden“, analysierte die „Frankfurter Allgemeine“ kürzlich. Die Rechtspartei aus dem Norden könnte es landesweit auf ein zweistelliges Ergebnis bringen. Aber ob der agile Parteichef seine widerspenstige Basis auf einen Koalitionskurs mit Berlusconi und den Sozialdemokraten würde bringen können, gilt als äußerst fraglich.

Berlusconis Partei präsentiert sich unterdessen als einzige landesweite wählbare Partei der rechten Mitte. Sein einstiger Koalitionspartner und späterer Widersacher Gianfranco Fini ist gemeinsam mit seiner postfaschistischen Nationalen Allianz aus der Politik verschwunden. Sein „ewiger Stellvertreter“ Angelino Alfano versucht weiter, eine eigene Partei der christlich-liberalen Mitte aufzubauen. Allerdings mit mäßigem Erfolg. Unlängst sind 25 Senatoren reumütig in Berlusconis Partei zurückgekehrt.

Der reist unterdessen durchs Land, spricht im Süden mit Bürgermeistern, die unter der Asylkrise ächzen. Der „Cavaliere“ schüttelt Hände und gibt Autogramme. Und er sucht Kandidaten für die kommenden Wahlen. „Nur Junge“, hat er als Devise ausgegeben, „wie bei Macron“, dem französischen Überraschungswahlsieger. An der Spitze der Liste wird aber er selbst stehen. „Die Jungen brauchen einen Führer. Der kann nur ich sein“, sagt er. *P.E.*

Minderheit im Aufwind

Deutscher könnte Bürgermeister von Sonderburg werden

Am 21. November 2017 wählt Dänemark seine Kommunalparlamente neu. Im bis 1920 deutschen Sonderburg macht sich der Spitzenkandidat der Schleswigschen Partei (SP), Stephan Kleinschmidt, Hoffnungen, Bürgermeister zu werden. Seit 2002 konnte die Partei der Deutschen Minderheit dort ihren Stimmenanteil vervierfachen. Von 2005 (2,1 Prozent) über 2009 (3,8 Prozent) bis 2013 (7,8 Prozent) gelang es der Partei, ihre Präsenz im Stadtparlament auf drei von 31 Mandaten auszubauen. Kleinschmidt äußerte gegenüber der *PAZ* die Hoffnung, im November 2017 ein viertes Mandat zu erringen. Er sieht die Chance, mit Hilfe der bürgerlichen Parteien den amtierenden sozialdemokratischen Amtsinhaber Erik Lauritzen abzulösen.

Lange Zeit wurde die SP als „Partei der alten Männer“ diffamiert. Mit dem jugendlich wirkenden 40-jährigen Kleinschmidt verfängt das nicht mehr. Er brachte 2009 sogar einen Rap-Song heraus, der einen gewissen Bekanntheitsgrad erreichte. Viele Dänen in der ländlich geprägten Grenzgegend befürchten, „abgehängt“ zu werden. Die Partei der Deutschen Minderheit ist die einzige Kraft mit einem regionalen Profil. Es gelang ihr in der Vergangenheit, nicht nur Angehörige der Deutschen Minderheit „zurückzuholen“, sondern über das eigene Milieu hinaus Wähler anzusprechen. Kleinschmidt verschaffte sich über alle Parteigrenzen hinaus Ansehen. Er kritisierte die zunehmende Zentralisierung der Ausbildung in Dänemark: „Ich verstehe, dass Kompetenzen gebündelt werden müssen. Aber



Stephan Kleinschmidt Bild: SP

Forschung soll auch auf den lokalen Bedarf ausgerichtet sein. Man muss die Verbindung zum wirklichen Leben wahren und es gleichzeitig ermöglichen, dass Bindungen geschaffen werden, damit die Absolventen den Ansporn bekommen, vor Ort ansässig zu werden.“

Tatsächlich stellte eine Studie fest: „Nur einer von fünf der Jugendlichen, die die Randgebiete zwecks Studium verlassen, kehrt innerhalb von drei Jahren nach dem Studium wieder zurück. Viele kehren nie in ihre Heimatregion zurück.“ Als Vorsitzender des Kulturausschusses Sonderjylland-Schleswig bemühte sich Kleinschmidt um die Ernennung Sonderburgs zur Kulturhauptstadt Europas 2017, scheiterte aber an der Bewerbung von Aarhus.

Rückenwind für Kleinschmidts Bürgermeisterkandidatur könnte sein zeitweiliges Nachrücken in das nationale Parlament, den Folketing, geben. Bei den letzten Parlamentswahlen hatte der deutsche Politiker sich für die Liste der linksliberalen „Radikalen Venstre“ Partei nominieren lassen und war im Groß-Wahlkreis Südjütland um wenige Stimmen an Lotte Rod gescheitert. Die ist nun schwanger, und Kleinschmidt könnte für sie nachrücken. Damit wäre erstmals seit 1977 wieder ein Deutscher im dänischen Parlament vertreten. Allerdings wäre das Mandat nur vertretungsweise, bis Rod aus dem Erziehungsurlaub zurückkehrt. Kleinschmidt gibt sich dazu bedeckt: „Ich habe noch nicht entschieden, ob ich das Mandat annehmen werde. Ich werde die Sommerferien nutzen, um über meine Zukunft nachzudenken.“ *H.L.*

Wirtschaftskrieg gegen Europa

US-Sanktionen zielen nicht nur auf Russland, sondern den ganzen europäischen Kontinent

Der Wirtschaftskrieg zwischen den USA und Europa, der hier und da ahnungsvoll prophezeit wird, ist schon in vollem Gange. Europa aber ist in diesem Fall geografisch zu begreifen, nämlich als eine Zusammenfassung von EU und Russland. Mit Russland kommen die jüngsten Sanktionen der USA ins Spiel. Deren eigentlichen Wirkungen auf die europäischen Länder lassen sich nicht einfach als Kollateralschäden abtun.

Da ist zunächst die Begründung der Sanktionen: Russland habe im US-Wahlkampf zugunsten des späteren Wahlsiegers Donald Trump gehackt, es führe in der Ukraine Krieg und ebenso in Syrien. Im ersten Fall, der Hakkerei, wollen uns die US-Medien weismachen, Russland habe Trump mit unlauteren Methoden zur Präsidentschaft verholfen und müsse daher jetzt von ebendiesem Präsidenten abgestraft werden. Was die Ukraine angeht, so haben die USA seit viereinhalb Jahren keinen einzigen glaubhaften Beweis für die Anwesenheit auch nur eines einzigen russischen Soldaten in der Ukraine erbracht. Und Syrien? Dort hat Russland als einziges Drittland zu Recht eingegriffen, weil es von dem legitimen Präsidenten Bashar al-Assad gerufen wurde – ganz im Gegensatz zu den USA, deren Krieg dort völkerrechtswidrig ist.

So viel also zu den Begründungen der Sanktionen gegen Russland, von denen keine etwas taugt. Erklärbar werden sie erst, wenn man die Absichten ansieht, die damit verbunden sind. Und hier steht zweifelsfrei fest, dass es um Erdgas geht, und darum, wer die EU damit versorgen soll, wie seit Jahrzehnten Russland – oder aber die USA.

Aktuell ist die Frage deshalb, weil derzeit an der Gas-Pipeline Northstream 2 gebaut wird, die von Russland durch die Ostsee nach Deutschland führt. Von hier aus sollen die anderen EU-Länder versorgt werden. Das wollen die USA nicht zulassen. Sie haben schon begonnen, Flüssiggas nach Polen zu verschiffen und



Hat „Bedenken“: Jean-Claude Juncker (li.) im Gespräch mit US-Präsident Donald Trump Bild: Imago

wollen die Verteilung Warschau überlassen. Auch das war ein Grund für den Jubel um Trump, als er vor dem G20-Gipfel Polen besuchte. So treiben die USA einen weiteren Keil zwischen Russland und Deutschland, was zu den wenigen festen Größen der Außenpolitik Washingtons gehört.

Die küstennahen Verdichtungs-Stationen für das US-Erdgas und die Terminals für die Verschiffung in den Atlantik-Häfen sind bereits unter der Ägide von Trumps Vorgänger Barack Obama gebaut worden. Der Wirtschaftskrieg gegen die Europäer und gegen Russland war also vorher schon geplant. Der Begriff Wirtschaftskrieg ist auch keineswegs übertrieben. Beugt sich im Regelfall Brüssel ebenso wie Berlin allen Vorgaben, die von den USA gesetzt werden, und gehören auch ansonsten die transatlantischen Treue-Schwüre zur britischen Parlamentsgeschichte, so

> Juncker: »Auswirkungen auf EU-Interessen«

ist doch jetzt Widerspruch laut geworden – Widerspruch gegen die USA.

Eine Sprecherin der EU-Kommission erklärte, Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker habe darauf hingewiesen, dass das US-Gesetz unbeabsichtigte Auswirkungen auf die EU-Interessen im Bereich der Energieversorgungssicherheit haben könnte. Deswegen habe die Kommission beschlossen, innerhalb weniger Tage angemessene Maßnahmen zu ergreifen, falls ihre Bedenken nicht in ausreichendem Maße berücksichtigt würden. Bei aller ungewohnten Zivilcourage übt sich Juncker dennoch im Bauen goldener Brücken: „Unbeabsichtigt“ seien die „Auswirkungen auf die EU-Interessen“, und er scheut dabei keinen Spott. Es ist hier nämlich wie bei der Zebra-Jagd: Man schont das Wild nicht, wenn man vereinbart, man schieße nur auf die schwarzen Streifen und lasse die weißen unberührt. Die Sanktionen haben nämlich eine ganz klar ausgerichtete Konstruktion. Formal richtet sich das Verdikt gegen alle russischen Firmen, die am Bau von Northstream beteiligt sind. Nun ist es aber so, dass jede dieser russischen Firmen mit ausländischen Unternehmen zusammenarbeitet, meist mit deutschen. Legt man also den Russen das Handwerk, haben die Deutschen denselben Schaden. Nur so aber wird erreicht, was das Ziel des amerikanischen Angriffs ist: Russland soll zugunsten der USA aus dem Gas-Geschäft gedrängt werden, und Polen soll die wichtige Rolle des Verteiler-Zentrums zufallen – zum Schaden Deutschlands.

Das Argument für das Vorgehen der USA ist schwach. Man sorge sich um die Sicherheit der Energieversorgung Europas, heißt es. Dabei sollte in Rechnung gestellt werden, dass sich sogar die Sowjetunion in den kältesten Zeiten des Kalten Krieges als zuverlässiger und vertragstreuer Partner erwiesen hat. Davon abgesehen, gewinnen die USA ihr Erdgas durch das umweltschädliche Fracking und unter anderem deshalb sind sie deutlich teurer als die Russen.

Doch das mindert das Staunen über Junckers Ermannen ebenso wenig wie die Tatsache, dass ihm der deutsche Außenminister Sigmar Gabriel darin gefolgt ist. Unterstützt von seinem Genossen Christian Kern, dem österreichischen Kanzler, verurteilte er tapfer die USA, es sei das wahre Ziel der Sanktionen, die Russen vom EU-Markt zu verdrängen und US-Arbeitsplätze zu sichern.

Da konnte Kanzlerin Merkel nicht mehr anders, und ließ ihren Sprecher den Eindruck erwekken, das sei auch ihre Meinung. Die Kanzlerin teile die Bedenken, so ihr Regierungssprecher Steffen Seibert, der sich zudem in halbherziger Kritik an die Adresse der USA versuchte: „Es ist, vorsichtig gesagt, ein eigenwilliges Vorgehen des US-Senats.“

Florian Stumfall

(siehe Kommentar Seite 8)

MELDUNGEN

Kleinstfahrzeuge werden gefördert

Berlin – Die Bundesregierung will die Elektromotorisierung weiter fördern. Sie hat die Bundesanstalt für Straßenwesen damit beauftragt, sich einen Marktüberblick über Elektrokleinstfahrzeuge wie Segways, Hoverboards, E-Tretroller, E-Skateboards und E-Wheels zu verschaffen und zu prüfen, ob national eine Einteilung in Kategorien möglich ist, um sie gegebenenfalls unter bestimmten straßenverkehrsrechtlichen Voraussetzungen im Straßenverkehr einsetzen zu können. Die Vielzahl an Neuentwicklungen im Bereich elektrifizierter Kleinstfahrzeuge mache eine Analyse notwendig, um eine Regelung auch hinsichtlich zukünftiger Neuentwicklungen zu finden. *J.H.*

168 Millionen Kinder arbeiten

Genf – Nach Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) müssen weltweit 168 Millionen Kinder von fünf bis 17 Jahren arbeiten, 85 Millionen davon unter gefährlichen Bedingungen, etwa in der Textilindustrie. Von den billigen Produkten profitieren vor allem Verbraucher in den westlichen Industrieländern. Um das Los dieser Kinder vor allem in den asiatischen Ländern zu verbessern, fördert die Bundesregierung entsprechende ILO-Programme. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.987.021.523.453 €
Vorwoche: 1.986.991.298.959 €

Verschuldung pro Kopf:
24.179 €
Vorwoche: 24.179 €

(Dienstag, 9. August 2017, Zahlen: www.steuerzahler.de)

»Zweitgrößter Hedgefonds«

EZB hat für zwei Billionen Euro Anleihen gekauft

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat im Zuge ihres Anleihekaufprogramms eine wichtige symbolische Marke überschritten. Nach eigenen Angaben wurde im Juli bei den Anleihekäufen ein Volumen von zwei Billionen Euro erreicht. Die EZB kauft seit April dieses Jahres pro Monat Staats- und Unternehmensanleihen im Wert von 60 Milliarden Euro auf. Zuvor lag das monatliche Volumen sogar bei 80 Milliarden Euro. Das Kaufprogramm läuft vorerst bis zum Ende dieses Jahres, bis dahin wird die EZB vermutlich Anleihen in einer Größenordnung von 2,28 Billionen Euro erworben haben.

Diese extreme Ausweitung der Aktivtäten der Zentralbank hat dazu geführt, dass einige Kritiker die EZB unter Mario Draghi bereits als „zweitgrößten Hedgefonds der Welt“ nach der Bank of Japan bezeichnen. Der Hinweis bezieht sich auf Japans Zentralbank, die als Vorreiter einer ultralockeren und risikoreichen Geldpolitik gilt. Die EZB hat auf ihrer letzten Ratssitzung im Juli keine Änderungen an ihrer Geldpolitik beschlossen, allerdings signalisiert, dass im Laufe des Herbstes mit einer Diskussion über die Zukunft der Anleihekäufe zu rechnen ist. Zumindest momentan deutet wenig auf einen vollständigen Ausstieg hin. Die offizielle Teuerungsrate lag im Juli mit 1,3 Prozent noch sehr deutlich unter der von der EZB ausgegebenen Zielmarke von rund zwei Prozent. Zudem teilten die Währungshüter mit, dass aus ihrer Sicht immer noch eine erhebliche geldpolitische Konjunkturhilfe nötig sei, damit sich im Euro-

> Nicht lebensfähige Unternehmen am Markt gehalten

Raum allmählich Inflationsdruck aufbaut.

Mit dem Fortgang der billionenschweren Anleihekäufe wächst die Kritik an den Risiken und den Nebenwirkungen dieser Geldpolitik. So lag in Deutschland die Inflationsrate mittlerweile mehrmals deutlich über dem Durchschnittswert, der für die Eurozone insgesamt ermittelt wurde. Das heißt: Die hiesigen Verbraucher müssen zum Teil mit deutlich höheren Teuerungsraten leben als beispielsweise die Griechen oder die Spanier. Der Chef des Ifo-Instituts hat erst vor Kurzem generelle Zweifel am Nutzen der lockeren Geldpolitik der EZB geäußert und vor der Gefahr einer Blasenbildung im Vermögensbereich gewarnt: „Das Ganze führt dazu, dass die Vermögenspreise, die Preise von Aktien, aber vor allem von Staatsanleihen und auch von Immobilien, immer weiter in die Höhe getrieben werden, und das tut der Wirtschaft nicht gut“, so Clemens Fuest im Deutschlandfunk.

Er hat inzwischen auf einen anderen problematischen Aspekt aufmerksam gemacht. Gegenüber der „Welt am Sonntag“ warnte Fuest vor der Gefahr durch sogenannte Zombie-Unternehmen und Banken, die eigentlich nicht mehr lebensfähig sind, aber durch die Nullzinspolitik der EZB weiter am Markt gehalten werden. Aus Sicht des Ifo-Chefs ist vor allem in Griechenland, Italien und Portugal der Anteil fauler Kredite in den Bankbilanzen immer noch zu hoch.

Stützen kann sich der Volkswirt Fuest dabei auf eine Untersuchung der Bank of America. Deren Analysten kamen zu dem Schluss, dass rund neun Prozent der größten börsennotierten Unternehmen in Europa unprofitabel und gleichzeitig hochverschuldet sind. *N.H.*

Hauptsache billig

Autobauer wegen Werkverträgen und Leiharbeitern unter Beschuss

Deutsche Autobauer sehen sich im Schatten der Vorwürfe um Manipulationen von Abgaswerten und dem Verdacht unerlaubter Absprachen noch mit einem weiteren Problem konfrontiert. Mitarbeiter von externen Dienstleistern und Subunternehmen versuchen, vor Gericht eine reguläre Anstellung direkt bei den Autokonzernen durchzusetzen. Laut Informationen der „Wirtschaftswoche“ und des Bayerischen Rundfunks klagen zum Beispiel ehemalige Mitarbeiter gegen den Autokonzern Daimler auf eine reguläre Anstellung. Demnach geht es dabei um Personal einer ausgelagerten Gebäudeservice-Firma, die Daimler 1996 an das Unternehmen ISS verkauft hatte. Die Anwälte der Kläger argumentieren nun, die Hausmeister wären auch nach dem Verkauf weiterhin eng in die internen Arbeits- und Weisungsstrukturen bei Daimler integriert gewesen, sie wären damit faktisch und rechtlich Mitarbeiter des Unternehmens. Der Autobauer gibt sich dagegen überzeugt, dass die Arbeitsverhältnisse „werkvertragskonform“ sind. Auch Gerichte haben sich in erster Instanz dieser Sichtweise angeschlossen.

Bei den Klagen handelt es sich zwar um eine überschaubare Zahl von Fällen, aus den Präzedenzfällen aber könnte eine Klagewelle werden.

Auch der Autohersteller BMW soll von Klagen durch Mitarbeiter externer Dienstleister betroffen sein. Nicht nur die Automobilindustrie hat in den letzten Jahrzehnten immer öfter auf Mitarbeiter von externen Unternehmen zurückgegriffen. Stark betroffen sind auch die Reinigungsbranche,

> Einzelfällen vor Gericht könnte Klagewelle folgen

die Gastronomie, Sicherheitsdienste und das Transportgewerbe. Selbst der Fahrdienst des Bundestages ist längst an externe Dienstleister ausgelagert worden. Die Chauffeure der Abgeordneten protestierten erst im April mit einem Autokorso in Berlin, weil sie um ihre Arbeitsplätze bangen.

Aus Sicht vieler Firmen bieten die Auslagerung von Arbeitsplätzen und der Rückgriff auf externe Dienstleister mehrere Vorteile: Die Beschränkung auf eine Kernbelegschaft gibt die Möglichkeit, auf die Auftragslage flexibel reagieren zu können. Gewerkschaften kritisieren dagegen, dass über die Auslagerung die Lohnkosten gedrückt werden. Unterschieden wird bei der Auslagerung zwischen Werkverträgen, bei denen eine Arbeitsleistung eingekauft wird, ohne dass die Erbringung durch bestimmte Personen erfolgen muss. Bei der Leiharbeit geht es dagegen darum, dass ganz bestimmte Arbeitskräfte zur Verfügung gestellt werden.

Die Arbeitsmarktforscher Johannes Schmieder und Deborah Goldschmidt von der Boston University haben das Phänomen des sogenannten Outsourcing eingehender unter die Lupe genommen. Laut den von ihnen im „Quarterly Journal of Economics“ veröffentlichten Daten hat sich in Deutschland die Zahl der Beschäftigten mit Werkverträgen, Leiharbeitsverträgen oder ähnlichen Vertragsverhältnissen seit 1975 fast vervierfacht. Zudem verdienen die Betroffenen rund zehn bis 15 Prozent weniger als die Stammbelegschaft.

Volkswirte haben wiederholt aber auch auf positive Seiten des Outsourcing hingewiesen. Weitgehend unbestritten ist etwa, dass die Flexibilisierung und die Kostenersparnis die deutsche Wirtschaft insgesamt wettbewerbsfähiger gemacht haben. *N.H.*

Strategie

Von Eberhard Hamer

Donald Trumps Losung „America first“ soll nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich gelten. Immerhin reicht die Vorherrschaft der USA vom Filmgeschäft über die Datenverarbeitung, die Saatgutmonopole durch Gentechnik bis zur Weltführung der US-amerikanischen Waffenindustrie nicht mehr aus, die Importnachfrage nach europäischen Maschinen, Chemikalien, Edelautos sowie den Bedarf an in der Produktion nach Asien „ausgewanderten“ Massengütern des täglichen Bedarfs zu finanzieren. Mit 600 Milliarden Umsatzschulden pro Jahr wären die USA längst zahlungsunfähig, wenn sie nicht die Möglichkeit hätten, als Leitwährung hemmungslos Dollars zu drucken und in der Welt damit zu bezahlen. Dafür entsteht allerdings ein jährlich wachsender Schuldenturm von über 20 Billionen Dollar. Nur durch künstlich geschaffene Nullzinsen der FED kann der Finanzkollaps noch aufgeschoben werden. Die USA müssen also entweder sparen, ihr Militär aus der Welt zurückziehen (Kosten von 600 Milliarden Dollar jährlich), oder mehr exportieren und weniger importieren. Für die letztere Strategie haben sie sich nun Europa ausgesucht.

Mutiger General

Von Jan Heitmann

Generalleutnant Richard Roßmanith, Befehlshaber des Multinationalen Kommandos Operative Führung in Ulm, übt deutliche Kritik an Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen. In einem Interview mit der „Schwäbischen Zeitung“ sagte er, es habe keine Stunde Null in der Bundeswehr gegeben. Wer das behauptet, denke ahistorisch. Die Bundeswehr könne nicht aus sich allein heraus eine Tradition begründen, sondern sei „Teil einer unteilbaren, aber von tiefen Brüchen gekennzeichneten Geschichte“. Daher sei die Wehrmacht „Projektionsfläche, auf der das Selbstverständnis der Bundeswehr entwickelt wurde und vor der es auch heute noch verstanden werden sollte“.

Viele Entwicklungen in der Truppe könne man erst verstehen, wenn man auf die Wehrmacht blicke. Auch den nach offizieller Lesart allein traditionsstiftenden Widerstand um Stauffenberg könne man nur begreifen, wenn man dies tue. Roßmanith ruft zu einer „überlegten, kritischen und fundierten Auseinandersetzung mit der Geschichte, den Verbrechen und Leistungen der Wehrmacht“ auf.

Er ist der erste hochrangige Bundeswehroffizier, der seiner Ministerin in der Traditionsfrage in dieser Deutlichkeit widerspricht. Auch wenn er im nächsten Jahr altersbedingt in den Ruhestand tritt und somit nicht viel zu verlieren hat, zeigt er Mut. Denn von der Leyen könnte ihn zur Strafe in den einstweiligen Ruhestand versetzen, was nichts anderes bedeutet, als ihn ohne Angabe von Gründen mit sofortiger Wirkung rauszuwerfen – unter ehrverletzenden Umständen, versteht sich. Bekannteste Beispiele dafür, wie das läuft, sind die Generale Kießling, Günzel, Dieter, Ruwe und Hars.

Pendler löffeln die Suppe aus

Von Manuela Rosenthal-Kappi

Haben wir nicht längst geahnt, dass die Verbrauchs- und Schadstoffangaben der Hersteller für unsere Autos nicht stimmen? Eine Sauerei ist allerdings das jetzt bekannt gewordene Ausmaß, in dem die Hersteller gelogen und in dem Politik und Konzerne jahrelang gekungelt haben. Es ist wohl kaum damit zu rechnen, dass Manager von VW, Audi oder Mercedes vor Gericht gestellt werden, so wie es in den USA unehrlichen Managern geht. Stattdessen ist von Fahrverboten und Nachrüstungen die Rede.

Bezeichnend für das Demokratieverständnis der Verantwortlichen des Skandals ist, dass beim Berliner „Dieselgipfel“ Politiker, Industrieverbände und Autohersteller diskutierten, Verbraucherschützer wie der ADAC jedoch nicht eingeladen wurden.

Zwar konnten die Autohersteller die angedrohten Fahrverbote vorerst abwenden, weil sie, Dieselfahrzeuge der Euro 5- und Euro 6-Norm mit einem kostenlosen Software-Update nachrüsten wollen, für ältere Diesel mit Euro 4 ist das allerdings nicht möglich. Den Besitzern solcher Autos bleibt nur ein aufwendiger Umbau des Motors oder die Verschrottung. Die in Aussicht gestellten Abwrackprämien von 2000 Euro (BMW) bis 8000 Euro (Ford) sind angesichts des wirtschaftlichen Schadens für die Betroffenen ein fader Witz.

> Experten warnen vor Schadstoffbelastung durch E-Autos

Gleichzeitig mit dem Dieselgipfel gab das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung bekannt, dass die Zahl der Pendler steigt. Knapp 50 Prozent aller Beschäftigten, etwa 18 Millionen Menschen, legen täglich eine einfache Strecke von durchschnittlich 17 Kilometern zur Arbeit zurück. Ebenso steigt die Zahl der Fernpendler, die 50 und mehr Kilometer zurücklegen.

Da in dem Zeitraum, in dem Berufstätigen immer längere Wege zur Arbeit zugemutet wurden, die Verkehrsinfrastruktur vielerorts nicht mitzog, weil für deren Ausbau nie Geld da ist, sind die Menschen auf das Auto angewiesen. Wer weit fahren muss, griff bisher zu einem Dieselfahrzeug, weil es als zuverlässig und sparsam galt. Und nun soll gerade jenen Angestellten, aber auch Selbstständigen und Kleingewerbetreibenden, die sich auf Mittelklassewagen von VW, Audi, Mercedes und Co. verlassen haben, der Garaus gemacht werden zugunsten einer links-grünen Lobby, die offenbar zum Angriff auf die deutsche Automobilindustrie geblasen hat. Sie fordert eine umweltfreundliche Mobilität. Aber wie soll die aussehen? 100 Kilometer täglich mit dem Rad zur Arbeit? Bahnfahren, wo es keine Bahntrasse mehr gibt?

Selbst Elektroautos sind nur in der Phantasie der Lobbyisten eine Alternative. Experten warnen, dass die Produktion ihrer Batterien viel umweltschädlicher ist als ein Verbrennungsmotor. Es sind steuerzahlende Menschen, die hier wieder die Suppe auslöffeln sollen, die andere ihnen eingebrockt haben.



Fahrverbote vorerst abgewendet: Mit einem Software-Update wie hier bei BMW sollen Dieselfahrzeuge mit zu hohen Schadstoffwerten angeblich sauberer werden

Bild: Imago

Gegenwind



Der pünktliche Tod des Letzten von Spandau

Von Florian Stumfall

Die eigentliche Sensation ist längst Geschichte: Am 10. Mai 1941, mitten im Krieg, flog der „Stellvertreter des Führers“, Rudolf Heß, allein nach Großbritannien, wurde dort festgenommen und im Jahre 1946 in Nürnberg vor das Internationale Militärtribunal gestellt. Dieses verurteilte ihn zu lebenslänglicher Haft. Soweit ist alles unbestritten, doch flog Heß im Auftrag nach Schottland oder aus eigenem Entschluss, und welche Absicht war damit verbunden, und wie verhält es sich mit seinem Tod? Darauf gibt es nach wie vor widerstreitende Antworten.

Am 17. August 1987 kam Heß im Gefängnis Berlin-Spandau ums Leben, nachdem er dort 41 Jahre Haft verbüßt hatte, in der letzten Zeit als alleiniger Insasse der Haftanstalt, die für deutsche Kriegsverbrecher aus dem Zweiten Weltkrieg vorbehalten war – ein erratischer Geist, der aus einer vergangenen Epoche in eine Gegenwart waberte, an der er keinen Anteil mehr hatte. Jetzt, 30 Jahre nach seinem Tod, gab das britische Nationalarchiv einen Teil der Akte Heß frei, teils, um der Gewohnheit zu entsprechen, wonach binnen dreier Jahrzehnte die Schutzwürdigkeit von Dokumenten erlischt, teils aber auch, um den vielen Mutmaßungen, die sich um den Tod von Rudolf Heß ranken, ein Ende zu setzen.

Diese Absicht ist gründlich misslungen. Das liegt im Wesentlichen daran, dass die entscheidenden Unterlagen weiterhin geheim gehalten werden. So bleibt der Bericht der britischen Militärpolizei über die Ermittlungen im Falle Heß weiterhin für Jahrzehnte unter Verschluss. Andererseits gibt es nach wie vor ernsthafte Zweifel hinsichtlich des Todes von Heß. Die offizielle Version lautet, er habe sich im Gartenhaus der Anstalt mit dem Stromkabel einer Stehlampe aufgehängt. Dagegen wird eingewandt, der alte Mann, der sich wegen seiner Arthrose in den Händen nicht einmal mehr die Schuhe hatte binden können, wäre völlig außerstande gewesen, sich mit einem Kabel aufzuknüpfen.

Zweifel an der üblichen Darstellung weckt auch die beeidete Aussage des US-amerikanischen Wachhabenden Anthony Jordan: „Als ich das Gartenhaus betrat, sah es dort wie nach einem Ringkampf aus, alles war durcheinander. Eine hohe Lampe war umgefallen, aber ich erinnere mich deutlich, dass das an der Lampe befestigte Kabel noch an der Netz-Steckdose angeschlossen war.“ Neben der Leiche von Heß traf Jordan auf zwei Männer in US-Uniformen, die er nicht kannte, außerdem war ein US-amerikanischer Wärter zugegen, der Jordan bekannt war.

> **Die Kolumne**: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Da im Falle Heß die Tatsachen rar und kostbar sind, muss man sich bei einem näheren Blick auch auf die Plausibilität stützen. Das gilt vor allem für die viele Jahre langwiederholte Beteuerung der West-Alliierten, die sich monatlich in der Bewachung von Heß mit der Sowjetunion ablösten, sie ließen, wenn es nach ihnen ginge, Heß sofort frei. Es seien nur die Sowjets, die auf einer Fortsetzung der Haft bestünden.

Andererseits hatte Heß während seiner gesamten Zeit im Gefängnis nicht ein einziges Mal die Möglichkeit, mit irgendeinem seiner Besucher unter vier Augen zu sprechen. Sein Sohn Wolf-Rüdiger bestätigte wiederholt auch im kleinen Kreis, er habe mit seinem Vater über das Wetter, die Gesundheit und die Enkel sprechen dürfen, über sonst nichts, vor allem nicht über die aktuelle Politik, und dies nur unter pausenloser Aufsicht. Ebenso war dem Anwalt von Heß, Alfred Seidl, dem späteren bayerischen Innenminister, nach eigenem Bekunden untersagt, mit seinem Mandanten über den ureigenen Fall zu sprechen. Auch ihm, dem Anwalt, war es nicht möglich, seinen Mandanten ohne Aufsicht zu sehen. Man hätte den Eindruck gewinnen können, Heß habe ein Geheimnis zu wahren, das an Gewicht der Weltformel gleichkomme. Das ging so bis zum Jahre 1987.

Damals war in Moskau Michael Gorbatschow im zweiten Jahr an der Macht und befasste sich kurz und nebenher mit dem Fall Heß, wobei er erkennen ließ, an ihm, Gorbatschow, und an der Sowjetunion liege es nicht, und soweit es Moskau angehe, könne Heß morgen freigelassen werden. Das war für die West-Alliierten eine peinliche Lage. Denn das über Jahrzehnte strikt aufrecht erhaltene Redeverbot des Häftlings konnte ja nur einen Zweck haben: dass er über die Hintergründe seiner Geschichte schweigt. Es stellt daher einen gravierenden Widerspruch dar, wenn die Alliierten einerseits das Schweigen von Heß erzwangen, andererseits aber behaupteten, sie entließen ihn gerne, wenn es denn möglich wäre. Doch ein Heß in Freiheit würde tun, was die Alliierten jahrzehntelag verhindert hatten: über seinen Fall sprechen. Da nun Gorbatschow nicht weiter auf der Haft bestand, war die Lage mit einem Mal sehr ernst, ernst in wahrhaft historischer Dimension.

Hier nun griff das Schicksal zugunsten der Westmächte ein, im speziellen zugunsten Großbritanniens. Heß, der sich nach über 40 Jahren Hoffnung machen durfte, seine letzte, knapp bemessene Lebenszeit im Kreise seiner Familie zu verbringen, griff, so die offizielle Erklärung, angesichts der ersehnten Freiheit trotz seiner Arthrose zum Kabel und hängte sich, ohne es aus dem Stecker zu ziehen, daran auf. Zeugen waren zwei Uniformierte, die man in Spandau nie zuvor und auch nicht mehr danach zu Gesicht bekommen hat.

> **Der Autor**: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier“. In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltsicht aufs Korn genommen.

All das lenkt die Aufmerksamkeit auf die Frage, worum es sich denn handle, was Heß für sich bewahren sollte. Auch hier helfen, um es wenigstens annähernd zu ergründen, Plausibilität und die Indiskretion der Geschichte, bei der manches durchdringt, war verborgen bleiben sollte.

Die Mission von Heß beruhte, unabhängig davon, ob mit dem Willen Hitlers oder gegen ihn, auf einer Tatsache und einem Irrtum. Tatsache war, dass es zu Beginn des Nationalsozialismus in Deutschland für diesen innerhalb der britischen Eliten bis hinein ins Königshaus manche Sympathien gab, welche jedoch bis 1941 durch die deutschen Fliegerbomben bleibenden Schaden nahmen. Daher als zweites Motiv des Rudolf Heß der Irrtum, dass sich Großbritannien in einem von Berlin so empfundenen Überschwang des Pangermanismus am Überfall der Nazis auf die Sowjetunion beteiligen würde. So also der wahrscheinliche Vorschlag: ein Separat-Frieden zwischen Groß-Deutschland und Großbritannien und dann, in einem Bruch des Hitler-Stalin-Paktes, der gemeinsame Angriff auf die Sowjetunion. Der zeitliche Zusammenhang macht diese Überlegung wahrscheinlich. Heß flog nur zwei Monate vor dem Unternehmen Barbarossa nach Schottland.

Man weiß, wie die Sache endete. Der britische Premier Winston Churchill liebte zwar die Kommunisten ebenso wenig wie die Nazis, aber auf ein derartiges Hazard-Stück, wie es Heß vorgeschlagen haben dürfte, ließ er sich denn doch nicht ein. Worin aber liegt das Geheimnis, das London so gerne gehütet sähe? Es ist eigentlich längst keines mehr: Die britische Regierung lehnte zwar den Vorschlag ab, den Heß überbracht hatte, sie unterließ es aber ebenfalls, Stalin vor dem geplanten Überfall der Wehrmacht auf die Sowjetunion zu warnen. Hier kommt die Frage einer Mitschuld am Tod von über 20 Millionen Russen ins Spiel.

Wie auch immer – der pünktliche Tod von Rudolf Heß vor 30 Jahren hat Großbritannien davor bewahrt, dass ein überaus prominenter und gewichtiger Zeuge der Zeitgeschichte London die Deutungshoheit über diesen ganzen Zusammenhang aus der Hand genommen hätte. Es bleibt dabei, dass es die Sieger sind, welche die Geschichte schreiben.

(siehe auch Seite 11)

Klavier zu acht Händen

Ungewöhnliches Schweizer Klassik-Experiment – Vier Tastenvirtuosen ersetzen ein ganzes Orchester

Was als einmalige Aktion begann, wurde zu einem einmaligen Klassik-Erfolg: Ein kammermusikalisches Quartett mit vier Klavieren. Am 16. August tritt die Schweizer Formation beim Schleswig-Holstein-Musikfestival auf.

Normalerweise versteht man unter einem Klavierquartett ein Ensemble aus Klavier, Geige, Bratsche und Cello. Eine ganz andere Art von Formation hatten allerdings vier Schweizer Pianisten im Kopf, als sie 1996 das Gershwin Piano Quartet gründeten. Vier gleichgroße Flügel sollten es sein, und widmen wollte man sich vor allem der Musik des Schöpfers der Oper „Porgy und Bess“ oder der „Rhapsodie in Blue“, George Gershwin.

„Das war eigentlich ein Zufall. Dahinter steckt keine geplante Erfolgsgeschichte oder die bewusste Suche nach einer Marktlücke“, erinnert sich Stefan Wirth, der zu den Mitbegründern gehört, an die Anfänge. „Was als einmalige Aktion für ein Zürcher Musikhaus geplant war, wurde aber so ein Bombenerfolg, dass wir uns entschlossen haben, das weiter auszubauen. Kurz darauf kamen die ersten Auftritte in Brasilien und Griechenland, und der Rest ergab sich von selbst.“

Das Gershwin Piano Quartet wurde 1996 von André Desponds gegründet. Neben dem Gründer gehören ihm heute Stefan Wirth, der von Anfang an dabei war, sowie Benjamin Engeli und Mischa Cheung an, die 2007 zum Quartett kamen. Seitdem sorgt das ungewöhnliche Quartett auf der ganzen Welt für volle Konzertsäle und begeisterte das Publikum auch mit Tonträgern. 1999 erschien bei der Jecklin Edition die CD „Playing on 4 Pianos“ und 2010 im Eigenverlag die CD „Gershwin Piano Quartet“ sowie bei ZHdK Records die CD „be.four“.

Längst geht das Repertoire der Tastenakrobaten über die Musik ihres Namensgebers hinaus. Hinzu kamen bald weitere Komponisten, die sich von Jazz, Ragtime und Blues oder von Broadway-Melodien inspirieren ließen.

„Gershwin ist etwas wie der gemeinsame Nenner, der uns vier Pianisten verbunden hat. Einige von uns kommen eher aus dem Jazz, andere aus der Klassik – Gershwin hat von beidem etwas, da kann sich jeder wiederfinden“, sagt Wirth. Der Ansatz des Quartetts sei es, vieles auszuprobieren und auch Teile ganz offen zu lassen und zu improvisieren, wie es im Jazz ja vor allem üblich ist. Das vertrage sich mit Gershwins Musik sehr gut.

So setzen die Schweizer die Kompositionen ihres Namensgebers auch in einen Dialog mit Musik von Leonard Bernstein (aus der „West Side Story“), Cole Porter („Night and Day“) sowie Gershwin-Zeitgenossen wie Sergej Rachmaninow und Sergej Prokofjew. Gekonnt changieren die vier Herren zwischen Klassik, Jazz und Broadway und schicken das Publikum auf eine klangvolle Reise von Moskau nach New York, von der Alten in die Neue Welt.

Eingespieltes Team: Die vier Solisten vom Gershwin Piano Quartet Bild: Andreas Zihler

Jazzelemente finden sich auch im Werk des französischen Feingeistes Maurice Ravel, dem Komponistenschwerpunkt des diesjährigen Schleswig-Holstein-Musikfestivals. Gleich drei seiner Werke hat das Quartett mit aufs Programm gesetzt, darunter „La valse“. „Dieser berühmte, orgiastische Abgesang auf die Wiener Walzerseligkeit angesichts der Katastrophe des Ersten Weltkriegs ist für mich eines der politischsten Stücke überhaupt“, sagt Wirth. Dieses Porträt der Alten Welt um 1914 herum sei von zeitloser Aktualität. Ihm gefällt diese absolute Geradlinigkeit, wie Ravel Populärmaterial in Einzelteile zerlegt und das Stück in einem völligen Taumel dann untergeht.

„Das an vier Klavieren kompakt darzustellen macht sehr viel Spaß. Mit seinen vielen Details eignet es sich besonders gut dafür“, so Wirth, der das Stück auch arrangiert hat.

Für das selten zu hörende Klavierquartett müssen vier gleichgroße Steinway-Flügel her. Das bedeutet eine logistische und organisatorische Herausforderung, denn die Instrumente werden genau einen Tag vor dem Konzert ins Elbeforum nach Brunsbüttel geliefert. Ein Aufwand, den viele Veranstalter scheuen. „So kompliziert ist das meistens gar nicht – ein Anruf genügt, denn wir haben mittlerweile einen Klavierbauer gefunden, der preisgünstig die Flügel liefert. Und wenn man bedenkt, dass wir fast immer vor ausverkauftem Haus spielen, dann sind wir immer noch sehr viel günstiger als ein ganzes Orchester“, sagt Wirth lachend.

Die Schweizer haben ihre Programme mit großem Erfolg und beeindruckender medialer Resonanz bereits in ganz Europa, Südamerika, China sowie im Nahen Osten präsentiert. Immerhin weckt man mit dieser Besetzung häufig die Neugier des Publikums. „Das kommt ja nicht wegen uns oder weil wir so berühmt sind. Das ist vielleicht höchstens so, wenn wir in der Schweiz auftreten – in China, wo wir große Hallen füllen, kennt uns niemand –, sondern weil die Leute mal vier Flügel auf der Bühne erleben wollen.“ *Andreas Guballa*

Gershwin Piano Quartet, 16. August, 20 Uhr: Elbeforum Brunsbüttel, 17. August, 20 Uhr: Scheune Hasselburg, Karten über die Tickethotline (0431) 237070

MELDUNGEN

Auftakt zum Bauhaus-Fest

Weimar – Mit „Wege aus dem Bauhaus. Gerhard Marcks und sein Freundeskreis“ veranstaltet die Klassik-Stiftung Weimar die Auftaktausstellung zum 100-jährigen Gründungsjubiläum des Bauhauses im Jahr 2019. Vom 17. August bis 5. November präsentiert das Neue Museum Weimar erstmals eine umfassende Ausstellung zum Künstlerkreis um den Bildhauer und Bauhaus-Meister Gerhard Marcks (1889–1981). Wie kaum ein anderer Künstler vertrat er die ursprüngliche Idee einer Erneuerung aller Künste durch das Handwerk. Im Anschluss wird die Ausstellung vom 26. November bis 4. März im Bremer Gerhard-Marcks-Haus gezeigt. *tws*

»Glocke« kommt ins Schwingen

Bremen – Mit einer „Großen Nachtmusik“ startet am 19. August das Musikfest Bremen. Bei der Auftaktveranstaltung haben Besucher die Qual der Wahl: Sie können an dem Tag aus 27 Konzerten an neun Spielstätten in drei Zeitschienen ihren individuellen Konzertzuschnitt wählen. Bei dem bis zum 9. September laufenden Musikfest an der Weser finden an 29 Spielstätten 38 Veranstaltungen mit gewohnt hochkarätigen Ensembles statt. So wird am 23. August im Konzerthaus Glocke die MusicAeterna Mozarts „Requiem“ aufführen. Parallel zum Festival läuft auch das Arp-Schnitger-Fest mit Orgelmusik. *www.musikfest-bremen.de* *tws*

Ein Künstler-Tod in Flandern

Er war ein Hoffnungsträger der Moderne – Das kurze Leben des Malers Wilhelm Morgner

Den ganzen August über tobte vor 100 Jahren im Ersten Weltkrieg die Dritte Flandernschlacht. Als am 16. August die Briten eine Offensive gegen deutsche Stellungen in der bei Ypern gelegenen Ortschaft Langemark unternahmen, stellte sich ihnen ein deutscher Soldat tapfer entgegen. Er widersetzte sich einer Gefangenschaft und wurde erschossen.

Auf diese Weise endete das Leben eines verheißungsvollen Künstlers. Er hieß Wilhelm Morgner stammte aus Soest in Westfalen, entwickelte sich in der Malerkolonie in Worpswede zum Künstler und gedieh unter dem Einfluss von Wassily Kandinsky zum pionierhaften Expressionisten. In seiner kurzen Schaffenszeit schuf er rund 235 Bilder und über 1800 grafische Blätter. Viele seiner Arbeiten gehören inzwischen zu den Kostbarkeiten der frühen deutschen Moderne. Außer im Wilhelm-Morgner-Haus in Soest finden sich zahlreiche Schöpfungen des Künstlers in den Sammlungen von Münster, Essen, Dortmund, Bochum und Berlin.

Morgner wurde 1891 in Soest geboren. Sein Vater, ein Militärmusiker und Eisenbahnschaffner, verstarb bereits ein Jahr nach der Geburt des Jungen. Die verwitwete Mutter hatte es mit dem zeichnerisch begabten Knaben nicht leicht, ihn auch für andere Schulfächer zu begeistern.

Morgner absolvierte das Archigymnasium seiner Vaterstadt, zeichnete und malte, wann immer das möglich war, und kam in Kontakt zum gebürtigen Soester Otto Modersohn, der zu den Malergrößen in Worpswede gehörte und ihm eine Malausbildung empfahl.

Das „Einjährige“ – ein mit freiwilliger Meldung zum Wehrdienst vorgezogener Schulabschluss – musste er aber vorher in der Schule schaffen. Dann gab die Mutter ihr Einverständnis zur Übersiedlung nach Worpswede, wo das Maltalent ab Frühjahr 1908 die Malschule von Georg Tappert besuchte. Aber der Unterricht erwies sich wider Erwarten als harte Arbeit. Unter „Zähneknirschen und mit Tränen“ eignete sich Morgner die abgeforderten Mal- und Zeichentechniken an. Doch dabei wurde zwischen dem Lehrer und dem Schüler aus dem anfänglichen Spannungs- ein Freundschaftsverhältnis, das über die Worpsweder Zeit hinaus von Dauer war.



Expressive Landwirtschaft: Morgner Bild „Frau mit Karre“ Bild: CF

Nach seiner Rückkehr nach Soest arbeitete der junge Maler als freischaffender Künstler. In dieser ersten Werkphase dominierten bei ihm in Anlehnung an die Worpsweder Freilichtmalerei Landschaftsbilder mit arbeitenden Menschen. 1911 weilte Morgner für längere Zeit zur weiteren Vervollkommnung nochmals bei Tappert, der seine Malschule inzwischen nach Berlin verlegt hatte. Dabei festigte sich für kurze Zeit ein eigenwilliger Malstil, der durch einen „gestückelten Farbauftrag in der Nachfolge van Goghs“ gekennzeichnet war und als seine zweite Stilphase empfunden wird. Er empfand seine Malweise des „monumentalen Pointillismus“ als „subjektive Umformung seiner Naturerfahrung“. Sie fand ihren Niederschlag in Bildern wie „Lehmarbeiter“ und „Holzarbeiter“, die bei der vierten Ausstellung der „Neuen Sezession Berlin“ 1911 für Aufsehen sorgten.

Dazu kam die Bekanntschaft mit Franz Marc, der ihm den Kontakt zum Kandinsky-Kreis in München vermittelte.

Kandinsky, der maßgebliche Mitbegründer der Künstler-Vereinigung „Blauer Reiter“, gab Morgner neue Impulse. Er wagte sich an unkonventionelle Farbexperimente heran, schuf ornamentale sowie „organisch-abstrakte Kompositionen mit leuchtenden Farben“ und verarbeitete dabei auch religiöse Motive auf neue Art.

Zwischendurch entstand die heute als sein Hauptwerk interpretierte „Komposition mit Akten“, die inzwischen zum Bestand des „Museums am Ostwall“ in Dortmund zählt. In Herwarth Waldens Zeitschrift „Sturm“ sowie in Franz Pfemferts „Aktion“ erschienen parallel expressionistische Holzschnitte und Zeichnungen von seiner Hand. Er war auf dem besten Wege zum künstlerischen Erfolg und zur deutschlandweiten Bekanntheit.

Im Herbst 1913 aber riss ihn die Einberufung zum Militär aus dem aufstrebenden Künstlerwirken. Nun ging es Schlag auf Schlag. Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges im August 1914 brachte ihn zunächst an die West- und dann an die Ostfront, ehe er nach einem Intermezzo als Bataillonszeichner in Bulgarien und einer Rückversetzung an die Westfront in der Schlacht bei Langemark fiel. Zu dem Zeitpunkt war der Hoffnungsträger der Moderne, der schon vor dem Krieg die Ahnung hatte, „ich könnte auf irgend eine Art zu Tode kommen, ohne daß ich mich erlebt hätte“, 26 Jahre alt. *Martin Stolzenau*

Zorniger Altstar

Mick Jaggers musikalische Abrechnung

Hunderttausende Fans werden im September und Oktober in Deutschland zu den Rolling Stones pilgern. Erst wird am 9. September die große Festwiese im Hamburger Stadtpark zur Konzertbühne für die legendäre britische Rockband, ehe diese drei Tage später in der Münchener Olympiahalle und am 9. Oktober in der Düsseldorfer Esprit-Arena auftreten werden. Die insgesamt 180 000 Eintrittskarten für diese drei Konzerte sind längst ausverkauft.

Es wird wie immer sein: Ein bisschen „Satisfaction“ für alle, und ein Publikum, dass ausrastet, wenn Frontsänger Mick Jagger nur mit der Zunge schnalzt. Dabei hat der inzwischen 74-jährige Senior nicht allein mit seinem Ruf als Teenie-Idol zu kämpfen, sondern jüngst auch mit seinem Image als politische Vorbildfigur. Denn die, so glaubte man bislang jedenfalls, entspräche der allgemeinen Haltung in der Rockszene: im Zweifel links, gender- und multikultifreundlich, öko- sex- und drogenaktiv und sowieso engagiert gegen alles, was den Anschein einer vermeintlichen Rückwärtsgewandtheit zeigt.

Sätze wie in Trumps Manier

Doch siehe da, in der Ikone Mick Jagger scheint man sich geirrt zu haben. Denn abseits seiner Tätigkeit als umjubelte Rampensau der Stones betätigt sich Jagger auch als Solokünstler, wo er denn schon mal sagen kann, was ihn wirklich bedrückt: den Brexit zum Beispiel oder der IS oder auch die Immigranten.

Jedenfalls hat er jetzt zwei Solo-Aufnahmen veröffentlicht, die ihn in ein ziemlich „rechtes“ Licht rücken. „England Lost“ heißt eine dieser Aufnahmen, die vom Titel her nicht viel anderes heißt als „England hat verloren“, also so wie beim Fußballspiel gegen die Deutschen. Jagger singt aber: „England's Lost“, was mit dem kleinen Apostroph-„s“-Anhängsel die Bedeutung von „England ist verloren“ hat. Es ist Jaggers Brexit-Klage, wenn er in beinahe „populistischer“ Manier singt, er verliere seinen Verstand und sei es müde, über Immigration zu reden. Es ist wohl der Schlüsselreim dieses Liedes (Imagination/Immigration), der in einem fatalistisches „lost, lost, lost“ – alles ist verloren – endet.

Mit beinahe schon Trump-typischen Phrasen („The news is all fake“) wartet Jagger in seiner zweiten Solo-Aufnahme „Gotta Get a Grip“ auf, wo er aufzählt, was ihm gegen den Strich geht: „Immigrants are pouring in / Refugees under your skin / Keep 'em under, keep 'em out / Intellectual, shut your mouth“ (Einwanderer strömen ein; Flüchtlinge gehen unter die Haut; lass sie rein, lass sie raus; Intellektuelle, haltet euren Mund).

Das klingt wie die Abrechnung eines zornigen alten Mannes mit der intellektuellen Klasse seines Landes. Das macht ihn noch nicht zu einem rechten Sänger, aber für einen politisch unangepassten und unbequemen Künstler, der gegen den Mainstream ansingt, reicht es allemal. *H. Tews*

Die SED-»Opfer« von der Todesgrenze

Eine Farce bis in die Gegenwart – Der Politbüroprozess von 1997 gegen die Verantwortlichen des Schießbefehls an der Mauer

Vor 20 Jahren kamen im Politbüroprozess die Männer vor Gericht, die als Mitglieder der DDR-Machtzentrale den Schießbefehl an der innerdeutschen Grenze zu verantworten hatten.

Als am 25. August 1997 die Große Strafkammer des Berliner Landgerichts die Urteile sprach, saßen nur noch drei der ursprünglich sieben Angeklagten im Saal. Wegen Totschlags und Mitverantwortung für das Grenzregime der DDR erhielt Egon Krenz eine Freiheitsstrafe von sechseinhalb Jahren, Günter Schabowski und Günther Kleiber je drei Jahre. Schon in den vorangegangenen Prozessabschnitten, in denen seit dem Herbst 1992 die Todesschüsse juristisch aufgearbeitet wurden, konnte sich die Mehrheit der vorgeladenen DDR-Machthaber durch ein ärztliches Attest einer Verurteilung entziehen.

Parallel dazu fanden vor einer anderen Kammer die Verhandlungen gegen die Todesschützen selbst statt, meist junge NVA-Soldaten. Als wahre Schuldige, als Täter hinter den Tätern, galten aber die, die den Schießbefehl gegeben hatten. Als Erster kam Erich Honecker vor Gericht. Wegen Totschlags und versuchten Totschlags erhielt er 15 Jahre Haft. Er musste seine Strafe aber nicht verbüßen. Aufgrund einer Krebserkrankung kam er frei und bestieg ein Flugzeug nach Santiago de Chile, wo seine Ehefrau Margot bereits auf ihn wartete.

Spuren der Reue zeigten wenige des DDR-Führungskaders, schuldig bekannte sich keiner. Sie verschanzten sich hinter der Aussage, nach DDR-Recht gehandelt zu haben, und erklärten die Gerichte der Bundesrepublik für nicht zuständig. Vor allem Egon Krenz, Nachfolger Honeckers im Amt des Staatsratsvorsitzenden und SED-Generalsekretärs zur Wendezeit, versuchte in jovial gehaltenen Monologen jede Schuld von sich zu weisen. Die Anklage gegen ehemalige DDR-Bürger bezeichnete er als „verfassungs- und völkerrechtswidrig.“

Wie alle Angeklagten leugnete Krenz die Existenz des Schießbefehls an die Grenztruppen, in dem es hieß: „Zögern Sie nicht mit der Anwendung der Schusswaffe, auch dann nicht, wenn die Grenzdurchbrüche mit Frauen und Kindern erfolgen, was sich die Verräter schon oft zunutze gemacht haben.“ Krenz beharrte: „Es hat einen Tötungsbefehl ... nicht gegeben. Das weiß ich nicht aus Akten, das weiß ich aus eigenem Erleben. So ein Befehl hätte den Gesetzen der DDR auch widersprochen.“ Krenz bezog sich auf Dokumente, „Akten“, die bewiesen, dass Erich Honecker den rücksichtslosen Gebrauch von Schusswaffen zu Sicherung der „Friedensgrenze“ gefordert hatte.

Der Schießbefehl war das letzte und grausamste Mittel der DDR-Oberen, den Exodus aus dem dahinsiechenden Arbeiter- und Bauernstaat zu stoppen. Wer sich durch Mauer und Grenzzaun nicht vor der Flucht in die Freiheit abschrecken ließ, sollte nicht nur mit Zuchthaus und Zwangsarbeit bestraft werden, sondern mit dem Tod rechnen müssen. Auf einer Lagebesprechung am 20. September 1961 sagte Honekker in seiner Eigenschaft als Sicherheitssekretär des Zentralkomitees: „Gegen Verräter und Grenzverletzer ist die Schußwaffe anzuwenden. Es sind solche Maßnahmen zu treffen, dass Verbrecher in der 100-m-Sperrzone gestellt werden können.“

Im Grenzgesetz der DDR stand: „Die Anwendung der Schußwaffe ist gerechtfertigt, um die unmittelbar bevorstehende Ausführung oder die Fortsetzung einer Straftat zu verhindern, die sich den Umständen nach als ein Verbrechen darstellt.“

Von der Existenz eines Schießbefehls wusste jeder DDR-Bürger, aber das Politbüro leugnete ihn vehement. So wurde die Verantwortung pro forma in die Entscheidung jedes einzelnen der Grenzsoldaten gestellt. Mindestens 138 Menschen wurden von 1961 bis 1989 beim Fluchtversuch von Ost nach West erschossen. Den Befehl, der angeblich nie existierte, hob Erich Honecker am 3. April 1989 persönlich auf. Die Sorge um das internationale Renommee der DDR und die Abhängigkeit von den wirtschaftlichen Wohltaten der Bundesrepublik waren die Gründe für diesen Sinneswandel.



So sieht man sich wieder: Die ehemaligen Politbüro-Größen Krenz (l.) und Schabowski beim Prozess um die Mauertoten Bild: pa

Als einziges der Politbüromitglieder distanzierte sich Günter Schabowski von dem barbarischen Geschehen an der DDR-Grenze. Er sagte in einer halbstündigen Erklärung vor Gericht: „Als einstiger Anhänger und Protagonist dieser Weltanschauung empfinde ich Schuld und Schmach bei dem Gedanken an die an der Mauer Getöteten. Ich bitte die Angehörigen der Opfer um Verzeihung.“

Krenz sah sich hingegen selbst als Opfer, nämlich jenes der bundesdeutschen Justiz, und wandte sich mit einer Beschwerde an das Europäische Gericht für Menschrechte. Sein Antrag wurde 2001 abgelehnt. Alle drei Verurteilten fanden sich in der Vollzugsanstalt Hakenfelde in Berlin-Spandau wieder.

Wirklich schmerzhaft war die Haft für sie eher nicht. Sie kamen nach kurzer Zeit in den offenen Vollzug. Krenz arbeitete bei der Flugzeugwerft Germania auf dem Flughafen Berlin-Tegel. Er sollte ausrangierte Flugzeuge an Russland verkaufen, in der berechtigten Annahme, dass er dorthin beste Kontakte hatte. Nach fast vier Jahren Haft kam er vorzeitig frei.

Schabowski, der auf einer Pressekonferenz am 9. November 1989 die Frage nach der Reisefreiheit mit den legendären Worten „Das trifft nach meiner Kenntnis ... ist das sofort, unverzüglich“ beantwortet hatte, konnte das Gefängnis schon nach einem Jahr verlassen, ebenso Kleiber. Schabowski verdiente seinen Lebensunterhalt als Mitarbeiter eines hessischen Anzeigenblatts. Nach langer Krankheit starb er 2015 im Alter von 86 Jahren in einem Berliner Pflegeheim.

Kleiber blieb arbeitslos und starb 2013 im Alter von 81 Jahren in Berlin. Krenz schrieb ein Buch über Honecker, unternahm Vortragsreisen ins Bruderland Kuba und war häufig Gast in TV-Talkshows. Er lebt in Dierhagen, dem Ostseebad der DDR-Prominenz, wo er kürzlich seinen 80. Geburtstag feierte.

Über die Rechtmäßigkeit der Gerichtsverfahren gab es viele Kontroversen. Politiker der PDS und Angehörige des linken Spektrums sprachen von einer Fortsetzung des Kalten Kriegs. Familien der Opfer kritisierten die Strafen als viel zu milde. *Klaus J. Groth*

Die Zarenkirche von Berlin

König Friedrich Wilhelms III. Beitrag zu guten russischen Beziehungen – Die russisch-orthodoxe Kirche St. Peter und Paul von Nikolskoe

Doch, ja: Von hinten wirkt die evangelische Kirche St. Peter und Paul bei Nikolskoe im Westen Berlins durchaus russisch. Aus hellem Backstein erbaut, der Baukörper zweigeteilt mit einer halbrunden Apsis, über dem First ein schmaler, hochaufragender Turm, gekrönt von einer mit Grünspan überzogenen, typisch russischen Zwiebelhaube.

Man meint fast, König Friedrich Wilhelm III. (1770–1840) zu hören, wie er 1834 seine Architekten Friedrich August Stüler und Albrecht Dietrich Schadow anwies, ihm beim Russendorf Nikolskoe (= das Nikolai gehörende) nun auch noch eine an die russisch-orthodoxen Gotteshäuser erinnernde Kirche zu bauen. Drei Jahre später, am 13. August 1837, wurde dann St. Peter und Paul eingeweiht, und bei der Feier war auch jener Nikolai dabei, dem das Havelufer bei Berlin-Glienecke die Kirche zu verdanken hatte. Der damalige Zar, Nikolai I., hatte bei der Einladung wohl eine ähnliche russisch-orthodoxe Kirche vor Augen wie die, in der er auf den Tag genau vor 20 Jahren und einem Monat am 13. Juli 1817 die preußische Prinzessin Charlotte geheiratet hatte.

Es war eine Liebesheirat. Nikolai, damals noch Großfürst und Bruder des regierenden Zaren Alexander I., hatte 1814 Berlin besucht und dabei die 16-jährige Prinzessin Charlotte kennengelernt. Blond, blauäugig und graziös, ähnelte sie ihrer schönen Mutter, der früh verstorbenen Königin Luise, und war die Lieblingstochter ihres Vaters Friedrich Wilhelm III. Doch nun war da der 21-jährige, hochgewachsene Großfürst Nikolai, dessen Charme nicht nur die Prinzessin, sondern auch ihr Vater erlag. Als Nikolai Berlin nach diesem Besuch verließ, war er verlobt.

Drei Jahre später ließ der König seine liebste Tochter nach Osten ziehen, wo sie zum russisch-orthodoxen Glauben übertrat und sich fortan Alexandra Fjodorowna nannte. Doch im Gegensatz zu vielen anderen Prinzessinnen, bei denen die Heirat in ein anderes Land den endgültigen Abschied von ihrer Heimat bedeutete, gab es zwischen Russland und Preußen regen Besuchsverkehr. Der Großfürst mochte seinen Schwiegervater sowie dessen Hauptstadt, und die Zuneigung wurde herzlich erwidert. Das zeigte sich unter anderem darin, dass der Schwiegervater russisch inspiriert bauen ließ: das Russendorf Nikolskoe, die Kirchen St. Peter und Paul und die Alexander-Newski-Gedächtniskirche.

Allerdings: Die Sache mit dem russischen Baustil wurde bei St. Peter und Paul schon in der Konzeptionsphase nicht konsequent durchgezogen. Russisch-orthodoxe Kirchen folgen fast immer einem Schema mit vier kleinen Türmen an den Ecken und einem großen, kuppelförmigen in der Mitte. Für St. Peter und Paul wollte der König aber nur einen Turm, und der landete dann auch



Im Wald versteckt: St. Peter und Paul im Russendorf Bild: Jensdarup

nicht in der Mitte, sondern an der Fassade.

Steht man vor derselben, fühlt man sich zuerst einmal an Venedig erinnert, wo die Palazzi das sonst übliche Konzept der schweren Untergeschosse, die leichte und luftige Aufbauten tragen, auf den Kopf gestellt haben. So kommt es einem bei St. Peter und Paul vor, wobei aber der leichte Eingang mit den drei Arkadenbögen nur ein Holzvorbau ist. Dahinter erhebt sich das Hauptgebäude, das in seiner Wuchtigkeit an die englisch-normannische Gottesburgen wie zum Beispiel Durham Cathedral denken lässt.

Die Fassade von St. Peter und Paul tritt fast schmucklos und durchaus gebieterisch auf: Im Mittelteil ist die zur Uhr umfunktionierte Fensterrose der einzige Schmuck, darüber erhebt sich mit einer Aussichtsplattform – sie erinnert an den Ausguck auf mittelalterlichen Bergfrieden – der Turm mit der Zwiebelhaube.

Ungefähr auf halber Höhe des Turmes endet die Fassade mit je drei Rundbogenfenstern links und rechts. Hinter denen hängt das einstmals größte Glockenspiel Preußens. Es ertönt immer noch von zehn Uhr bis Sonnenuntergang zu jeder vollen Stunde, und mittags um zwölf klingt es jeweils sehr preußisch über die Havel. Denn nach dem Choral „Lobe den Herren, den mächt'gen König der Ehren“ spielt das Glockenspiel das „Üb' immer Treu und Redlichkeit“ von Ludwig Hölty.

Tritt der Besucher in die Kirche ein, geht es nicht mehr um russisch, englisch, italienisch oder anderen Eklektizismus. Jetzt steht man inmitten von klarem preußischen Klassizismus: Im Kirchenraum herrschen helle, nüchterne Farben. Die Bankreihen sind militärisch ausgerichtet, links, rechts und hinten befindet sich je eine Empore. Alles ist übersichtlich, klar und aufgeräumt bis hin zu den Bodenplatten über den Altarstufen, unter denen sich der Eingang zur – mittlerweile zugemauerten – Gruft des Prinzen Carl, eines Bruders von Charlotte, und seiner Familie befindet.

In diesem Bereich gibt es eine ganze Menge mehr zu sehen als im Kirchenschiff. Da wäre erst einmal die Kanzel, die allerdings auf so hohen Säulen steht, dass man den Prediger unten fast nicht mehr hört. Darum darf der Pfarrer inzwischen von einer modernen Kanzel unter der alten predigen. Doch an der alten gibt es etwas wirklich Schönes zu sehen: Zwei Mosaiken mit den Namensgebern St. Peter und St. Paul. Sie sind eindeutig älter als die Kirche und wirken so gar nicht preußisch. Sind sie auch nicht, dafür aber sind sie ein Beispiel für preußische Sparsamkeit: Friedrich Wilhelm III. ließ sie aus dem Magazin holen, wo sie lagerten, seit sie der Papst Friedrich dem Großen geschenkt hatte.

Auf dem Altar steht ein typisch klassizistisches Kruzifix: das Kreuz aus schwarzem Eisen, darauf ein Gekreuzigter aus weißem Alabaster. Im Sockel des Altars sind links und rechts Nischen, und in denen stehen Bronzestatuetten von St. Peter und St. Paul. Es handelt sich um Geschenke des Prinzen Carl.

In der Kuppel der Apsis wird es bunt. Und zwar immer dann, wenn die Sonne durch das farbige Glas des mittleren der fünf runden Fenster hindurchstrahlt.

Aber mal ehrlich: Am schönsten wirkt St. Peter und Paul von außen. Der Kontrast zwischen dem hellen Backstein und den saftig-grünen Bäumen ist romantisch und lädt zum Spaziergang ein. Kein Wunder, dass St. Peter und Paul inzwischen eine der beliebtesten Berliner Hochzeitskirchen ist. *Sibylle Luise Binder*

Zweifaches Jahrhunderträtsel

Vor 30 Jahren starb Rudolf Heß – Die Umstände seines Todes liegen ebenso im Dunkeln wie die seines England-Fluges 1941

Vor 30 Jahren starb der ehemalige „Stellvertreter des Führers“, Rudolf Heß, nach 46-jähriger Haft im Alliierten Militärgefängnis von Berlin-Spandau – laut offizieller Darstellung durch Selbstmord. Allerdings wurden seitdem wiederholt Zweifel an dieser Version laut.

Mit der Person von Rudolf Heß verbinden sich gleich zwei Rätsel der Zeitgeschichte: Aus welchem Grunde flog der zweite Mann im NS-Staat im Mai 1941 nach Schottland, und was war seine wahre Todesursache? Dabei kann durchaus ein Zusammenhang zwischen diesen beiden ungeklärten Fragen bestehen. So zum Beispiel, wenn die Vermutung zutrifft, dass der britische Premierminister Winston Churchill von Heß überbrachte, ernstgemeinte Friedensvorschläge Hitlers abgelehnt habe, um die Vereinigten Staaten und die UdSSR in den für Großbritannien faktisch schon verlorenen Krieg hineinzuziehen. Ein Bekanntwerden solcher Winkelzüge wäre natürlich fatal für den Ruf des Empire gewesen – 1941 genauso wie 1987.

Aber solange die britischen Akten zum Fall Heß noch gesperrt sind, bleibt das alles nur Spekulation. Angeblich sollen die Dokumente nun, drei Jahrzehnte nach dem Tod des Hitler-Stellvertreters am 17. August 1987, freigegeben werden. Möglicherweise haben die Geheimdienste Ihrer Majestät längst ganze Arbeit geleistet und „passende“ Unterlagen zusammengestellt, welche den notorischen Kriegstreiber Churchill möglichst gut aussehen lassen. Das ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass schon die bisher bekanntgewordenen Umstände von Heß' „Selbstmord“ geeignet sind, Zweifel an der Version der Alliierten zu wecken.

Seit 1966 war Rudolf Heß der einzige Insasse des Spandauer Gefängnisses, in dem er die in Nürnberg verhängte lebenslange Haftstrafe wegen „Vorbereitung eines Angriffskrieges“ und „Verschwörung gegen den Weltfrieden“ verbüßte. Dabei ließ sein Gesundheitszustand von Anfang an sehr zu wünschen übrig, insbesondere in psychischer Hinsicht. So hatten sowohl der amerikanische Gefängnispsychologe Gustave M. Gilbert als auch der leitende britische Armee-Psychiater John Rawlings Rees bei ihm Gedächtnisschwund, Verfolgungswahn und Depressionen diagnostiziert. Zu Letzterem passen die vier Selbstmordversuche von Heß zwischen 1941 und 1977. Aufgrund dieser Sachlage wurden immer wieder Rufe nach einer vorzeitigen Entlassung aus humanitären Gründen laut, darunter von Seiten des Bundespräsidenten Gustav Heinemann und der Regierung Kohl. Allerdings scheiterte die Begnadigung der Nazi-Größe stets „zuverlässig“ am Veto Moskaus, weshalb der absurd aufwändige Gefängnisbetrieb in Spandau, den die Bundesrepublik und West-Berlin mit insgesamt drei Millionen Mark pro Jahr finanzieren mussten, unaufhörlich weiterging.

In der letzten Dekade seines einsamen Lebens scheint der mentale Zustand von Heß jedoch stabiler geworden zu sein, was wohl auch an den gelockerten Haftbedingungen lag. Der „teuerste Strafgefangene der Welt“ durfte sich nun weitgehend frei im Gelände der eigentlich für 600 Insassen ausgelegten Anstalt bewegen und genoss auch sonst einige neuartige Privilegien. Zugleich begann der Häftling zunehmend unter altersbedingten körperlichen Beschwerden zu leiden. Schließlich konnte er kaum mehr ohne die Hilfe eines Pflegers, nämlich des gebürtigen Tunesiers Abdallah Melaouhi, laufen oder die Schuhe anziehen. Außerdem war der schwer herzkranke und fast blinde sowie offensichtlich schon recht demente 93-Jährige nicht imstande, seine Arme über Schulterhöhe zu heben. Trotzdem aber soll er am Nachmittag des 17. August 1987 allein im Garten des Gefängnisses unterwegs gewesen sein und sich in der dortigen Laube unbemerkt mittels eines Verlängerungskabels erhängt haben.

Kurz darauf fand ihn der Doppelposten der Sowjets, die zu diesem Zeitpunkt turnusmäßig für die Bewachung der Strafanstalt zuständig waren. Heß wurde sofort in das nahebei gelegene britische Militärhospital gebracht, wo die Ärzte ihn um 16.10 Uhr für tot erklärten. Dem folgte eine umgehende Obduktion durch den britischen Gerichtsmediziner James Cameron, welche die offizielle Selbstmordversion begründete.

Interessanterweise verschweigt der Bericht über die Leichenschau einige entscheidende Details wie die konkrete Lage, in der Heß aufgefunden wurde. Darüber hinaus förderte eine weitere Sektion am 19. August, die auf Betreiben der Familie des Toten am Institut für Rechtsmedizin der Universität München durch die renommierten Pathologen Wolfgang Spann und Wolfgang Eisenmenger vorgenommen wurde, Merkwürdiges zutage: So fanden sich plötzlich auffällige Quetschungen und Blutungen im Bereich der Kehlkopfhörner, die Cameron offensichtlich ignoriert hatte. Dabei sind solche Verletzungen atypisch für Erhängen und passen eher zu einem fremdverursachten Tod durch Erdrosseln.

Zweifel an der amtlichen Darstellung über das Sterben von Heß meldete zudem auch sein ehemaliger Arzt Hugh Thomas an. Wie die britische Tageszeitung „The Independent“ im Jahre 2013 enthüllte, gab der Mediziner im Mai 1989 gegenüber Scotland Yard zu Protokoll, er habe vertrauliche Informationen von einem Ausbilder der Spezialeinheit SAS (Special Air Service) erhalten, dass zwei von dessen Leuten im Auftrag der britischen Regierung in US-Uniform in Spandau eingedrungen seien und den Gefangenen beseitigt hätten. Dabei nannte Thomas sogar die Namen der beiden angeblichen Mörder, welche peinliche Enthüllungen über die Verhandlungen von 1941 verhindern sollten.

Hierzu passt die Aussage des Pflegers Melaouhi bezüglich der Reaktion des Häftlings auf Pressemeldungen vom April 1987, der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow sei bereit, ihn „für die letzten Tage seines Lebens“ aus Spandau zu entlassen: „Das ist mein Todesurteil“, habe Heß daraufhin tief erschrocken geäußert.

Letztendlich entfalten aber weder die Einlassungen von Thomas noch die von Melaouhi irgendeine Wirkung, außer dass der Letztere als „rechtsextrem“ abgestempelt wurde. Sechs Monate, nachdem sich der britische Arzt gegenüber Jones offenbart hatte, stellte der Chef der Strafverfolgungsbehörde der Krone, Sir Allan Green, die zunächst wieder aufgenommenen Ermittlungen ein und teilte dem Unterhaus in London mit, es gebe keine neuen Beweise im Falle Heß.

Wolfgang Kaufmann

(siehe auch Seite 8)

DEATH CERTIFICATE

1. The late RUDOLF (WALTHER RICHARD) HESS dob 26 April 1894
2. This is to certify:
   a. Cause of death:
      (1) Disease or condition directly leading to death (1) ...Asphyxia... due to (or as a consequence of)
      (2) Antecedent causes. Morbid conditions, if any, giving rise to the above cause, stating the underlying conditions last. (2) ... due to (or as a consequence of)
      (3) Other significant conditions, contributing to the death but not related to the disease or condition causing it. (3) ...
   b. Was the death due to natural causes? ...No...
   c. Was a postmortem examination performed? ...Yes...
   d. Died at ...16.10... hours on ...17th August... 1987
   e. Died at (place) ...BMH Berlin...
   f. The body is free from infectious desease.

Berlin

Date: ...19th August 1987 Rank/Appointment: ...

SERVICE REGISTERING OFFICER – NORTH WEST EUROPE

Certified that this is a true copy of the certificate issued on 19 August 1987 in Berlin, and that the original signed copy is in my possession.

Major Frank Crabtree
Service Registering Officer

Bild: preterhuman

Totenschein: „Atemstillstand durch Druck auf den Nacken hevorgerufen durch Erhängen“

Der verkannte Held

Vor 250 Jahren wurde der Tiroler Freiheitskämpfer Peter Mayr geboren

Wenn von der Tiroler Volkserhebung die Rede ist, fällt immer wieder der Name ihres Anführers Andreas Hofer. Vergessen wird dabei jedoch häufig, dass diesem vom Ritten (Hochplateau oberhalb von Bozen) stammender Unterführer Peter Mayr eine mindestens ebenso bedeutende Rolle im Befreiungskampf spielte.

Peter Mayr wurde am 15. August 1767 am Köhlhof in Siffian geboren. Sein gleichnamiger Vater (1741-1806), verheiratet mit Maria Unterhofer (1743-1815) aus Oberbozen, war in den Jahren 1772 bis 1773 unter anderem gewählter Bauernrichter auf dem Ritten. 1795 wurde Mayr Wirt am Weißen Kreuz bei Klausen, 1804 erwarb er das Gasthaus an der Mahr bei Brixen. 1799 hatte er Maria Fuchs, Kellnerin in Unteratzwang und Tochter eines Lehrers und Orgelbauers aus Gries am Brenner, geheiratet. Aus der Ehe gingen fünf Kinder hervor.

Im 30. Lebensjahr bestand Mayr erstmals einen Kampf. Nachdem die Festung Mantua in Oberitalien am 2. Februar 1797 im Krieg gegen französische Truppen unter General Joubert gefallen war, drangen diese unaufhaltsam durch das Etschtal vor und besetzten Bozen. Eine Vorhut zog noch am selben Tag weiter ins Eisacktal und rückte nach Atzwang ein. Als eine französische Abteilung am 3. April versuchte, von Bozen aus den Ritten zu erobern, wurde sie von der Schützenkompanie unter Führung von Mayr zurückgeschlagen. Der 23jährige Oberbozner Josef Wenter wurde dabei so schwer verletzt, dass er am nächsten Tag seinen Verwundungen erlag.

Zehn Jahre später hielt Hofer im Wirtshaus an der Mahr einen geheimen „Bauernkonvent“ ab, bei dem beschlossen wurde, sich mit Hilfe Österreichs wieder der Herrschaft Bayerns zu entledigen, das Napoleon für seine Bündnistreue im Krieg gegen Österreich 1805 zum Königreich erhoben und unter anderem mit der Überlassung Tirols „belohnt“ hatte. Vor allem die bayerischen Anordnungen in kirchlichen Belangen riefen den Widerstand der Tiroler hervor und führten schließlich zur Rebellion. Die ersten beiden Bergiselschlachten am 25. und 29. Mai 1809 endeten indes mit einer Niederlage der Aufständischen. Nach dem Waffenstillstand vom 12. Juli mussten die Österreicher aus Tirol abziehen, und die Franzosen rückten aus Italien bis nach Innsbruck vor. Doch der Kampf ging weiter, und am 13. August 1809 kam es zur dritten Schlacht am Bergisel, welche die Befreiung des Landes brachte und an der die Schützenkompanien aus dem unteren Eisack- und dem westlichen Pustertal, die unter dem Kommando von Mayr standen, maßgeblichen Anteil hatten. Auch die Rittner Schützen hatten sich in den Schlachten vom 29. Mai und 13. August bewährt, zuerst unter Hauptmann Josef Zagler, damaliger Pfleger des Gerichts zum Stein auf dem Ritten, dann unter Hauptmann Anton Mayr. Insgesamt hatte man sechs Opfer zu beklagen.

> Mindestens ebenso bedeutend wie Andreas Hofer

Auf Dauer war die Übermacht der Gegner allerdings zu groß, und so entschieden die Franzosen und ihre Verbündeten die letzte Schlacht am 1. November 1809 zu ihren Gunsten. Hofer und Mayr überlegten, ob sie den Widerstand fortsetzen sollten, sahen aber schließlich dessen Aussichtslosigkeit ein. Mayr versteckte sich in Felthurns, wurde jedoch ebenso wie Hofer gegen eine Kopfprämie von 500 Gulden verraten und am 8. Februar 1810 verhaftet. Ein Kriegsgericht verurteilte ihn sechs Tage später zum Tod durch Erschießen. Als Mayrs Ehefrau und seine fünf Kinder beim französischen Standortkommandanten von Bozen, General Louis Baraguey d'Hilliers, persönlich vorstellig wurden und um Gnade flehten, schlug dieser vor, Mayr solle öffentlich erklären, dass er vom Waffenstillstand zwischen Österreich und Frankreich nichts gewusst und auch die Proklamation des italienischen Vizekönigs Eugène de Beauharnais vom



Peter Mayr Bild: Archiv

12. November 1809 nicht gekannt habe, nach der das Tragen von Waffen unter Todesstrafe verboten war. Das allerdings lehnte Mayr ab, denn er wollte sein Leben nicht durch eine Lüge „erkaufen“, die er zudem als ehrlosen Verrat an der Sache der Tiroler betrachtet hätte. So wurde das Todesurteil am 19. Februar 1810 bestätigt und am folgenden Tag an der alten Holztrift von Gries nördlich der heutigen Bozner Talferbrücke vollstreckt. Die Beisetzung des Leichnams erfolgte auf dem Friedhof an der Pfarrkirche von Bozen, dem heutigen Dom. Am 30. September 1900 errichtete man dort ein Denkmal. Der Zufall wollte es übrigens, dass Hofer am selben Tag zur selben Stunde exekutiert wurde wie Mayr, nämlich ebenfalls am 20. Februar 1810 in Mantua. Beide waren außerdem im selben Jahr geboren.

Auf Initiative des „Militär-Veteranen-Vereins Bozen“ enthüllte man am 9. Oktober 1910 an Mayrs Geburtshaus eine Gedenktafel, und 2009 wurde im Rahmen der 200-jährigen Erinnerung an den Tiroler Freiheitskrieg in Klobenstein, dem Verwaltungszentrum des Ritten, ein Gedenkstein für Mayr eingeweiht – an der Hauptstraße des Ortes, die ebenfalls den Namen des Rittner Helden führt. Schließlich ist auch das Vereinshaus im benachbarten Lengmoos nach ihm benannt und selbst in Bozen-Gries und in Meran-Untermais gibt es Peter-Mayr-Straßen.

Die Nachkommen Mayrs haben, wie bereits seine Vorfahren, die Geschichte des Ritten nachhaltig mitgeprägt. So war sein Großneffe Josef Mayr (1834-1909) am Ende des 19. Jahrhunderts für längere Zeit Gemeindevorsteher, was dem Amt eines Bürgermeisters entspricht. Dessen Sohn wiederum, Georg Mayr (1881-1968), war nach der Neuaufstellung der Rittner Schützenkompanie „Peter Mayr“ 1958 zehn Jahre lang bis zu seinem Tod deren Hauptmann, und Georgs Enkel Klaus Mayr führt inzwischen diese Tradition fort.

Weniger bekannt sein dürfte hingegen selbst vielen Rittnern, dass die letzte Verwandte Peter Mayrs in direkter Linie vor mehr als 100 Jahren starb und ihr Grabstein noch heute fast versteckt und kaum beachtet neben der Pfarrkirche von Lengmoos existiert, wo sich einst der 1961 endgültig aufgelassene Friedhof befand. Als dieser 1905 zu klein wurde, legte man ein Erweiterungsfeld an, das genau ein Jahrhundert später verschwand und einer gartenähnlichen Anlage Platz machte. An der Mauer, die einst die Friedhofserweiterung begrenzte, findet sich eingelassen der historisch bedeutsame Grabstein mit der Inschrift: „Hier ruht Filomena Mair, Urenkelin und letzte Nachkomme des Tiroler Helden Peter Mair, Wirt an der Mahr. Sie starb am 16. Februar 1907. R.I.P. – Gewidmet vom Schützen- und Feuerwehr-Vereine Lengmoos.“

Wolfgang Reith

Der Moment der Woche



Preisfrage: Welche der vier Frauen wird ihren Ausflug ans Meer am meisten genießen? Ob Bademode im Zeltformat oder in der Weniger-ist-mehr-Version bleibt jeder Strandnixe allerdings selbst überlassen. Verbote muslimischer Badetracht, wie sie im letzten Jahr an französischen Stränden erlassen wurden, sind nicht zulässig. Sie wurden von den zuständigen Gerichten gekippt. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte entschied dafür jüngst, dass es rechtens ist, wenn Staaten eine Vollverschleierung in der Öffentlichkeit verbieten. Die komplette Verhüllung baue eine unüberwindliche Hürde für das soziale Miteinander auf. Bleibt Preisfrage Nummero Zwei: Was ist eigentlich von einer Religion zu halten, die derlei Gerichtsurteile nötig macht? *FH*

»Zuschauer stören nur«

Die SPD und ihre absurden Forderungen zur Kulturförderung

Vorhang auf und Bühne frei für Thorsten Schäfer-Gümbel: Die Kunst und die Kultur sind sein ehrenwertes Thema. Die SPD-Partei-Zeitung „Vorwärts“ hat sich der Vize-Chef der Sozialdemokraten zur Bühne auserkoren. Hier tut er seine Meinung kund und die macht einen Staunen. „Deutschland ist ein Einwanderungsland“, heißt es in seinem Monolog. Hierzulande lebten Menschen mit Migrationshintergrund in mehreren Generationen. Aber die Einwanderungsgesellschaft werde im Kulturbetrieb überhaupt nicht abgebildet. Es gelte, dieses kulturelle Erbe endlich zu integrieren. Bessere Rahmenbedingungen, mehr Förderprogramme seien unbedingt nötig.

Entgeisterung macht sich im Publikum breit. Ist dieses Thorsten-Schäfer-Gümbel-Stück eine skurrile Komödie oder gar ein Drama über einen sinnverwirrten Politiker? Man raunt sich gegenseitig zu von Dutzenden Multi-kulti-Erfahrungen auf Bühne, Leinwand oder sonstwo im Kulturbetrieb zu. Kaum hörbar fallen sogar die Worte „ermüdend“ und „penetrant“ über das einfallslose Ideologen-Einerlei. Die Kasseler Dokumenta? „Eine einzige Generalanklage gegen Nationalismus, Faschismus und weißen Heterosexualismus“, zitiert jemand einen namhaften Kunstkritiker. Ein anderer hat die Aufführung von Zuckmayers „Der Hauptmann von Köpenick“ im thüringischen Landestheater Altenburg gesehen. Der Schwarzafrikaner Ouelgo Téné spielte den Schuster Voigt! Manchen scheint es jetzt sogar, als hätten sie seit Jahren immer wieder das gleiche

Bleiche Schurkinnen und Schurken

Stück gesehen – von Hamburg („Schiff der Träume“, Schauspielhaus) bis München („Open Border Kongress“, Kammerspiele). Sicher, es gab Variationen, aber stets waren da einerseits die bleichen Schurkinnen und Schurken – offensichtlich solche, „die schon länger hier leben“ (Angela Merkel). Im Gegenpart brillierten schockobraune Hinzugewanderte als strahlende Helden, als die besseren Menschen.

Nun macht sich im Publikum doch Empörung breit, ob der dreisten Worte Schäfer-Gümbels. „120“, schreit einer immer wieder. EINHUNDERTZWANZIG! Mit 120 Euro werde jede Theaterkarte durchschnittlich vom Staat gefördert, ruft er ins Auditorium. Und der Mann weiß noch mehr. Städtische Theater werden in Deutschland zu mehr als 80 Prozent bezuschusst. Nur 20 Prozent stammen aus dem Kartenverkauf. Bund, Länder, Städte und Gemeinden spendierten dem Kulturbetrieb im vergangenen Jahr 9,9 Milliarden Euro. „Wir Zuschauer stören doch nur in diesen System“, ruft er den Leuten zu. „also lasst uns endlich gehen.“

Was für ein Anfang! Mit blitzenden Augen und energischen Schritten bahnt sich dieser Mann den Weg hinaus aus dieser absurden Vorstellung. Wie herrlich befreit er dabei aussieht. Andere folgen ihm. Aber ach, es sind längst nicht alle. So viele sind sitzengeblieben. Jetzt klatschen sie sogar, denn Schäfer-Gümbel schwadroniert weiter, als wäre nichts gewesen. Ihre Gesichter? Hündisch und ergeben schauen sie zur Bühne. Das Rathaus in ihren Köpfen hat längst ein schwarzer Hauptmann von Köpenick besetzt.

Frank Horns

Sturmfahrt zur Menschenpipeline

Konten gesperrt, »robuste« Schiffsdurchsuchungen: Wer »Flüchtlingsrettern“ auf die Finger schaut, muss mit Widerstand rechnen

Eigentlich ein harmloses Vorhaben: Mitglieder der nationalkonservativen Identitären Bewegung möchten das Treiben der diversen Schiffe auf „Flüchtlings-Rettungsmission“ im Mittelmeer beobachten. Der massive Widerstand, der ihnen entgegenschlägt, zeigt, wieviel die selbsternannten Seenotretter zu verbergen haben.

Es fährt ein Schiff im Mittelmeer. Das ist nicht weiter ungewöhnlich, denn dort fahren viele Schiffe. Pro Tag mehr als 50 000 Stück. Frachter, Fähren, Tanker, Kreuzfahrtschiffe, Versorger. Nicht zu vergessen die amerikanische 6. Flotte – eine Flugzeugträgergruppe, deren Stationierungsort Mittelmeer seit 1950 festgelegt ist. Aber das ist nebensächlich. Sie alle halten sich ganz normal seit Jahrzehnten im Mittelmeer auf. Aber dieses eine Schiff hat ein Problem: Es ist ein Paria. Es ist die „C Star“.

Ihr Problem besteht darin, dass sie von der Identitären Bewegung gechartert wurde, einem europaweiten Zusammenschluss von jungen Leuten um die 20, die gegen den illegalen Einwanderungstransfer aus Afrika über das Mittelmeer sind. Die „C Star“ ist somit eine Antwort auf viele ähnliche Schiffe von anderen jungen Leuten um die 20, die sich als NGO – nicht staatliche Organisation – verstehen, und die mit ihren Schiffen Schleusern ab der libyschen Küste bis Italien helfen, den Menschenhandel nach Europa aufrecht zu halten. Das Reizwort heißt „Flüchtlinge“.

„Idealisten“ werden die einen genannt, die anderen Idealisten werden als „Rechtsextreme“ verteufelt. Soweit der Hintergrund. Was also ist es, das die Identitären mit dem Charter der „C Star“ bewegt? „Wir wollen vor Ort dokumentieren, wie der reibungslose Transfer von Afrikanern über das Mittelmeer – unter Einschaltung der NGO – nach Europa funktioniert“, erklärt der Rostocker Daniel Fiß, zweiter Bundessprecher der Identitären in Deutschland gegenüber der *PAZ*. Es geht darum, Funksprüche abzuhören. Es geht darum, gerichtsfeste Beweise zu sammeln. Es geht darum, das Eindringen von „Rettungsschiffen“ in libysche Hoheitsgewässer zu melden.

Fiß weiter: „Wir wollen darauf aufmerksam machen, dass die Regierungen versagen.“ Mit „die Regierungen“ meint er unter anderem die „Operation Sophia“ der Deutschen Marine im Rahmen des EU-Mandats „EUNAVFOR“. Auftrag: Schleusung im Mittelmeer unterbinden. Praxis: Geschleuste Afrikaner übernehmen und nach Italien bringen.

Es wuchs also Groll. Und da kam die „C Star“ ins Bild. Denn während andere NGO mit ihren Schiffen ohne Probleme vor der libyschen Küste operieren konnten, wurde dem Schiff und der Crew der „C Star“ alles unter den Kiel geworfen, was das internationale Recht hergab.

Es begann damit, dass „Defend Europe“, so der Name der Identitären für ihre Mittelmeer-Aktion, sämtliche Konten gesperrt oder gekündigt worden. Das reichte von der österreichischen Sparkasse bis zu Paypal und dem offiziellen „Defend Europe“-Konto, ebenfalls über Paypal. „Die Gründe für die Kündigung muss Paypal nicht angeben“, so Fiß. Immerhin: „Wenn Spenden-Konten gekündigt werden, müssen die Gelder nach einer 180-tägigen ‚Einfrierfrist‘ zurücktransferiert werden.“ Also liefen die Defend-Europe-Spenden – 160 000 Euro kamen zusammen – unter anderem über alternativ organisierte amerikanische Konten zurück in den Schiffserwerb. So konnten die Identitären die vom Schiffsmakler Sven Tomas Egerstrom vermittelte „C Star“ in Djibouti übernehmen.

Die Kampagne lief allerdings weiter. Als erstes durften sie, vom afrikanischen Djibouti kommend, nicht in den Suez-Kanal. Das ist ungewöhnlich. Der Vorwand lautete „Waffenschmuggel“ und „Besatzung bewaffnet“. Nun ist die Suez Port Authority normalerweise nicht pingelig, was Schiffe betrifft, verdient Ägypten schließlich pro Schiff an einer Kanalpassage bis zu 600 000 Dollar, wobei sich die Gebühr nach der Größe des Schiffes bemisst. Möglich, dass es Druck aus Brüssel oder Berlin auf Ägypten gegeben hat, das Schiff festzuhalten. „Wir wissen definitiv, dass sich die NGO Hope not Hate an Ägypten gewandt hat mit der Bitte, uns aufzuhalten“, sagt Fiß. Da die Vorwürfe unbegründet waren – Fiß spricht von einer „robusten Durchsuchung durch ägyptische Behörden“ –, gelangte die „C Star“ schließlich doch ins Mittelmeer.



Schiff mit Geschichte: 1975 wurde die „C Star“ im finnischen Savonlinna gebaut. 1994 half sie bei der Suche nach Überlebenden der gesunkenen Fähre Estonia. 2014 begleitete sie mit „Sea marshalls“ an Bord Handelsschiffe im Golf von Aden, um sie vor Piraten zu schützen Bild: pa

Schwere See auch dort – zumindest im übertragenen Sinn: So war geplant, dass sechs Mann der Identitären im sizilianischen Catania an Bord gehen sollten. Gleichzeitig wollten von dort 20 Besat-

Tausende Migranten, die wie am Fließband registriert werden

zungsmitglieder, Tamilen, zurück in die Heimat fliegen. Sie waren seit Dschibuti an Bord, um Seemeilen für ihre Seemannslizenz zu sammeln, ein Verfahren, das üblich ist, wofür man sich sogar auf einem Schiff einkaufen kann. Plötzlich wehte den Identitären die steife Brise des angeblichen Menschenhandels entgegen.

Gleichzeitig wurde dem Kapitän der „C Star“, dessen Namen die Identitären aus Sicherheitsgründen nicht nennen wollen, mitgeteilt, dass für das Schiff in keinem Schengen-Hafen ein „Port Call“ genehmigt werde, also eine Bitte zum Einlaufen, um Wasser, Lebensmittel und Treibstoff aufzufüllen. Da in Italien „keine Option zum Anlegen“ war, nahm man in einer „Nacht und Nebel-Aktion“ (Fiß) Kurs auf das türkische Nordzypern, um dort im Hafen von Famagusta die tamilische Crew, 20 Mann, an Land zu lassen und Mitglieder der Identitären aus Deutschland, Österreich und den Niederlanden an Bord zu nehmen.

Doch die NGO, vergleichbar dem Märchen vom Hasen und dem Igel, waren schon da. „Sie fingen die Tamilen ab, boten ihnen Geld, wenn sie sagten, wir hätten sie geschleust und sie auf der Stelle Asyl beantragen“, sagt Fiß. 15 lehnten ab, fünf ließen sich ködern. Und schon lag die „C Star“ wieder fest, die Türken verhafteten den Kapitän und den Ersten Offizier, der Vorwurf, wie üblich, Schleuserei. Ein Windei. Und so war der Skipper nach zwei Tagen wieder frei. Frei war auch sein Schiff. Ein Bunkerboot, das Treibstoff bringen sollte („Schlitzohren gibt es immer“, sagt Fiß trocken), war ebenfalls organisiert.

Und so ist die „C Star“ nun vor Ort, in dem Seegebiet, in dem die Übergabe der Afrikaner an die dort unablässig kreuzende Rettungsflotte europäischer NGO sowie Ärzte ohne Grenzen stattfindet. Dass das Ganze eine wie geschmiert laufende Menschenpipeline ist, die mit „Flüchtlingen“ nicht viel zu tun hat, konnte in Sizilien bereits der Österreicher Simon Kaupert feststellen, ein weiterer der Identitären vor Ort: „Hier auf Sizilien haben wir jetzt mehrere ‚Entladungen‘ der NGO-Schiffe begleitet und dokumentiert. Die gigantische Maschinerie, die von Regierung und halbstaatlichen NGOs aufgefahren wird, ist erschreckend – und beeindruckend zugleich. Man muss das mit eigenen Augen gesehen haben: Tausende Migranten werden täglich wie am Fließband reibungslos und ohne Zeitverlust registriert, erstversorgt, mit Geld ausgestattet und dann in klimatisierte Großsiedlungen über die ganze Insel verstreut. Das ist nicht das Werk von ein paar linken Freizeitaktivisten, die NGO sind professionelle Unternehmen mit Millionenbudgets.“

Die Stimmung an Bord der „C Star“ ist im Moment trotzdem blendend. Dazu hat sie allen Grund, denn nach ihrer Einschätzung zeigt ihr Einsatz Wirkung. Fiß: „Die Identitäre Bewegung hat mit ‚Defend Europe‘ der EU Beine gemacht. Was ein paar junge Männer – und Frauen – so alles bewegen können, ist erfreulich.“ Er denkt an den plötzlichen Aktivismus um die beschlagnahmte Iuventus der deutschen NGO „Jugend rettet“. Plötzlich rückt die italienische Staatsanwaltschaft, erfahren im Kampf gegen die Mafia, abgehörte Gespräche raus, die dreimal zwischen der Iuventus und libyschen Schleppern stattfanden, um den Übergabeort der Afrikaner zu verabreden.

Ach ja: Sollte tatsächlich ein Afrikaner in Reichweite der „C Star“ mit dem Ertrinken kämpfen, wird der selbstverständlich gerettet. Ganz so, wie es das Seerecht vorschreibt. Er wird aber nicht nach Italien gebracht.

Ulrike Dobberthien

Identitäre und Verfassungsschutz

Am 12. September 2016 verkündete das Bundesamt für Verfassungsschutz, dass es die „Identitäre Bewegung Deutschland“ beobachte. „Wir sehen Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung“, erklärte Hans-Georg Maaßen. Der Geheimdienstchef weiter: „So werden Zuwanderer islamischen Glaubens oder aus dem Nahen Osten in extremistischer Weise diffamiert.“ Vorwürfe, die von den Mitgliedern der Bewegung vehement bestritten werden. Sie wollen jetzt vor dem Verwaltungsgericht klagen. Daniel Fiß: „Entweder ordnen die Richter an, die Beobachtung einzustellen, oder, falls nicht, wäre gerichtsfest festgestellt, dass Patriotismus verfassungsfeindlich ist.“

Dass die Kriterien, um ins Visier der Verfassungsschützer zu geraten, oft mehr als rätselhaft sind, hat sich schon in der Vergangenheit gezeigt, etwa, als die Partei der Grünen observiert wurde. Kritiker werfen dem Geheimdienst vor, ein Instrument der Herrschenden zu sein. Er werde missbraucht, um oppositionelle – aber durchaus verfassungstreue – Parteien und Gruppierungen kleinzuhalten und zu diskreditieren (siehe *PAZ* 24, Seite 12). UD

Das Ostpreußenblatt

Nr. 32 – 11. August 2017

MELDUNGEN

Zunahme der Badeunfälle

Allenstein – Im südlichen Ostpreußen sind in diesem Sommer bereits zehn Personen ertrunken. Laut Polizei ereignen sich die Badeunfälle am häufigsten an nicht bewachten Badestellen. Als eine Ursache nennen Rettungskräfte den Konsum von Alkohol und Rauschmitteln. In berauschtem Zustand beachteten die Badenden nicht, dass die Strömung in Ufernähe sehr stark ist, teilte Pressesprecher des Wasserrettungsdienstes, Michal Czernekki, mit. Auch für Kinder sei Schwimmen in Naturgewässern gefährlich. Die Rettungskräfte appellieren vor allem an Eltern, ihren Nachwuchs nicht unbeaufsichtigt an Seen und Flüssen baden zu lassen. Für die Nicht-Beaufsichtigung von Kindern kann sogar ein Bußgeld bis 5000 Zloty (knapp 1200 Euro) fällig werden. *PAZ*

Störungen des Verkehrs

Allenstein – Straße Nr. 7: Elbing [Elblag] – Jazowa, Baustelle; Liebemühl [Miłomłyn] – Osterode [Ostróda], Baustelle; Osterode – Hohenstein [Olsztynek], Baustelle; Bergheim [Gorki] – Schwenteinen [Swietajny], Baustelle. Straße Nr. 15: Rheinsgut [Rynskie] – Mörlen [Morliny], Baustelle. Straße Nr. 16: Osterode – Alt Jablonken [Stare Jabłonki], Baustelle; Groß Borken [Borki Wielkie] – Sorquitten [Sorkwity], Baustelle. Straße Nr. 16c: Kaplitainen [Kaplityny], Baustelle; Allenstein [Olsztyn] – Fittigsdorf [Wójtowo], Baustelle. Straße Nr. 51: Allenstein – Pagelshof [Ameryka], Baustelle. *E.G.*

Angst vor schleichender »Germanisierung«

Schlechte politische Beziehungen wirken sich auf Kultur-Einrichtungen im Königsberger Gebiet aus

Seit ein paar Monaten schüren einige russische Staatsmedien im Königsberger Gebiet die Angst vor einer „schleichenden Germanisierung“ und zielen dabei auch auf kulturelle Einrichtungen wie das Deutsch-Russische-Haus in Königsberg und das Tilsiter Stadtmuseum ab.

Seit der Öffnung des Königsberger Gebiets Anfang der 90er Jahre hat sich viel getan in Sachen Völkerverständigung. Gebürtige Ostpreußen besuchten ihre Heimat und knüpften Kontakte zu den heutigen Bewohnern ihrer Heimatorte, die nicht selten in Freundschaften mit gegenseitigen Besuchen mündeten.

Allgemein schätzen Russen die Deutschen für ihren Ordnungssinn, ihre Pünktlichkeit und Zuverlässigkeit und – nicht zuletzt – die deutsche Kultur. Deutsche Dichter werden in Russland gelesen und geliebt. Im Russland der Nachkriegszeit wurde stets unterschieden zwischen „Deutschen“ und „Faschisten“, sprich, „diejenigen, die gegen uns gekämpft haben, waren deutsche Faschisten“, so die Denkweise. Im Königsberger Gebiet wird vor allem die deutsche Königin Luise verehrt. Auch auf staatlicher Ebene waren die vergangenen zwei Jahrzehnte von einer Annäherung der einstigen Feinde und einer Überwindung der Gegensätze geprägt.

Seit der Krimkrise und der Annexion der Krim hat sich die Beziehung zwischen Deutschland und Russland deutlich abgekühlt. Die Stationierung von Nato-Truppen im Baltikum und im südlichen Ostpreußen hat die Situation nicht gerade verbessert.



Gegensätzliche Erinnerungskultur: Mitten in Tilsit gibt es eine „Allee der internationalistischen Krieger“ (die deutsche Übersetzung auf der Tafel enthält einen Fehler. Es muss heißen „Stop! Verbeuge dich!“(o.).
Ein positives Beispiel von vielen: Die fruchtbare deutsch-russische Zusammenarbeit hat die Wiedererrichtung des Luisendenkmals im Park Jakobsruh vor drei Jahren ermöglicht, an der neben Vertretern der russischen Stadtverwaltung auch die Stadtgemeinschaft Tilsit und das Tilsiter Stadtmuseum beteiligt waren Bilder: MRK

Die Auswirkungen bekamen zu Jahresbeginn das Deutsch-Russische-Haus in Königsberg zu spüren, dessen Präsident Viktor Hoffmann als „ausländischer Agent“ eingestuft wurde, weil er deutsche Fördergelder erhalte und sich politisch betätige (Die *PAZ* berichtete, siehe Nr. 1, 7, 22). Und nun in Tilsit die Direktorin des Museums für Stadtgeschichte, Angelika Spiljowa. Ihr Vergehen: In einer Ausstellung anlässlich des 100. Geburtstags des deutschen Dichters Johannes Bobrowski waren zwei Bilder von dessen Hochzeit zu sehen, die ihn in Wehrmachtsuniform zeigen. Der Lyriker und Erzähler Bobrowski war am 9. April 1917 in Tilsit zur Welt gekommen. Seine Gedichte und Prosawerke zählen zu den bedeutendsten der deutschsprachigen Literatur. In seinen Werken hat er die „Schuld des deutschen Volkes“ anerkannt. Es ging ihm um die Versöhnung und Verständigung mit den östlichen Nachbarn.

Einen Tag nach der Festveranstaltung, an der Klaus Brähmig, MdB, der deutsche Generalkonsul in Königsberg, Michael Banzhaf, sein litauischer Amtskollege sowie der Kulturamtsleiter der Stadt Tilsit, Oleg Waschurin, ein ehemaliger Fähnrich der russischen Armee, teilnahmen, ging Letzterem, der zu diesem Zeitpunkt noch keinen Anstoß an der Ausstellung (siehe *PAZ* Nr. 15) nahm, offenbar ein Licht auf, dass darin „die staatlichen Interessen Russlands“ gefährdet würden, weil „faschistische Propaganda“ gezeigt werde. Er ließ die besagten Bilder beschlagnahmen und forderte Spiljowa auf, ein Entlassungsgesuch zu schreiben. Dem kam sie nicht nach, sondern wandte sich an die Öffentlichkeit.

Man könnte den Vorfall als Kompetenzgerangel in der Provinz betrachten – vielleicht hat ja Waschurin persönlich etwas gegen Spiljowa –, wenn es sich um einen Einzelfall handelte. Doch auch in Cranz wurde ein Verein aufgelöst, der den Schüleraustausch mit dem Kreis Pinneberg organisierte.

Es sind vor allem die Staatssender „Rossija 1“ und „vesti.kaliningrad“, die antideutsche Ressentiments mit der Angst vor einer Germanisierung schüren.

Ein Trost für alle, die sich um die Völkerverständigung kümmern, ist die Tatsache, dass die Scharfmacher in der Minderheit sind. Die meisten Menschen im Königsberger Gebiet belächeln die Meldungen der Staatsmedien. „Germanisierung? Was denn für eine Germanisierung? Das Gebiet ist doch heute nicht deutscher als 1991!“ Selbst der amtierende Gouverneur Anton Alichanow sieht keine Anzeichen dafür, dass Deutschland Anspruch auf das nördliche Ostpreußen erheben könnte. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Deutsche im Nachkriegspolen

Konferenz in Allenstein behandelte wenig bekannte Aspekte zur Lage der Daheimgebliebenen

Im Frühjahr fand eine wissenschaftliche Konferenz an der Universität von Ermland und Masuren in Allenstein statt, die den Titel „Die Deutschen in den West- und Nordgebieten Polens nach 1945“ trug. Weil das Publikum vor allem junge Menschen waren, bot sie eine gute Gelegenheit, das Bewusstsein für die schwierige, aber interessante Geschichte der Deutschen Minderheit in Polen zu schärfen. Laut Magdalena Lemanczyk von der Universität Danzig sei über die Deutschen in Polen nach 1989 viel bekannt, aber es gebe nur wenige umfangreiche Forschungen über die Zeit davor.

Die Konferenz wurde durch das Deutsche Forschungszentrum für Minderheiten gefördert, das speziell gegründet wurde, um das Schicksal der Deutschen Minderheit auch vor 1989 zu beleuchten. Obwohl das Hauptthema die Deutschen im Norden Polens waren, wurde ihre Geschichte mit der der Deutschen aus Nieder- und Oberschlesien verglichen. Deswegen waren unter den Rednern auch die Oppelner Experten Adrianna Dawid und Norbert Honka. Neben Lemanczyk sprach auch Professor Krzysztof Gladkowski von der Universität in Allenstein über die Deutschen in Pommern sowie im südlichen Ostpreußen.

Während der Konferenz wurde vor allem daran erinnert, wie tragisch das Schicksal der Deutschen Minderheit nach dem Zweiten Weltkrieg gewesen war. Die polnische kommunistische Regierung akzeptierte die Minderheiten nicht, sondern manifestierte das Bild der Deutschen als Feinde. Deshalb wurden viele Deutsche, die sich zu ihrer Nationalität bekannten, schikaniert und ausgegrenzt.

Studien sollen fortgeführt werden

Laut dem Direktor des Zentrums für Forschungen der Nationalen Minderheiten, Michał Matheja, hat sich diese Haltung nach 1989 verändert, dennoch gebe es auch heute noch einige Anzeichen und Äußerungen von Intoleranz. Lemanczyk bezeichnete 1989 als das Jahr, in dem die Organisationen der Deutschen Minderheit ihre legale Tätigkeit in großem Maßstab aufnehmen konnten. Eine interessante Tatsache ist jedoch, dass in Waldenburg schon zuvor eine deutsche Organisation aktiv gewesen war.

Eine Neuheit für die Forscher war die Tatsache, dass die Deutsche Minderheit bereits in den 70er und 80er Jahren versucht hatte, sich zu organisieren. Zum Beispiel im Kreis Marienwerder und in dem pommerschen Dorf Piekkel gab es damals eine geheime deutsche Organisation. Lemanczyk referierte, dass die Deutsche Minderheit ausgerechnet in dieser Region versucht hatte, sich zu organisieren, wo „vor dem Krieg der Vorposten des Polentums war, in dem es eine sehr starke Organisation der Polen in Deutschland gab“.

Während der Konferenz hoben die Dozenten den deutsch-polnischen Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit und das Vereinsgesetz von 1989 hervor, ohne die keine Verbände der Deutschen Minderheit oder anderer nationale Minderheiten in Polen hätten entstehen können. Diese Fakten sind den Studenten zwar eigentlich bekannt, ihren Lehrern zufolge aber nicht allen gegenwärtig.

Die Geschichte der Deutschen Minderheit war nicht das einzige Thema der Konferenz. In ihrem Rahmen wurden auch die Aktivitäten der Deutschen Strukturen in Polen nach 1989 diskutiert. Lemanczyk glaubt, dass das Erfolgsrezept der Verbände der Deutschen in Polen die Einheit und die Bündelung der Kräfte sein sollte. Sie erwähnte eine frühere deutsche Organisation für die Region Allenstein–Danzig–Thorn und des heutigen Verbands der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren. Erstere Organisation existiere nicht mehr, weil ihre Führer sich nicht einig waren, was Lemanczyk bedauerte, da diese Organisation eine gute Idee gewesen sei.

Die Teilnehmer des Treffens betonten die Notwendigkeit, auch andere interessante Themen zu studieren, wie zum Beispiel deutsch-polnische Ehen. *Leszek Chaburski*

Besorgte Bürger

Bischofsburg baut eine Spanplattenfabrik

In Bischofsburg im südlichen Ostpreußen will ein österreichisches Unternehmen in eine Spanplattenfabrik investieren. Es handelt sich um eines der größten Projekte der Sonder-Wirtschaftszone. Die Investition beträgt umgerechnet fast 188 Millionen Euro. Zunächst sollen 400 Arbeitsplätze in der Fabrik selbst und 600 in Zulieferfirmen entstehen. Was sich wie ein warmer Regen für die Region anhört, beunruhigt dennoch viele Bischofsburger. Sie befürchten, dass die Fabrik viele Tonnen Schadstoffe in die Atmosphäre emittieren wird und auch die Gewässer durch Einleitungen verunreinigt werden.

Schadstoffe in Luft und Wasser befürchtet

Die zuständigen Behörden versuchen, die Einwohner zu beruhigen. „Ich weiß, dass sich einige ökologische Organisationen für die Umwelt-Berichte interessieren, aber keine von diesen hat irgendwelche Bedenken ausgesprochen. Die Investition ist aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten sehr wichtig, das ist das größte Projekt der letzten Jahre, vielleicht das größte seit der Michelin-Investition in Allenstein“, sagte der Bürgermeister von Bischofsburg, Kamil Kozlowski. Auf dem Gelände der Fabrik soll ein Biomasse-Kessel entstehen, aber wie Waldemar Zawislak von der Firma Egger bestätigt, werden dort nur Holzabfälle verbrannt. Er unterstreicht auch, dass in dem Betrieb die modernste Technologie für die Rauchgas-Reinigung installiert wird, auch für das Wasser. Die gesamte Investition werde unter Beachtung aller Umweltnormen erfolgen.

Umweltschützer bewerten den Umwelt-Bericht anders: Es sei eine Tabelle enthalten, die die langjährige Auswirkung auf die Wasser- und Luftqualität sowie auf die Gesundheit der Einwohner erläutert. Positiv sei nur der Einfluss auf die Arbeitsplätze. Auf die Umwelt und die Gesundheit sei der Einfluss negativ. Wenn alle notwendigen Genehmigungen erteilt sind, kann die Produktion im kommenden Jahr oder 2019 beginnen. *PAZ*



Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

dreimal war Frau **Christel Meurer** bereits an ihrem vermutlichen Geburtsort Mühlhausen im Kreis Pr. Holland gewesen, hatte das Standesamt im heutigen Mlynary aufgesucht, aber keine Unterlagen über ihre Geburt gefunden. Die war auf der Flucht erfolgt, denn die Eltern stammten aus dem Kreis Angerapp, wo der Vater als Gärtner tätig war, Sie waren mit dem Treck vor den Russen geflohen und in Mühlhausen gelandet. Aber in welchem Mühlhausen? Einen gleichnamigen Ort gab es auch im Kreis Pr. Eylau. Auf dem Stempel in der Geburtsurkunde von **Christel Dagmar Jäger** steht lediglich „Standesamt Mühlhausen Ostpr.“ Wir behandelten diesen Fall ausführlich in Folge 29, wobei ich auch meine Überlegungen zur Diskussion stellte, die zu dem im Krs. Pr.Eylau gelegenen Mühlhausen tendierten. Christel war nämlich in einem Flüchtlingslager in Kopenhagen getauft worden, die Familie – so vermutete ich – wäre dann über Pillau im Rahmen der Aktion „Rettung über See“ herausgekommen. Klang logisch, war es aber nicht. Denn eine glaubhafte Lösung kam nun von unserem Leser **Herbert Skroblin** aus Wächtersbach, der uns Folgendes mitteilt:

„Bei dem Standesamt Mühlhausen Ostpr. handelt es sich tatsächlich um Mühlhausen im Kreis Preußisch Holland. Die Familie Jäger stammte aus dem Kreis Angerapp, wo auch mein Vater Gärtner war. Der Kreis Pr. Holland war als Aufnahmekreis für Flüchtlinge aus dem Kreis Angerapp vorgesehen. Nach dem Einfall der Sowjetarmee sind die Trecks östlich des Flusses Angerapp am 21. Oktober 1944 aufgebrochen und erreichten in der Regel Anfang November den Aufnahmekreis. Dieses Mühlhausen hatte wahrscheinlich ein Krankenhaus. Wenn es sich nicht um eine Hausgeburt gehandelt hat, ist Christel wohl dort zur Welt gekommen.“ Da es nun feststeht, dass der Kreis Pr. Holland die Trecks aus dem Kreis Angerapp aufnehmen musste, ist somit dieses Mühlhausen gemeint. Frau Meurer ist also im Bereich des Standesamtes Mühlhausen, Kreis Pr. Holland zur Welt gekommen, als „Christkind“, denn die kleine Christel wurde am 25.12.1944 geboren – erhielt sie deshalb ihren Namen? Leider hat ihre Mutter kaum darüber gesprochen. Frau Meurer bezieht ihre Grundlagenkenntnisse aus den wenigen Papieren, die über alle weiteren Fährnisse gerettet werden konnten Und von denen gab es viele, denn der Kreis Pr. Holland war nicht wie damals geplant, eine sichere Auffangstation für die Angerapper, die in ihre Heimat an der Grenze zurückkehren sollten, wenn sie wieder frei war, sondern lediglich eine Zwischenstation, wie Herr Skroblin weiter berichtet:

„Am 13. Januar 1945 begann die sowjetische Winteroffensive. In der Nacht vom 21. zum 22. Januar ist unser Treck aus Schönberg, dem Nachbarort von Mühlhausen, aufgebrochen und erreichte über das nahe Elbing das Danziger Werder noch vor der Abschnürung Ostpreußens. Später gestartete Trecks mussten über das Eis des Frischen Haffes in Richtung Danzig flüchten. Wir können also davon ausgehen, dass die Familie Jäger über Danzig oder Gotenhafen nach Dänemark gelangt ist.“, wo das Baby in einem Flüchtlingslager getauft wurde, wie wir schon in unserem ersten Suchbericht schrieben. Ist dies also nun ein zweiter Bericht mit Fragezeichen – oder birgt er tatsächlich die Lösung? Aufgrund der detaillierten Schilderung des Fluchtweges der eigenen Familie muss man Herrn Skroblin dankbar zugestehen, dass er sie erbracht hat, zumal er noch über weitere Unterlagen verfügt. So über eine Karte des nordwestlichen Teiles des Kreises Pr. Holland mit Mühlhausen, auf der die Wege zu den einzelnen Aufnahmeorten für die Flüchtlinge farblich markiert sind. Aufgrund dieser detaillierten Angaben steht nun für Christel Meurer fest: Ich kam in Mühlhausen Kreis Pr. Holland zur Welt! Ähnliches hatte sie schon aufgrund der vielen Anrufe und Zuschriften aus unserem Leserkreis angenommen, mit denen sie überrascht wurde, aber es waren doch zumeist Vermutungen, bis Herbert Skroblin ihr mit seinen authentischen Angaben Gewissheit verschaffte. Ich habe mit Frau Meurer lange gesprochen und ihr geraten, sich telefonisch an Herrn Skroblin zu wenden, denn im direkten Gespräch kann man noch viel mehr erfahren. Das ist inzwischen geschehen, Frau Meurer war sehr glücklich über das informative Gespräch, die Verbindung bleibt erhalten. Herr Skroblin wird ihr Kartenmaterial über die Fluchtwege der Angerapper Trecks zukommen lassen – man sieht, die Ostpreußische Familie lebt. Vielleicht wird ja auch noch geklärt, wo die Familie Jäger in Mühlhausen Unterkunft fand und ob Christel in diesem Flüchtlingsdomizil zur Welt kam. Wir geben noch einmal ihre Anschrift mit Telefonnummer bekannt: Christel Meurer, Bocksteinweg 7 in 76597 Loffenau, Telefon: 07083/3573, E-Mail: meurer-loffenau@oneline.de

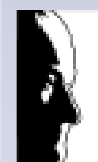


Wer kannte das Sanatorium in Zittau, 1945 Waisenhaus? Bild: Geede

Auch ein anderes auf der Flucht geborenes Kind hat uns in den vergangenen Jahren beschäftigt – nun ein Mann im gesetzten Alter, aber immer noch auf der Suche nach seiner Familie, obgleich er sie eigentlich schon aufgegeben hat. Aber unterschwellig klingt doch noch ein Funken Hoffnung mit in der erneuten Bitte, mit der sich Herr **Reinhold Kalisch** aus Baden-Baden an uns wendet. Blenden wir zurück: Vor vier Jahren brachten wir seine erste Suchfrage, in der er auch auf seine Herkunft einging. Seine Mutter **Lieselotte Kalisch** geb. Müller stammte aus Königsberg und war Ende des Krieges bei der Organisation Todt in Rastenburg tätig gewesen. Hochschwanger musste sie auf die Flucht gehen und brachte am 30. Januar 1945 in Schweidnitz ihren Sohn Reinhold zur Welt, den sie schon kurz darauf in andere Hände gab – warum? Das hat sich Herr Kalisch oft gefragt, aber wer kann die Entscheidungen nachvollziehen, die damals in den Wirren der Zeit getroffen wurden? Soviel ist dem Sohn bekannt, dass seine Mutter später in die USA ging und dort geheiratet hat. Von ihrem ersten Ehemann, dessen Namen er trägt, weiß Reinhold Kalisch immerhin, dass dieser aus Allenstein stammte und die Familie zeitweilig dort gelebt hat. Von den vier Kindern kennt Herr Kalisch die Vornamen – Klaus, Rosemarie, Günter, Hannelore – einige sollen zu Pflegefamilien gekommen sein. Die Suche nach Informationen über diese Familie in unserer Kolumne erbrachte leider nichts bis auf einen „seltsamen Anruf“, wie Reinhold Kalisch schrieb, aber zugleich teilte er uns mit, dass er mit großer Wahrscheinlichkeit das Grab seines Vaters auf dem Friedhof von Palmnicken gefunden hätte. Ein **Rolf Kalisch** sei dort begraben, „der im Alter von 27 Jahren sein Leben für einen sinnlosen Krieg lassen musste“. Damit sei das Thema eigentlich für ihn erledigt. „Ich habe halt meine Wurzeln in Ostpreußen und bin auch stolz darauf“, beendete er unsere länger währende Korrespondenz.

Aber jetzt meldete er sich doch noch einmal in dieser Angelegenheit bei uns zu Wort - und mit Bild: Die Aufnahme zeigt eine Privatklinik aus Zittau „Dr. Noebels Sanatorium für Herzkrankheiten“ – und fast möchte man das „e“ aus dem Namen weglassen, denn sie sieht wirklich nobel aus. Und in diese Heilstätte, die sicher weit übe Zittau hinaus bekannt war, wurde im März 1945 der zwei Monate alte Säugling eingewiesen, denn das Haus war kein Sanatorium mehr, sondern kriegsbedingt ein Heim für Waisenkinder geworden. Ob die Mutter ihren Sohn dort abgegeben hatte oder jemand anders, ist nicht bekannt. Kurze Zeit später erkrankte der Säugling an Thyphus und kam in das Krankenhaus Zittau. Nach seiner Genesung kehrte das Kind wieder zurück in das Waisenhaus und verblieb dort bis 1947, als es in Pflege gegeben wurde. Bei seinen Pflegeeltern **Weberling** in Ruhland fand es dann endlich ein Zuhause. Geblieben ist aber ein Leben lang die Suche nach seiner leiblichen Familie.

Ob Herrn Kalisch da unsere heutige Veröffentlichung weiterbringt, ist fraglich. Aber er würde sich schon freuen, wenn sich jemand melden würde, der das schöne Haus in der Lessingstraße 11 kannte, vielleicht dort auch als elternloses Kind gelebt hat oder ihm einige Informationen mitteilt, die seine frühe Kindheit erhellen. (Reinhold Kalisch, Sonnenweg 7 in 76530 Baden-Baden, Telefon: 07221/28719, mobil: 0170-5882371.)



Die ostpreußische Familie



Bild: Pawlik

Wer weiß etwas? Wer kennt diesen lieben Menschen? Wer kann weiter helfen?

Das schwere Schicksal der Vertriebenen hat bei den Betroffenen und ihren Nachkommen unendlich viele Fragen aufgeworfen. Ruth Geede sucht in ihrer Rubrik „Die ostpreußische Familie“ nach den Antworten. Die Schriftstellerin und Journalistin wurde 1916 in Königsberg geboren. Seit 1979 ist sie die „Mutter“ der Ostpreußischen Familie. Ihre Kenntnis und ihre Lebenserfahrung halfen bereits vielen hundert Suchenden und Wissbegierigen weiter. Es geht um das Auffinden verschollener Familienmitglieder und Freunde, um Ahnenforschung oder wichtige Fragen zur ostpreußischen Heimat.

Anfragen an: Redaktion *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, redaktion@preussische-allgemeine.de

Jetzt hat sich also auch Herr **Peter Perrey** aus Neustadt zu Wort in unserem Puzzle-Spiel „Wystiter See“ gemeldet und er wird nicht der Letzte sein, der seinen Teil dazu beiträgt. „Ein interessantes Thema, das die Herren McCafferty und Dauskardt aufgreifen. Und glücklicherweise keine harte Nuss, die da zu knacken wäre“, schreibt Herr Perrey, und er geht gleich auf den strittigen Grenzverlauf ein. „Ist es nicht logisch, dass der preußische König, der seine 'kleinlitauischen' Lande nach der Pest wieder 'peuplisieren' wollte, dies nur auf seinem eigenen Territorium machen konnte? In dem Zusammenhang dürfte es vollkommen egal sein, ob die Grenze zwischen Preußen und seinen Nachbarn zur fraglichen Zeit östlich, westlich oder in der Mitte des Wystiter Sees verlief. Richtig ist, dass eine Reihe von Landkarten, die zu verschiedenen Zeiten entstanden waren, unterschiedliche Grenzverläufe zeigen – auf manchen ist sogar noch eine Extra-Fischereigrenze südlich der litauischen Stadt Wystiten im See eingetragen. Doch um den tatsächlichen Grenzverlauf zu erkunden, darf man sich nicht auf Wand- oder Schulatlaskarten verlassen, die keinen international verbindlichen amtlichen Charakter besitzen. Man darf sich nur auf amtlich erstellte Karten beziehen, die für administrative oder militärische Zwecke erstellt wurden“. Die legt Herr Perrey auch gleich für den Wystiter See vor, indem er sich auf die Karte KDR 100 Nr.78 von 1839 – die sogenannte Generalstabskarte im Maßstab 1: 100.000 – bezieht. Sie zeigt den Grenzverlauf auf der Ostseite des Sees mit abgesetzter Fischereigrenze. Selbst die heutigen Karten zeigen den Grenzverlauf zwischen Litauen und dem Oblast Kaliningrad nahe des Ostufers des Wystiter Sees. Soweit einige Ausführungen in der Mail von Herrn Perrey zu dem Thema Grenzverlauf, auf andere, in dem Zusammenhang gestellte Fragen werden wir in einer der nächsten Folgen eingehen.

Eure

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

»Zehnfach interessantes« Kulturerbe

28 Objekte des Bergbaus in Tarnowitz sind seit Juli UNESCO-Welterbestätte

Jedes polnische Kind kennt das Salzbergwerk von Wieliczka bei Krakau – ein UNESCO-Weltkulturerbe. Bald schon wird sich auch der Tiefe Friedrichstollen, den die Polen „Stollen der Schwarzen Forelle“ nennen, und mit ihm weitere 27 Sehenswürdigkeiten in Tarnowitz einer gleichen Bekanntheit rühmen, hoffen die Mitglieder der „Freunde des Tarnowitzer Landes“. Sie sind es, die seit 60 Jahren für den Erhalt des Tarnowitzer Kulturerbes kämpfen. Und sie waren es auch, die 2011 erstmals den Antrag beim UNESCO-Weltkulturerbekomitee stellten. „Auf einer Liste zu stehen, nicht nur gemeinsam mit der Warschauer Altstadt, sondern auch mit Objekten wie dem Taj Mahal oder den ägyptischen Pyramiden, das ist eine unglaubliche Ehre, aber auch eine große Verantwortung“, erklärte Zbigniew Pawlak, stellvertretender Vorsitzender des Vereins vor der Presse. Der Verein wollte den Tarnowitzer Bergleuten durch sein Wirken von Anfang an ein Denkmal setzen und ihre Arbeitswelt künftigen Generationen vor Augen halten. Dieses Ziel haben sie nun erreicht. Seit Jahren betreibt der Verein Bildungsarbeit, indem vor allem der Vorsitzende Marek Kandzia Geschichtsvorträge hält und Publikationen zu Tarnowitz herausgibt. Auf Initiative der Freunde des Tarnowitzer Landes wurde 1957 ein Bergbau-Volksfest ins Leben gerufen, das seit 60 Jahren eine touristische Attraktion Oberschlesiens ist. Im Jubiläumsjahr 2017 wird besonders groß gefeiert.

Wichtigster Punkt bei dem vom 8. bis 10. September dauernden Gwarek-Fest - Gwarek ist vom deutschen Begriff Gewerke, also Anteilseignern eines Bergbauunternehmen, entlehnt - ist der Umzug in historischen Gewändern durch die Stadt. Mit von der Partie ist jedes Jahr auf diese Weise Friedrich Wilhelm von Reden, der Vater der Industrialisierung Preußens, Johann Wolfgang von Goethe, der 1790 Tarnowitz besuchte, Kaiser Wilhelm II., der gerne in Tarnowitz auf Jagd ging, der polnische König Jan III. Sobieski, der 1683 auf seinem Weg nach Wien in Tarnowitz weilte, Berggeist Skarbnik, der ähnlich wie Rübezahl, jedoch untertage, sein Unwesen treibt, König August II. von Polen oder der in Tarnowitz geborene Neurologe und Psychiater Carl Wernicke (1848-1908), der Entdecker des sensorischen Sprachzentrums im Gehirn, das für das Verständnis von Sprache zuständig ist. Während des Umzugs sitzt Wernicke zusammen mit anderen Wissenschaftlern wie Robert Koch in einer Kutsche. Auch Vertreter aller Stände der unterschiedlichen Epochen sind am Umzug beteiligt. Die Internetseite gwarki.tg.net.pl erklärt, wer wer ist und welche Verbindung die Persönlichkeiten zu Tarnowitz haben. Deutsche Geschichte mischt sich hier mit polnischer, ohne deren Akzente überproportional hervorzuheben. Die Tarnowitzer haben es geschafft, dass man die Verdienste eines Friedrich Wilhelm von Reden in Oberschlesien heute würdigt.

Der preußische Bergbauhauptmann veranlasste in Tarnowitz den Bau der nach dem preußischen König benannten Friedrichsgrube und der ihr zugehörigen Friedrichshütte, die 1784 und 1786 ihren Betrieb aufnahmen. Er ließ bereits 1788 eine der ersten Dampfmaschinen zur Entwässerung eines Bergwerks einsetzen. Einzigartig ist zudem das Verfahren, mit dem ein Teil der Entwässerungsanlagen für die Wasserversorgung der Stadt genutzt wurde. Die Dampfmaschine war für den Weimarer Geheimrat Johann Wolfgang von Goethe Anlass, Tarnowitz 1790 zu besuchen. Goethe schrieb damals in die Heimat von einem „zehnfach interessanten Land“ Schlesien. Im Auftrage seines Herzogs sollte der Dichterfürst die Bergwerke von Ilmenau wiederbeleben. Die größte technische Herausforderung war dabei eben die Entwässerung der alten Silber- und Manganstollen. Von Reden führte den Gast höchstpersönlich durch die Anlage. Persönliche Führungen tätigt auch der Chef der Freunde des Tarnowitzer Landes, Marek Kandzia.

Gut vier Fünftel des neuen Welterbes befinden sich unter Tage, etwa ein Fünftel der insgesamt fast 1700 Hektar oberirdisch. Silberstollen und Entwässerungskanäle stehen ebenso unter Denkmalschutz wie Fördertürme oder die Mundlöcher der Kanäle. Einige der Objekte befinden sich schon im benachbarten Beuthen und Broslawitz. Neben dem wichtigsten Relikt, dem rund 17 Kilometer langen und 1834 als Entwässerungsstollen für die Friedrichsgrube angelegten Tiefen Friedrichstollen, gehören auch der Gotthilfstollen von 1807 und die im Stile des Klassizismus errichteten Portale der Mundlöcher beider Stollen, also die Orte ihres Austritts an die Erdoberfläche, zum Gesamtensemble. Ebenso der Tarnowitzer Stadtpark, der 1903 als frühes Beispiel für die Rekultivierung postindustrieller Gebiete angelegt wurde. Einen besonderen Einblick in die Geschichte des Bergbaus in der Region bietet der südlich der Halde der Friedrichsgrube gelegene Silberberg, wo bereits im Mittelalter silber- und bleireiche Erze gefördert wurden. Am 9. Juli wurde während der 41. UNESCO-Welterbekomitee-Sitzung in Krakau Tarnowitz als einziger polnischer Bewerber als nunmehr 15. polnisches Weltkulturerbe anerkannt.

Chris W. Wagner

Wir gratulieren ...

ZUM 104. GEBURTSTAG

Siemund, Fritz, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 13. August

ZUM 99. GEBURTSTAG

Strupath, Elfriede, geb. **Steppat**, aus Reinlacken, Kreis Wehlau, am 15. August

ZUM 98. GEBURTSTAG

Paske, Günter, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 17. August

ZUM 97. GEBURTSTAG

Hartmann, Elisabeth, geb. **Pohl**, aus Ortelsburg, am 11. August
Zöller, Annemarie, geb. **Orlowski**, aus Lyck, Memeler Weg 4, am 16. August

ZUM 96. GEBURTSTAG

Hartmann, Luci, geb. **Deckmann**, aus Argemünde, Kreis Elchniederung, am 11. August
Koropp, Sönnlin, geb. **Hilger**, aus Dullen, Kreis Treuburg, am 11. August
Rudas, Elisabeth, geb. **Weber**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 11. August

ZUM 95. GEBURTSTAG

Lask, Karl, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 15. August
Ruhnau, Christel, geb. **Karwowski**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 16. August
Schneider, Wanda, geb. **Sawatzki**, aus Schölen, Kreis Heiligenbeil, am 16. August

ZUM 94. GEBURTSTAG

Fendt, Hildegard, geb. **Podworny**, aus Milussen, Kreis Lyck, am 12. August
Kiefer, Dora, geb. **Glagau**, aus Posselau, Kreis Fischhausen, am 14. August
Kochan, Lieselotte, geb. **Kochan**, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 14. August
Klopp, Ernestine, geb. **Baumgart**, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 15. August
Noetzel, Bruno, aus Langenberg, Kreis Elchniederung, am 11. August
Steinbacher, Margarete, aus Stärken, Kreis Ebenrode, am 11. August

ZUM 93. GEBURTSTAG

Döring, Charlotte, geb. **Lemke**, aus Bartkengut, Kreis Neidenburg, am 17. August
Kröhnert, Eva, geb. **Naujoks**, aus Balten, Kreis Elchniederung, am 14. August
Platz, Ursula, geb. **Franke**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 16. August
von Kieckebusch, Anny, Kreis Preußisch Eylau, am 15. August

ZUM 92. GEBURTSTAG

Begenat, Otto, aus Gindwillen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 14. August
Bondzio, Irmgard, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 12. August
Brozio, Otto, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 17. August
Ebnöther-Thurnheer, Martin, geb. **Ebnöther**, aus Brittanien, Kreis Elchniederung, am 12. August
Gelhar, Emma, geb. **Radzuweit**, aus Föhrenhorst, Kreis Ebenrode, am 12. August
Gottuck, Günter, aus Treuburg, am 17. August
Handke, Leonore, geb. **Tetlowski**, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 11. August
Kraft, Frieda, geb. **Schedlitzki**, aus Markgrafsfelde, Kreis Treuburg, am 15. August
Müller, Helga, geb. **Kummetz**, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 13. August
Powels, Elisabeth, geb. **Juckel**, aus Stucken, Kreis Elchniederung, am 13. August
Radzyk, Alfred, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 15. August
Schlittke, Willi, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 11. August

ZUM 91. GEBURTSTAG

Fortak, Heinz, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 11. August
Kierstein, Helmut, aus Maschen, Kreis Lyck, am 16. August
Ringat, Paul, aus Bilderweiten, Kreis Ebenrode, am 16. August
Wenzel, Hildegard, geb. **Wysotzki**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 12. August

ZUM 90. GEBURTSTAG

Badziong, Siegfried, aus Scharnau, Kreis Neidenburg, am 11. August
Czytrich, Helga, geb. **Bublitz**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 13. August
Dähn, Margarete, geb. **Maczassek**, aus Neidenburg, am 12. August
Epting, Hildegard, geb. **Blasko**, aus Treuburg, am 14. August
Fratzke, Ursula, geb. **Berwein**, aus Wehlau, am 14. August
Günther, Ruth, geb. **Pietzka**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 14. August
Henz, Helmut, aus Brodau, Kreis Neidenburg, am 16. August
Kattanek, Paul, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 15. August
Körber, Ruth, geb. **Hartmann**, aus Königsberg-Juditten, Douglasstraße, am 8. August
Nicolovius, Hans-Werner, aus Wehlau, am 12. August
Radtke, Gerhard, aus Windkeim und Groß Windkeim, Kreis Heiligenbeil, am 13. August
Sauer, Dr. med. Christa, geb. **Alzuhn**, aus Lyck, am 13. August
Sewzik, Gertrud, geb. **Sewzik**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 12. August
Strahl, Reinhard, aus Gobienen, Kreis Elchniederung, am 14. August

ZUM 85. GEBURTSTAG

Borrasch, Wally, geb. **Poschka**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 16. August
Boseniuk, Martha, geb. **Jeroschewski**, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 13. August
Braun, Ruth, geb. **Gewlick**, aus Groß Nuhr, Kreis Wehlau, am 14. August
Eggers, Hanny, geb. **Paries**, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 15. August
Engel, Margarete, geb. **Hardt**, aus Lerchenborn, Kreis Ebenrode, am 17. August
Foß, Renate, geb. **Wingerning**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 11. August
Gurgsdies, Werner, aus Ansorge, Kreis Elchniederung, am 11. August
Mäthrich, Sieglinde, geb. **Pawlack**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 17. August
Pietzka, Herbert, aus Satticken, Kreis Treuburg, am 16. August
Pilz, Elfriede, geb. **Borchert**, aus Garbnicken, Kreis Preußisch Eylau, am 17. August
Rosowski, Else, geb. **Lewohn**, aus Gordeiken, Kreis Treuburg, am 17. August
Schleiwies, Leo, aus Rautenberg, Kreis Elchniederung, am 14. August
Schneider, Edith, geb. **Bohlien**, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 12. August
Slaby, Walter, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 13. August
Sostak, Heinz, aus Funken, Kreis Lötzen, am 11. August
Urbanek, Ingrid, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 15. August
Wydra, Hans-Joachim, aus Rotwalde, Kreis Lötzen, am 11. August

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bahl, Dora, geb. **Eisenberg**, aus Fedderau und Lokehnen, Kreis Heiligenbeil, am 14. August
Buttkus, Horst, aus Gerhardsweide, Kreis Elchniederung, am 14. August
Drißner, Edeltraud, geb. **Firgolla**, aus Heinrichsdorf, Kreis Neidenburg, am 16. August
Grabowski, Renate, geb. **Dopatka**, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 13. August
Guttowski, Hannelore, aus Treuburg, am 12. August
Hermann, Wilhelm, aus Uderhöhe, Kreis Wehlau, am 14. August
Kath, Eleonore, geb. **Malek**, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 14. August
Klockgeter, Gisela, geb. **Breuer**, aus Grunau, Kreis Heiligenbeil, am 8. August
Kloß, Manfred, aus Giesen, Kreis Lyck, am 16. August
Koschnik, Edeltraut, aus Petzkau, Kreis Lyck, am 15. August
Kühlich, Konradin, aus Groß Trappen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 15. August
Lingnau, Marianne, geb. **Kaspar**, aus Königsberg, am 11. August
Moysig, Gerhard, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 11. August
Porepp, Eva, geb. **Baumgarth**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 11. August
Schulz, Ingrid, geb. **Kleebaum**, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, am 14. August
Siml, Gisela, geb. **Schulz**, aus Stobingen, Kreis Elchniederung, am 14. August
Timpe, Fritz-Adolf, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau, am 11. August
Wallesch, Elfriede, geb. **Köhler**, aus Clausthal-Harz, am 16. August

ZUM 75. GEBURTSTAG

Broyer, Eva, aus Romau, Kreis Wehlau, am 12. August
Hafft, Gertraud, geb. **Kaminski**, aus Kischienen, Kreis Neidenburg, am 16. August
Hölger, Sigrid, geb. **Busch**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 11. August
Leim, Roswitha, geb. **Demenus**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 16. August
Mathiszik, Siegfried, aus Augam, Kreis Preußisch Eylau, am 12. August
Meier, Jutta, geb. **Kleipödßus**, aus Lindtental, Kreis Elchniederung, am 16. August
Steuer, Marlene, geb. **Broyer**, aus Romau, Kreis Wehlau, am 12. August
Wichert, Gisela, geb. **Buttkereit**, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, am 15. August

TERMINE DER LO

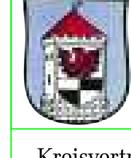
2017
22. bis 24. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
21. bis 23. Oktober: 11. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
5. bis 8. November: Kulturhistorisches Seminar für Frauen in Helmstedt
13. bis 19. November: Werkwoche in Helmstedt

2018
17. bis 18. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Helmstedt
7. bis 8. April: Arbeitstagung der Deutschen Vereine in Sensburg

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

63. Angerburger Tage

Der Sommer, der uns in diesem Jahr nicht gerade verwöhnt hat, geht seinem Ende entgegen. Am 9./10. September treffen sich die Angerburger aus nah und fern sowie deren Nachkommen mit alten und neuen Bekannten wieder in der liebenswerten Kreisstadt Rotenburg (Wümme). Veranstaltungsort ist die Theodor-Heuss-Schule in der Gerberstraße 16 (neben dem Ratsgymnasium).

Eingeleitet werden die 63. Angerburger Tage am Sonnabend, 9. September, um 9 Uhr mit einer Kranzniederlegung am Patenschaftsstein neben der Angerburger Eiche beim Rotenburger Kreishaus. Anschließend findet ab 9.30 Uhr die erste Mitgliederversammlung (Kreistagssitzung) statt, zu der alle ordentlichen und fördernden Mitglieder eingeladen sind, Bezieher des Angerburger Heimatbriefes gelten als fördernde Mitglieder, sie haben aber kein Stimmrecht und sind auch nicht wählbar. Auf den Seiten 16/17 des Angerburger Heimatbriefes ist die Einladung mit Tagesordnung veröffentlicht. Im Mittelpunkt der Tagesordnung stehen die Berichte der Funktionsträger, die Verabschiedung des Haushaltsvoranschlags für das Geschäftsjahr 2018 und die Neuwahl des Vorstandes für die nächsten zwei Geschäftsjahre.

Um 13 Uhr starten wir vom „Hotel am Pferdemarkt“ zu einer Kaffeefahrt. Dafür wird ein Kostenbeitrag von 12 Euro einschließlich Busfahrt und Kaffeegedeck pro Person erbeten. Die Mindesteilnehmerzahl beträgt 25. Aus organisatorischen Gründen ist eine vorherige Anmeldung unter Angabe der Personenzahl an Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg, bis spätestens 30. August 2017 nötig.

Ab 15.30 Uhr ist die Theodor-Heuss-Schule für alle geöffnet, die nicht an der Busfahrt teilnehmen. Zum Abendessen (ab 18 Uhr) werden Speisen und Getränke (kleine Karte) angeboten. Der kulturelle Abend beginnt um 20 Uhr mit der Übergabe des Angerburger Kulturpreises durch den Landkreis Rotenburg (Wümme). Danach wird uns Klaus Papies aus Bremen in einem unterhaltsamen Vortrag Siegfried Lenz vorstellen. In gemütlicher Runde lassen wir dann den Tag ausklingen.

Am Sonntag, 10. September, sind die Räume in der Theodor-Heuss-Schule ab 9.30 Uhr geöffnet. In der Aula der Schule findet um 11 Uhr eine Feierstunde statt zu der alle Besucher herzlich eingeladen sind. Hubertus Hilgendorff, Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Rastenburg, wird die Gastrede halten. Nach der Feierstunde treffen sich die Teilnehmer zum Gedankenaustausch mit alten und neuen Bekannten. Gelegenheit zum Mittagessen besteht ebenfalls, außerdem werden Kuchen, Kaffee, Tee und andere Getränke angeboten. Am Sonnabend und Sonntag sind das Archiv und das Angerburger Zimmer mit der Heimatsammlung von 13 bis 16 Uhr im Verwaltungsgebäude Weicheler Damm 11 geöffnet.

Das vollständige Programm der 63. Angerburger Tage ist im Heimatbrief Nr. 159 (Juni 2017) auf den Seiten 46–48 veröffentlicht. Mit Ihrem Besuch bekunden Sie Ihre Verbundenheit mit Angerburg und unserem Patenschaftsträger, dem Landkreis Rotenburg. Der Vorstand der Kreisgemeinschaft hofft viele Besucher am 9./10. September begrüßen zu können und wünscht Ihnen eine angenehme und sichere Anreise.

Kurt-Werner Sadowski, Kreisvertreter



GERDAUEN

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, , 39629 Bismark (Altmark), Telefon (0151) 12 30 53 77, Fax (03 90 00) 5 13 17. Gst.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de.

Änderung zum Hauptkreistreffen

In unserem Programm zum Hauptkreistreffen, das am 9./10. September in Bad Nenndorf, Hotel Esplanade, stattfindet, gibt es aus organisatorischen Gründen eine zeitliche Änderung. Die Lesung von Benita Junge nach den Lebenserinnerungen ihres Vaters Bernhard Kattoll aus Rosenthal bei Muldszen (Mulden), die dieser unter dem Titel „Ich war doch erst neun – Meine unfreiwillige Kindheit in Lettland“ verfasst hat, beginnt am Sonnabend, 9. September, bereits um 14 Uhr (bis 16 Uhr). Dafür rücken die für diese Zeit zunächst vorgesehenen Filmvorführungen über Ostpreußen vor 1945 und den Kreis Gerdauen nach 1945 auf den späteren Termin – von 16.30 bis 18 Uhr.

Heimatbrief

Der Heimatbrief Nr. 59 ist im Juli an alle in unserer Versandkartei erfassten Adressen verschickt worden. Wer ihn nicht bekommen hat oder zukünftig an einem Erhalt interessiert ist, kann sich an Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark, Telefon 0151/12305377, Fax (039000) 51317, E-Mail: walter.mogk@t-online.de wenden. Der Heimatbrief wird kostenfrei zweimal jährlich (Juli und Dezember) an alle in der Kartei erfassten Mitglieder versandt. Wir bitten lediglich per beiliegendem Überweisungsträger um eine Spende zur Deckung der Kosten für Erstellung, Druck und Versand des Heftes und unsere ausschließlich ehrenamtliche Arbeit. Mit der Anmeldung in der Kreiskartei ist die Aufnahme als Mitglied in der Heimatkreisgemeinschaft Gerdauen e.V. verbunden, die Mitgliedschaft ist kostenund verpflichtungsfrei.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 16



Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 15



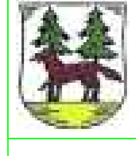
INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Treffen der Heimatgruppen

Köln – Mittwoch, 23. August: Gemeinsames Beisammensein. Weitere Informationen: Carola Maschke, Telefon (0221) 796942, E-Mail: C.Maschke@netcologne.de.

Darmstadt – Sonnabend, 26. August, 11,30 Uhr, Taverna Hella, Bahnhofstraße 17, 62491 Darmstadt-Wixhausen: Beisammensein. Informationen: Jürgen Pantel, Telefon (06103) 42744.



JOHANNISBURG

Kreisvertreter: Dr. Manfred Solenski, Fichtenstraße 14, 26316 Varel, Telefon (04451) 4581, Fax (04451) 9189298, E-Mail: solenski@kreisgemeinschaft-johannisburg.de. Internet: www.kreisgemeinschaft-johannisburg.de

Sitzung des Kreistags

Satzungsgemäß ergeht hiermit die Einladung zur Sitzung des Kreistages am Sonnabend, 2. September ab 14 Uhr, und Montag, 4. September von 9 bis 12 Uhr. Am Sonntag, 3. September, um 11 Uhr nimmt der gesamte Kreistag am 62. Hauptkreistreffen der Johannisburger teil. Veranstaltungsort ist das „Mercure Hotel Dortmund Messe und Kongress, Strobelallee 41, 44139 Dortmund, Telefon (0231) 1204/245.

Anreise: Sonnabend, 2. September bis 13 Uhr (H.-Bhf. mit der U-Bahn 45) Abreise: Montag, 4. September (nach der Kreistagssitzung). Anmeldungen mit eventuellen zusätzlichen Tagesordnungspunkten sind bitte zu richten bis zum 15. August an den Ersten Vorsitzenden, Manfred Solenski, Fichtenstraße 14, 26316 Varel.

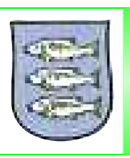
Das Programm:

Sonnabend, 2. September

1. Eröffnung und Begrüßung
1.1 Feststellung der ordnungsgemäßen und fristgerechten Einladung
1.2 Feststellung der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit
1.3 Beschluss der Tagesordnung
1.4 Genehmigung des Protokolls der Kreistagssitzung am 3. und 5. September 2016
2. Totenehrung
3. Entgegennahme des Jahresberichts des Kreisausschusses (Vorstand)
– Aussprache –
4. Bericht des Vereins „Rosch“
– Aussprache –
5. Bericht der Vertreterin des Patenkreises
– Aussprache –
6. Entgegennahme der Jahresabrechnung für das Haushaltsjahr 2016
7. Bericht des Prüfungsausschusses
8. Antrag der Kassenprüfer auf Erteilung der Entlastung des Kreisausschusses
9. Feststellung des Einnahmen- und Ausgabenvoranschlages für das Jahr 2018

Montag, 4. September

10. Neuwahl des Vorstandes
11. Wahl zweier Kassenprüfer
12. Berichte der Kirchspielvertreter
13. Tagungen und Veranstaltungen
14. Kreistreffen und Kreistagssitzung 2018
15. Aufgaben und Ziele für das Jahr 2018
16. Verschiedenes
17. Das Schlusswort des Kreisvertreters



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Telefon (040) 60890478, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Ausstellungs-Eröffnung

Sonnabend, 19. August, 15.30 Uhr, Lötzener Heimatmuseum in der Patenstadt **Neumünster, S**udetenlandstr. 18 H (Böcklersiedlung): Eröffnung der Ausstellung „Von Nordfriesland bis Nidden – Küstenbilder von Axel Jezewski und aus privater Sammlung“. Die Werke dieser Ausstellung sind bis einschließlich 18. November zu sehen. Zur Eröffnung wird Axel Jezewski anwesend sein. Er wurde 1931 im pommerschen Stolp geboren. Im Januar 1945 erlebte er mit Mutter und Schwester die Flucht bis nach Mecklenburg. Schulabschluß (mittlere Reife) in Parchim, Ausbildung zum Bankkaufmann. 1952 die zweite Flucht – aus der Sowjetzone nach Westfalen. 1954 Umzug nach Hamburg, Anstellung bei der Commerzbank. Dort 38 Berufsjahre, zuletzt als Direktor der Abteilung Wertpapiere. 1956 Eheschließung mit Marianne, geborene Jäger. Drei gemeinsame Kinder. Reisen bevorzugt nach Skandinavien oder an die Ostseeküste. Frühzeitig Interesse an Fotografie. Motiviert durch den Kunsterzieher und Maler Wolfgang Muchow vor über drei Jahrzehnten Beginn der Malversuche. Das Festhalten von auf Wanderungen und Reisen entdeckten Motiven hat Axel Jezewski kontinuierlich fortgesetzt und entwickelt. Er bevorzugt das Aquarell und das Pastell. Das Motto seines Schulfreundes Muchow (nach Li-Tai-Po) gilt auch für sein Schaffen: „Die Welt ist voll der kleinen Freuden – die Kunst besteht nur darin, sie zu sehen.“

Foto: privat

Lötzen: „Eine zierliche Person mit fröhlicher Ausstrahlung“ – auch die 86-jährige Elfriede Radgowska erhielt Bruderhilfe

Eine Arbeitsreise in die Heimat, Teil I

Randvoll war der Terminplan von Ute und Dieter Eichler, als sie Anfang Juni zum Arbeitsbesuch nach Lötzen reisten. Klar, dass es darüber eine Menge zu erzählen gibt. Ute Eichler hat das Wichtigste für die *PAZ* notiert. Ihr Bericht erscheint in drei Teilen. Im ersten geht es um die Auszahlung der Bruderhilfe – und warum sie eigentlich in Schwesternhilfe umbenannt werden müsste.

„Das ist Nikolaus im Sommer!“ – Mehrere Male war diese Feststellung aus dem Mund des alten Herrn Alojzy zu hören – mit Staunen, Verwunderung und mit wachsender Freude im Klang seiner Stimme. Er hatte mich mit Handkuss begrüßt, mir mit Handkuss gedankt, und er verabschiedete sich von mir mit Handkuss.

So war dieses Treffen für uns beide ein Erlebnis. Sein erfreulicher Anlass: Mein Mann Dieter Eichler, Vorsitzender der Kreisgemeinschaft, und ich konnten Herrn Aojzy die Bruderhilfe übergeben.

An diesem Vormittag (3. Juli) wurde im Saal des Deutschen sozial-kulturellen Vereins in Lötzen [Gizycko] an insgesamt 30 Personen die Bruderhilfe (40 Euro pro Person) ausgezahlt. „Stimme der Heimat“, die Singegruppe des Vereins, die sich im Sommerhalbjahr dort montags zur Probe trifft, ließ es sich nicht nehmen, Dieter Eichler nachträglich mit „Sto lat“ zum Geburtstag zu gratulieren.

Am Nachmittag und vor allem am darauffolgenden Tag wurden dann insgesamt 15 Adressen angefahren. Drei in der Kreisstadt, die anderen im Kreisgebiet. Jeder dieser Hausbesuche hat seine Besonderheit. Die älteste der drei Frauen, die in Widminnen besucht wurden – sie lebt in einem katholischen Pflegeheim – wird in diesem Monat 96 Jahre. Ida Kasak hat einen festen Handgriff, einen klaren Kopf und einen Kummer: Mit wem kann sie deutsch sprechen?

Frau Pryczko (84), ebenfalls in Widminnen, begrüßte die Überbringer der Bruderhilfe mit den Worten: „Warum sagt ihr nicht Schwesternhilfe? Ist es nicht an der Zeit, diese Aktion umzubenennen?“ Und die dritte der letzten deutschen Frauen Widminnens, Else Smykowska (86), beeindruckte ungeachtet eingeschränkter Gesundheit mit der Aussage: „Ich muss immer etwas zu tun haben. Ich kann nicht nur so herumsitzen.“ Sie fertigt wunderschöne Tischdecken in Richelieu-Stickerei.

Feine Handarbeiten macht auch Elfriede Reich, verheiratete Radgowska, in Rhein, die einen Tag nach ihrem 86. Geburtstag besucht wurde. Sie, diese zierliche Person, gewinnt sofort Sympathie durch ihre fröhliche Ausstrahlung. Eine Persönlichkeit, die sich von den schweren Abschnitten ihres Lebens nicht hat unterkriegen lassen.

Bei nicht wenigen der Besuchten ist die nachlassende Gesundheit das Hauptthema der Gespräche. In einigen Fällen ist schwer einzuschätzen, ob die Bruderhilfe eine wirklich notwendige Hilfe darstellt. In Auswertung der Besuchseindrücke kam im Nachklang die Überlegung, ob es überhaupt richtig ist, die Bruderhilfe in Euro statt in der Landeswährung auszuzahlen. Die Bewohner der Kreisstadt haben mehrere Möglichkeiten (im „Kantor“), das Geld zu tauschen. Die Bewohner

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

Gesang und Obstbäume



Für die *PAZ* beschrieb Dieter Wenskat von der Kreisgemeinschaft Elchniederung einige Eindrücke von seiner letzten Reise nach Nordostpreußen. „In Cranz haben die Kinder wieder deutsche Lieder für uns gesungen“, schreibt er (Foto). Aufmerksam hat er aber vor allem nach den Folgen des westlichen Embargos gegen Russland geschaut. Er schreibt: „Ich kann berichten, dass wir gut bestellte Kornfelder, Rinderherden und riesige Obstbaum-Plantagen gesehen haben. Weiter konnten wir feststellen, dass immer mehr Gewächshäuser im großen Stil aber auch fast an jedem Haus zu sehen waren.“

Sein Urteil: „Das Embargo ist ein Schuss nach hinten.“ Es scheint zudem für einige westliche Länder mehr als für andere zu gelten. Wenskat: „Ach ja, deutsche Landmaschinen habe ich nicht gesehen aber dafür englische und amerikanische.“

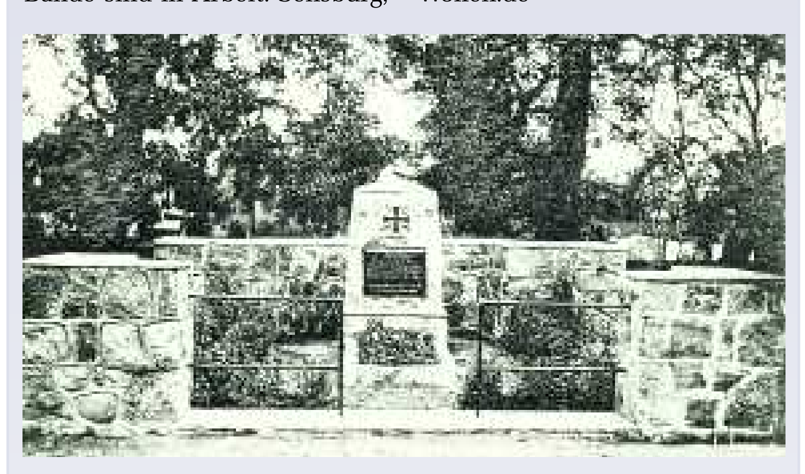
»Gehört in jeden Buchbestand«

Gerd Bandilla, Kreisältester von Lyck, lobt eine Buchreihe über Kriegerdenkmäler beziehungsweise Soldatenfriedhöfe in Ostpreußen und empfiehlt auch anderen Kreisgemeinschaften ihren Kauf:



Dirk-René Trampenau, geboren 1970 in Dortmund, aufgewachsen im Sauerland, seit 2002 wohnhaft in Sachsen, mit ostpreußischen Spuren in Schippenbeil, hat sich vorgenommen, Bildbände über alle Soldatenfriedhöfe im südlichen (polnischen) Teil Ostpreußens zu erarbeiten. Ein nicht hoch anzuerkennendes Vorhaben. Alle Bände sind reich bebildert und zeigen historische Aufnahmen der Denkmäler sowie meist aus der gleichen Perspektive den heutigen Zustand. Es sind viele Kriegsgräber abgebildet und Namen, sofern sie lesbar waren, benannt. Folgende Bände sind bereits erschienen: Bartenstein (20,99 Euro), Braunsberg (19,99 Euro), Soldau (20,99 Euro), Elbing (30,99 Euro). Lyck (63,99 Euro), Lötzen (43,99 Euro), Goldap (41,99 Euro), Deutsch Eylau und Rastenburg (je 39,99 Euro) sowie Heilsberg (28,99 Euro).

Die nachstehend aufgeführten Bände sind in Arbeit: Sensburg, Neidenburg, Neumark, Treuburg, Allenstein, Osterode, Johannisburg, Ortelsburg und Angerburg. Die Kreisgemeinschaft Lyck hat sich spontan entschieden, sechs Bände, den Kreis betreffend, zu kaufen. Der Verfasser dieser Zeilen, Gerd Bandilla, empfiehlt den Erwerb der Bücher. So ein Buch gehört in den Buchbestand jeder betroffenen Kreisgemeinschaft. Es eignet sich auch sehr als Gastgeschenk für eine polnische lokale Behörde. Die Bücher können über den Buchhandel beim epubli Verlag gekauft werden. Dirk-René Trampenau erreicht man tagsüber unter Telefon (03494) 6660532 oder per E-Mail: Dirk-Rene.Trampenau@Bitterfeld-Wolfen.de



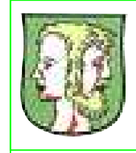
Zwei Bilder aus dem Lycker Band: Oben die historische Aufnahme des Heldengrabes in Scharnau bei Soldau. Unten das heutige Denkmal mit einer Figur Marias Bilder (3): Trampenau



Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 17

auf dem Land sind da benachteiligt, und so manche Bruderhilfe wird in den Geldbörsen der Enkel und Urenkel landen – wenn sie denn zu Besuch kommen.

Den Auszahltagen der Bruderhilfe – gemeinsam durchgeführt mit dem bewährten Organisationstalent Elzbieta Kozlowska – ging der Besuch einer besonderen Veranstaltung voran. Lesen sie im zweiten Teil des Reiseberichtes mehr über die großen Jubiläumsfeierlichkeiten der evangelischen Kirche in Lötzen.



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Hauptkreistreffen

Am 26. und 27. August findet das 63. Lycker Hauptkreistreffen in unserer Patenstadt Hagen in Westfalen statt. Der Vorstand der Kreisgemeinschaft lädt alle Lykker aus Stadt und Land zur Teilnahme herzlich ein, sowie alle, die sich dem Heimatkreis verbunden fühlen. Die Feierstunde am Sonntag, 27. August, findet in der Stadthalle Hagen, Wasserloses Tal 2 , statt. Das Programm :

Sonnabend, 26. August

11 bis 12,30 Uhr: Möglichkeit zur Besichtigung des Archivs, Elbersufer 20
13 Uhr: Öffentliche Kreistagssitzung im Rathaus in der Rathausstraße 13
16 Uhr: Öffnung der Stadthalle
17 Uhr: Kranzniederlegung an den Gedenksteinen im Stadtgarten
19 Uhr: Heimatabend in der Stadthalle (Wintergarten)

Sonntag, 27. August

9.30 Uhr: Öffnung der Stadthalle Hagen
11 Uhr: Feierstunde im kleinen Grünen Saal der Stadthalle
13 Uhr: Arbeitstagung des Arbeitskreises „Mittlere Generation“ im Wintergarten
14 Uhr: Begrüßung und gemütliches Beisammensein in der Stadthalle
17 Uhr: Ausklang

Einsicht in die Heimatkreiskartei: Sonntag von 9.30 bis 11 Uhr und von 13 bis 15 Uhr. Heimatliteratur und Landkarten sind am Bücherstand erhältlich.



MOHRUNGEN

Kreisvertreterin: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. Geschäftsstelle Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365.

In der Heimat

Freitag, 25. August: Herders Geburtstags-Feier in Mohrungen – Sonnabend, 26. August: 25-jähriges Bestehen des Vereins der Deutschen Bevölkerung „Herder“ in Mohrungen. Um 11 Uhr findet die Jubiläumsfeier in der „Aula“ der Herderschule in Mohrungen statt.



PREUSSISCH EYLAU

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries, Telefon: (02103) 64759 oder Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net

Fahrt nach Breslau und Ostpreußen

In der Zeit vom 15. bis 24. Juni fand die große Schlesien-und Ostpreussenfahrt der Canditter Gruppe unter der organisatorischen Leitung von Landsmann Gerd Birth statt. Die Teilnehmer waren bunt gemischt: Landsleute aus der Heimat-Region um Canditten und Landsberg, ferner aus anderen Regionen des ehemaligen Kreises Preußisch Eylau, deren Ehegatten, Nachkommen unserer Landsleute und zahlreiche andere Interessenten. Insgesamt nahmen 52 Personen teil.

Die Reise begann in Bielefeld, wo ein Großteil unserer Gruppe einstieg. Weitere Zustiege waren Herford, Langenhagen, Magdeburg und Berliner Ring. Das erste Ziel unserer Reise war Breslau, wo wir für drei Tage in einem sehr schönen Hotel mitten in der Innenstadt übernachteten.

Breslau, die ehemalige Hauptstadt von Schlesien, war im Jahr 2016 Kulturhauptstadt von Europa. Und man merkte es dieser Stadt an: Die im Zweiten Weltkrieg total zerstörte Innenstadt ist wieder aufgebaut worden und strahlt nun einen besonderen Charme und eine entspannte Atmosphäre aus. Und so erlebten wir am Tag nach unserer Ankunft bei sonnigem Wetter eine ausführliche Stadtführung durch das sehenswerte Breslau mit Dominsel, Jahrhunderthalle, Wasserspielen im Park, Markthalle und vielen anderen Kleinoden dieser Stadt. Tags darauf fuhren wir ins Riesengebirge und machten unterwegs Halt in Schweidnitz mit der sehenswerten Friedenskirche (UNESCO-Weltkulturerbe seit 2001) und Hirschberg mit der Gnadenkirche und den vielen Laubengängen. Im Riesengebirge besuchten wir ein uriges Holz-Restaurant zum Mittags-Imbiss und danach die Kirche Wang in Krummhübel. Die Schneekoppe in der Ferne konnten wir leider nur zum Teil erkennen.

Die Reise führte uns dann 550 Kilometer weiter nach Ostpreußen ins Hotel Gorecki in Heilsberg. Von dort aus wurden Ausflüge nach Landsberg, Canditten, Schewecken und in weitere Heimatorte organisiert. In Canditten nahmen wir auf dem im Jahre 2002 errichteten Ehrenfriedhof an einer Feierstunde zum Gedenken an unsere Toten teil. Der allseits bekannte evangelische Pfarrer Pawel Hause aus Rastenburg hielt für uns die Andacht. Anschließend wurde ein Kranz am Ehrenmal niedergelegt. Es waren ergreifende Momente auf heimatlicher Erde.

Danach folgte ein Besuch bei der Deutschen Gesellschaft in Landsberg, wo wir mit Kaffee und Kuchen reichlich bewirtetet wurden. Es war bereits das fünfte Treffen unserer Busgruppe bei der Deutschen Minderheit. Und anschließend erlebten wir bei Aleksander Tymiec im Storchendorf Schewecken, hart an der polnisch-russischen Grenze, einen wunderbaren Grillabend, den wir so schnell nicht vergessen werden.

Auf den Fahrten mit dem Bus durch den polnischen Teil unseres Kreisgebietes fiel uns auf, dass die Felder einigermaßen gut bestellt waren. Das war vor einigen Jahren noch ganz anders. Aber trotzdem bemerkten wir immer wieder unbestellte Flächen, die verwildern und verbuschen, besonders in der Gegend von Landsberg nach Canditten und dann weiter nach Sangnitten und Augam. Es bleibt also noch viel zu tun, um diese „grenznahe“ Region landwirtschaftlich zu beleben.

Nach dem Abschied von Heilsberg ging es weiter zur idyllischen Fahrt auf dem Oberlandkanal, ferner zur Kurzbesichtigung an die Marienburg am Nogat und dann zum Hotel in Elbing, das mitten in der neu erbauten Altstadt liegt. Von hier aus unternahmen wir an einem wunderschönen Sommertag einen Ausflug an die Ostseeküste nach Kahlberg mit dem kilometerlangen Sandstrand – ein herrliches Erlebnis!

Am vorletzten Tag folgte ein Besuch der Stadt Danzig, wo uns bei einer ausgiebigen Stadtführung die Sehenswürdigkeiten dieser alten Hansestadt gezeigt wurden. Hier konnten wir in beeindruckender Weise das Krantor an der Mottlau, das Grüne Tor, das Frauentor und die Frauengassen, die große Marienkirche mit der astronomischen Uhr, ferner das Zeughaus, die Langgasse mit dem Rathaus, den Neptunbrunnen mit dem Artushof und das bunte Treiben in dieser mit viel Sorgfalt wieder aufgebauten Stadt bestaunen.

Zu unserer letzten Übernachtung fuhren wir nach Posen, von wo aus wir am letzten Tag dann die Heimfahrt über Frankfurt/Oder antraten.

Es war eine Reise mit sehr interessanten Zielen und zahlreichen Eindrücken. Und das alles bei sommerlichem Wetter und mit einer sehr angenehmen Gruppe. *Gerd Birth*





Preußisch Eylau: Die Feierstunde auf dem Ehrenfriedhof in Canditten (oben)
Unten: Beim Grillpicknick in Schewecken Bild: privat

Alle Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

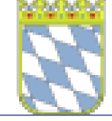
Osterode: Prominenter Gast





Frey Klier (Foto) kommt: Die Kreisgemeinschaft Osterode hat sie zu ihrem Hauptkreistreffen in die Stadthalle von Osterode am Harz am Sonntag, 17. September, eingeladen. Die Schriftstellerin, Regisseurin und ehemalige DDR-Bürgerrechtlerin liest aus ihrem Bestseller „Wir letzten Kinder Ostpreußens – Zeugen einer vergessenen Generation“. Beginn ist um 11 Uhr. Auch Nichtmitglieder der Kreisgemeinschaft sind herzlich eingeladen. Der Eintritt ist frei. Weitere Informationen: Geschäftsstelle Osterode, Telefon (05522) 919870. KGOeV@t-online.de; Sprechstunde: Dienstag 9–12, Donnerstag 14–17 Uhr.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Landshut – Dienstag, 15. August, 14. Uhr, Gasthaus Zur Insel: Gemeinsames Treffen.

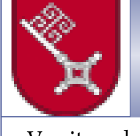


BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr



Bartenstein – Anfragen für gemeinsame Treffen bei Elfriede Fortange, Telefon (030) 4944404.



Königsberg – Freitag, 18. August, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben-Straße 10, 10709 Berlin-Halensee. Anfragen: Elfriede Fortange, Telefon (030) 4944404.

BREMEN

Vorsitzender: Jörg Schulz, Telefon (04296) 747701, Am Anjes Moor 4, 27628 Uthlede. Stellvertrende Vorsitzende: Marita Jachens-Paul, Ratiborer Straße 48, 27578 Bremerhaven, Telefon (0471) 86176.

Bremen – Sonnabend, 23. September, ab 7.30 Uhr bis zirka 20 Uhr: Tagesfahrt nach Schwerin zum 22. Landestreffen der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern. Der Preis beträgt pro Person: 39,50 Euro zuzüglich Eintritt zum Treffen: 7 Euro. Die Mindestteilnehmerzahl beträgt 20 Personen; sollten 25 oder mehr Personen teilnehmen, ermäßigt sich der Fahrpreis auf 32,50 Euro pro Person.

Die Teilnahme am Ostpreußentreffen ist nicht zwingend, stattdessen kann der Tag auch individuell in Schwerin verbracht werden. Anmeldungen sind bitte baldmöglichst, an Sausner Reisen, 28816 Stuhr, Telefon (0421) 801801 zu übermitteln.

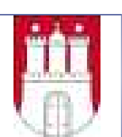
Bremen – Donnerstag, 17. August, 15 Uhr, Großer Salon, Hotel zur Post, Bahnhofsplatz 11: Im Rahmen einer Kaffeetafel wird unter dem Motto „Eine Bilder-Reise nach Kiew und Galizien“ eine Auswahl der schönsten Bilder der Fahrt in die Ukraine im Juni dieses Jahres gezeigt. Der Termin bedeutet zugleich das Monatstreffen der Frauengruppe und das „Bildertreffen der Reiseteilnehmer“

– Der Vorverkauf läuft –

Sonntag, 3. September, 15 Uhr (Einlass ab 14.15 Uhr), Flughafenhotel Airport Bremen, Flughafenallee 26: Sommerausklang mit Beetenbarsch und Schmandschinken. Im Vorprogramm wird der „Männerchor Eintracht Weyhe“ unter der Leitung von Anita Balode-Butt auftreten. Sie wird auch zum Mitsingen jahreszeitlich passender Lieder einladen. Die Preise der Veranstaltung betragen für Eintritt und Schmandschinken 17 Euro, für Eintritt und Beetenbarsch 10 Euro.

Ein Eintritt ohne Teilnahme am Essen ist aus organisatorischen Gründen nicht mehr möglich. Im Preis ist der in alter Tradition vor dem Essen genossene „Stobbe-Machandel“ enthalten. Eine Anmeldung in der Geschäftsstelle (eventuell auch telefonisch) ist unbedingt erforderlich und bindend, da wir für die Essensbestellung einstehen müssen!

Die Bezahlung kann auch per Überweisung erfolgen. IBAN: DE92290501010001080514.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Landesgruppe – Sonnabend, 2. September., 7.30 Uhr, Zentraler Omnibusbahnhof (ZOB): 47. Berlinfahrt des Landesverbandes der vertriebenen Deutschen in Hamburg (L.v.D.) zum Tag der Heimat nach Berlin. Bitte am Sonnabend um 7.30 Uhr am ZOB sein, damit wir um 7.45 Uhr abfahren können. Wir bitten, die 38 Euro Reiseko-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen!

Wir benötigen eine starke Gemeinschaft, jetzt und auch in Zukunft. Sie können unsere Arbeit unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. werden. Dabei ist es egal, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur Wahl eines Delegierten für die Ostpreußische Landesvertretung (Mitgliederversammlung) zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen informiert und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg. Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60 Euro. Der Aufnahmeantrag lässt sich auf www.ostpreussen.de (Unterbereich „Mitgliedschaft“) ganz einfach herunterladen, oder Sie können ihn schriftlich anfordern bei:

Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Dr. Sebastian Husen,
Bundesgeschäftsführer
Buchtstraße 4
22087 Hamburg
husen@ostpreussen.de

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

sten zu überweisen beziehungsweise bar in der Geschäftsstelle im Haus der Heimat einzuzahlen. Auf der Hin- und Rückfahrt werden Imbisse gereicht. Im Bus erhalten Sie die Einlasskarte. Sie wird in Berlin in eine Eintritts- und Platzkarte getauscht. Es gibt dort auch ein Festprogramm und weitere Unterlagen. Bernd Fabritius, Präsident des Bundes der Vertriebenen, eröffnet den Tag der Heimat und begrüßt die Teilnehmer. Die Festrede hält der Bundesminister des Inneren, Thomas de Maiziére. Das Programm wird musikalisch von den Potsdamer Turmbläsern umrahmt. Für die Hamburger Reisegruppe beginnt im Anschluss an den Festakt eine historische Berlinrundfahrt. Daher können wir nicht an der Kranzniederlegung teilnehmen. Den Mittagsimbiss nehmen wir am Berliner Alexanderplatz ein. Den Abschied von Berlin begehen wir am Reiterdenkmal Friedrich des Großen, Unter den Linden. Dort verabschieden wir uns auch von den Berliner Gästen mit einem traditionellen Sektumtrunk und deutschem Volksliedgut. Um rechtzeitig in Hamburg einzutreffen, planen wir um 19 Uhr aus Berlin abzufahren und wollen um 22.30 Uhr in Hamburg sein. Bitte überweisen Sie die 38 Euro auf das folgende Konto: Hamburger Sparkasse, IBAN DE 57 200 505 50 13 15 12 46 18, BIC: HASPDEHHXXX. Bitte beachten Sie, dass beim Ausfall keine Rückzahlung möglich ist.

Landesgruppe/Kulturreferat – Sonntag, 1. Oktober, Dittchenbühne, Elmshorn: Nach einem gemeinsamen Kaffeetrinken mit einem Gläschen Bärenfang steht das Volksstück „Herr Puntila und sein Knecht Matti" von Bertolt Brecht auf dem Programm. Die Regie führt Maria von Bismarck. Der Preis für den Busausflug beträgt insgesamt 30 Euro pro Person. Im Preis enthalten sind die Fahrt mit einem modernen Reisebus, ein Fläschchen Bärenfang während der Fahrt, Kaffee und Kuchen, ein Glas Bärenfang sowie die Theateraufführung. Die Abfahrten:

13 Uhr, Meckelfeld, Höpenstraße 88, Bushaltestelle Waldquelle.

13.15 Uhr, Bahnhof Harburg

14 Uhr, Kirchenallee (beim Hamburger Hauptbahnhof)

Die Rückfahrt ist für 18:30 Uhr geplant. Gehalten wird in der Kirchenallee, in Harburg und in Meckelfeld. Anmeldungen bei: Walter Bridszuhn, Telefon (040) 6933520 und 0172/9209151, E-Mail: walter.bridszuhn@gmx.de

– Nach Schwerin –

Landesgruppe/Kulturreferat – Sonnabend, 23. September, Schwerin: Noch sind ein paar Plätze im Bus frei, wenn es zum Ostpreußentreffen nach Schwerin geht. Der Fahrpreis beträgt nur 20 Euro. Der Eintrittspreis von sieben Euro ist an der Tageskasse zu zahlen. Es werden annähernd 2000 Teilnehmer aus ganz Deutschland erwartet. Sie werden auch in diesem Jahr ein hervorragendes Kulturprogramm erleben. Tragen Sie mit Ihrer Teilnahme dazu bei, dass weiterhin große Treffen der Heimatvertriebenen stattfinden können, um Verwandte, Freunde und Bekannte wiederzusehen und der Öffentlichkeit zu zeigen, dass wir noch da sind. Die Abfahrten:

7 Uhr, Meckelfeld, Höpenstraße 88, Bushaltestelle Waldquelle.

7,10 Uhr, Bahnhof Harburg

7.30 Uhr Kirchenallee (beim Hamburger Hauptbahnhof)

Die Rückfahrt von Schwerin ist um 17.45 Uhr. Anmeldungen bei Walter Bridszuhn, Telefon (040) 6933520 und 0172/9209151, E-Mail: walter.bridszuhn@gmx.d

KREISGRUPPEN



Insterburg, Sensburg – Die Heimatkreisgruppe trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat (außer im Januar und im Juli) zum Singen und einem kulturellen Programm um 12 Uhr, Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Kontakt: Manfred Samel, Friedrich-Ebert-Straße 69b, 22459 Hamburg. Telefon/Fax (040) 587585, E-Mail: manfred-samel@hamburg.de.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Wetzlar – Montag, 11. September, 19 Uhr, Restaurant „Grillstuben", Stoppelberger Hohl 128, 35578 Wetzlar: Treffen der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen mit Vortrag von Roland Virnich „Die preußische Ostbahn – Lebensader für West- und Ostpreußen". Der Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Parchim – An jedem dritten Donnerstag, 14.30 Uhr, Café Würfel, Scharnhorststraße 2: Treffen der Kreisgruppe. Gemütlicher Nachmittag, um über Erinnerungen zu sprechen, zu singen und zu lachen. Weitere Informationen: Charlotte Meyer, Kleine Kemenadenstraße 4, 19370 Parchim, Telefon (03871) 213545.

NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Osnabrück – Freitag, 18. August, 15 Uhr, Gaststätte „Bürgerbräu", Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe – Dienstag, 22. August, 16.30 Uhr, Hotel „Novum", Blumenhaller Weg 152: Kegeln.





NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Dortmund – Montag, 21. August, 14.30 Uhr: Heimatstube, Landgrafenstraße 1–3 (Eingang Märkische Straße): Monatliche Zusammenkunft.

Neuss – Jeden zweiten Mittwoch im Monat, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Treffen der Frauengruppe.

Witten – Montag, 21. August, 15 Uhr, Versammlungsraum, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde Witten, Lutherstraße 6-10: Reiseberichte von nah und fern.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz/Stadt – Donnerstag, 24. August, 15 Uhr, Vor dem Restaurantschiff: Spaziergang am Rheinufer Mainz-Kastel mit Einkehr.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Königsbrück – Donnerstag, 10. August, 19 Uhr, Informationszentrum Via Regia, Am Schlosspark 19: Der Heimatverein Königsbrück lädt ein zum Vortrag „Auf den Spuren der Salzburger Exulanten in der Oberlausitz im Jahre 1732" von Dr. Gabriele Lang.

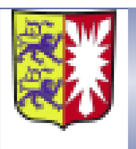


SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Bauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Gardelegen – Freitag, 25. August, 14 Uhr, Knackmuschen Hof, Letzlingen: Grillfest mit Programm.

Magdeburg – Freitag, 25. August, 16 Uhr, Sportgaststätte beim TuS Fortschritt, Zielitzer Straße: Treffen des Singekreises.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Flensburg – Sonnabend, 19. August, 14 Uhr: Schiffstour und Kaffeetafel auf der Flensburger Förde. Ab Schiffsanleger an der Schiffbrücke bei MS Alexandra oder MS Viking.

Uetersen – Freitag, 18. August, 15 bis 17 Uhr, Haus Ueterst End, Kirchenstraße 7: Gemeinsames Treffen. Der Königsberger Landsmann und Entertainer Harry Lasch erfreut mit schönen Wiener Melodien auf der Violine.

Wanderausstellungen des Zentrums gegen Vertreibungen

Bis 27. August, Kulturforum Vis-á-vis, Kellereistraße 23, 74722 Buchen: **„Angekommen – Die Integration der Vertriebenen in Deutschland"**

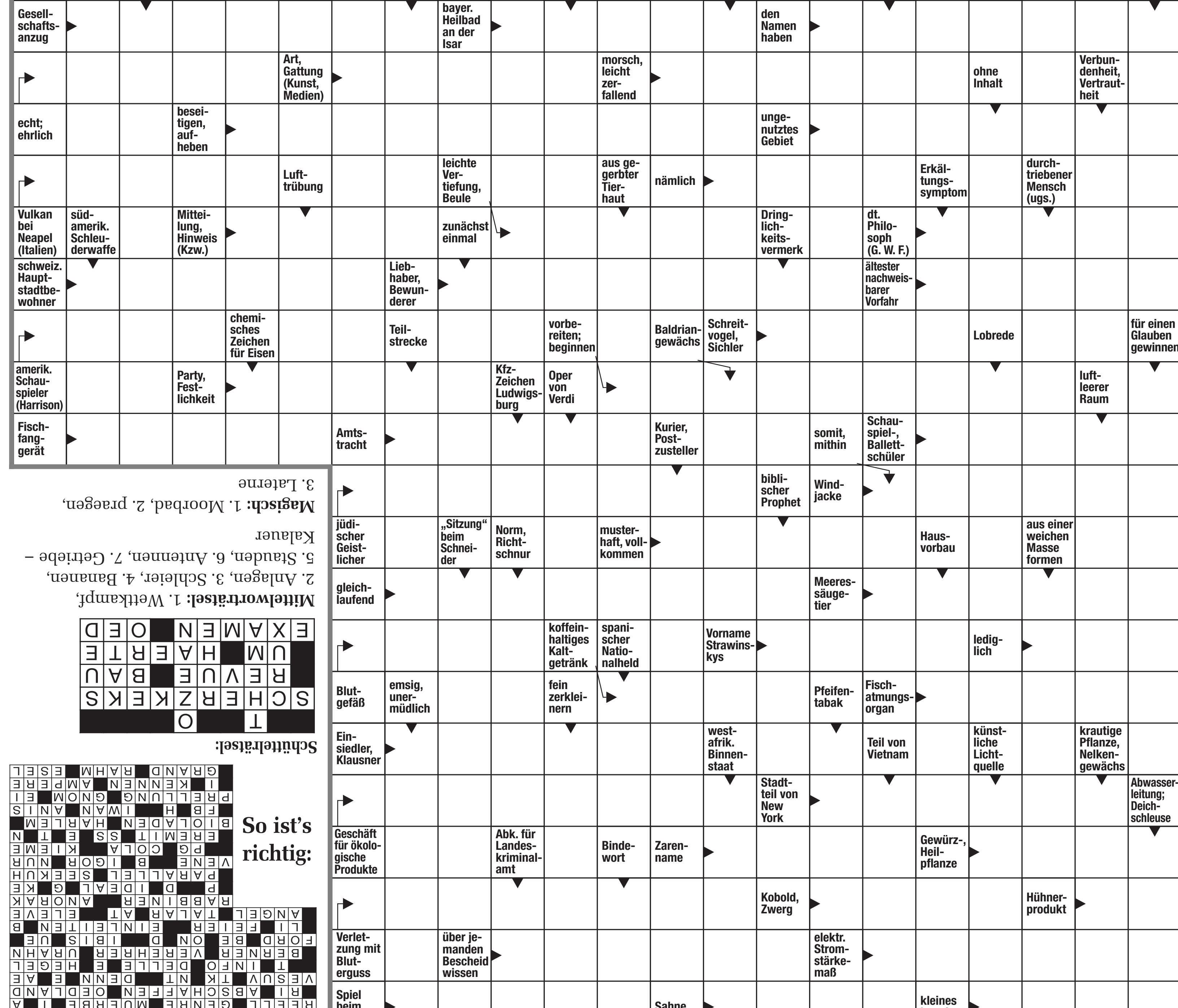
Bis 7. September, Kreishaus Korbach, Südring 2, 34497 Korbach: **„Verschwunden – Orte, die es nicht mehr gibt"**

Ihre Termine und Berichte

Wir sind für Sie da und veröffentlichen gerne alles, was es aus den Heimatkreisen, Landesgruppen, Kreisgruppen und anderen Zusammenschlüssen der Landsmannschaft Wichtiges zu berichten gibt. Wann und Wohin ihre Termine, Texte und Fotos geschickt werden sollten, haben wir hier noch einmal notiert.

Wann: Spätestens fünf Arbeitstage vor dem Erscheinungstermin (jede Woche am Donnerstag) der anvisierten *PAZ*-Ausgabe sollten Ihre Termine, Fotos und Berichte in der Redaktion vorliegen. Längere Texte, die auf dem Postwege gesandt werden, sollten uns schon einige Tage früher erreichen.

Wohin: Preußische Allgemeine Zeitung, z. h. Frank Horns, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. Oder per E-Mail: horns@ostpreussenblatt.de



Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

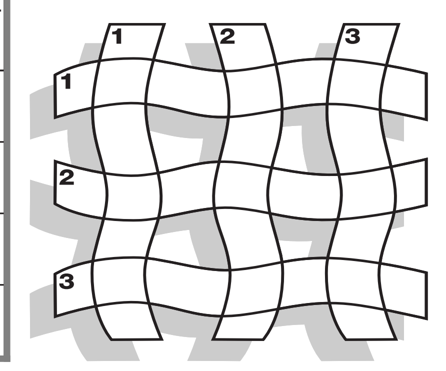
CEEHK KRSSZ	CRUX		AEHMT	EHRU		AENOZ	BEOR	AEKT	DESU
EERUV						ABU			
AEEM NX			AEEH RT						
						DEO			

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösungswort ein Wort für einen faden Witz.

1	SPORT		REGELN
2	HAFEN		BAU
3	GRAU		EULE
4	KOCH		BLATT
5	PRACHT		BEET
6	RADIO		MAST
7	AUTO		OEL

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Heilverfahren; Kurort
2 Münzen herstellen
3 Straßenlampe

Bobrowski-Abend

Szenische Lesung im Ostpreußischen Landesmuseum

Einen Abend rund um Johannes Bobrowski bietet das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg am Mittwoch, 16. August. Der Dichter wurde am 9. April 1917 im Tilsit geboren. Sein Weg führte ihn über Rastenburg und Königsberg nach Berlin, wo er im Alter von 48 Jahren 1965 starb. Er gehört neben Siegfried Lenz und Arno Surminski zu den bedeutendsten ostpreußischen Schriftstellern der Nachkriegszeit. Sein Roman „Levins Mühle. 34 Sätze über meinen Großvater“ wurde ein moderner Klassiker. Bobrowskis wichtiges Thema war das Verhältnis der Deutschen zu ihren östlichen Nachbarn, diese „lange Geschichte aus Unglück und Verschuldung“.

Die Veranstaltung zu seinem 100. Geburtstag im Landesmuseum soll dem Besucher das vielschichtige Werk Bobrowskis nahebringen. Gedichte, Prosa und Zeitzeugenberichte sollen „dichterische Wege in eine offene bessere Zukunft“ aufzeigen – so hat es Bobrowski selbst einst formuliert. Die Schauspielerin und Sängerin Christiane Görner trägt die Texte vor. Die Musikerin Bettina Erchinger begleitet sie auf dem Klavier. Beginn ist um 18.30 Uhr.

Weitere Informationen: Ostpreußisches Landesmuseum, Heiligengeiststraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 759950, Internet: www.ostpreussisches-landesmuseum.de, E-Mail: info@ol-lg.de



Foto: Johannes-Bobrowski-Gesellschaft

Bobrowski: „Dichterische Wege in eine bessere Zukunft“

Mit Bischof Jagucki

Heimatgottesdienst der evangelischen Ostpreußen in Lüneburg

Gott spricht: „Ich schenke euch ein neues Herz und lege einen neuen Geist in euch“ – unter dieser Jahreslosung findet am Sonnabend, 23. September, um 14 Uhr ein festlicher Heimatgottesdienst der Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen in der Lüneburger St. Johanniskirche statt. Geleitet wird die Veranstaltung von dem in Sensburg geborenen Pastor Fryderyk Tegler. Die Predigt hält Landesbischof Janusz Jagucki, der in Sorquitten geboren wurde und über 30 Jahre Gemeindepfarrer in Lötzen war. Die Orgel spielt Irina Kaguermanova (geborene König) aus Königsberg. Mit dabei sind der Posaunenchor aus dem Amt Neuhaus sowie die Solisten Kerstin Harms (Trompete) und Daniel Kannenberger (Gesang). Der Chor der Brüdergemeinde Lüneburg singt vor dem Gottesdienst ab 13 Uhr. Nach dem Gottesdienst gibt es Kaffee und Kuchen in der Krone neben dem Ostpreußischen Landesmuseum an der Heiligengeiststraße. *PAZ*





V.L.: Pastor Tegler mit Landesbischof Rolf Meister Bild: privat

Erbe und Auftrag

Die vielseitigen Aktivitäten des Bundes Junger Ostpreußen

Die Sommerfahrt nach Masuren, das Bundestreffen in Potsdam sowie das traditionelle Adventstreffen in Osterode sind Höhepunkte der Aktivitäten, zu denen der Bund Junges Ostpreußen (BJO) Mitglieder, Förderer und Freunde in der zweiten Jahreshälfte einlädt.

Der im Februar 2000 gegründete BJO hat sich im Laufe der Jahre als Jugendorganisation der Landsmannschaft etabliert. „Unsere Mitglieder und Interessenten kommen überwiegend aus der Bundesrepublik, teils sind es Angehörige der deutschen Volksgruppe in Ostpreußen sowie auch junge Russen, Polen und Litauer“,

Dem Unwissen entgegenwirken

heißt es auf der Internsetseite des BJO. Seine Mitglieder organisieren eigene Programme und wirken auch bei landsmannschaftlichen Veranstaltungen mit. So bot ein Team rund um Tobias Link, Regionalvorsitzender West, beim jüngsten Heimattreffen auf Schloss Burg Informationen aus erster Hand an. Ein reger Dialog fand sowohl mit jungen Besuchern als auch mit Vertretern der älteren Semester statt.

„Unser Anliegen ist es, das kulturelle und geschichtliche Erbe Ostpreußens zu bewahren und es jungen Leuten zu ermöglichen, die Kulturlandschaft Ostpreußens zu erleben. Darüber hinaus ist es für uns eine Herzensangelegenheit, an das Schicksal der deutschen Vertriebenen, zu denen viele unserer Großeltern gehören, zu erinnern und dafür Sorge zu tragen, dass dieses nicht in Vergessenheit gerät“, betonte Tobias Link bei seiner Ansprache auf Schloss Burg.

Link erklärte weiter: „Wir sehen Ostpreußen als Erbe und Auftrag für jeden Europäer, denn in seiner 750jährigen Geschichte war Ostpreußen ein Pfeiler und Mittler in Mitteleuropa. Diese Geschichte darf nicht durch Augenblicksempfindungen beiseitegeschoben werden, Das vielbeschworene gemeinsame Haus Europa hat auch Ostpreußens Beitrag zur Geschichte und Kultur als Fundament.“



Tobias Link, BJO-Regionalvorsitzender West, beim Ostpreußentreffen auf Schloß Burg: „Eine Herzensangelegenheit an das Schicksal der Vertriebenen zu erinnern“ Bild: Göllner

Allerdings haben der Student und seine Mitstreiter inzwischen auch erkannt, dass das Interesse junger Deutscher an Regionen wie Ostpreußen oder Schlesien nicht gerade groß ist. Dafür mag es verschiedene Gründe geben,

Interesse am »Land der dunklen Wälder«

aber nicht zuletzt steht dies auch in engem Zusammenhang mit der grassierenden Unwissenheit über die deutsche Vergangenheit. Die Gebiete Deutschlands ostwärts von Oder und Neiße sind dennoch Bestandteil seiner 700-jährigen Geschichte. Auch das reiche Kulturerbe der ehemaligen Herkunftsgebiete der Vertriebenen dürfe nicht in Vergessenheit geraten und müsse weiter gepflegt werden – so Tobias Link.

Gute Gelegenheiten, Ostpreußen näher kennenzulernen und neben der deutschen Volksgruppe vor Ort auch jungen Russen, Polen und Litauern zu begegnen, sind die BJO-Sommerfahrten. Die diesjährige Reise führt nach Masuren in das Sensburger Land. Eine Wanderung durch die weitläufige Johannisburger Heide und eine Paddelfahrt auf der Kruttinna stehen ebenso auf dem Programm wie die Besichtigung der Wallfahrtskirche Heiligelinde oder der preußischen Feste Boyen. Nicht fehlen wird selbstverständlich auch ein Ausflug zu den Großen Masurischen Seen.

Wer an den Programmen des BJO teilnehmen und Mitglied werden möchte, muss nicht unbedingt Vorfahren aus Ostpreußen haben, wichtig ist nur das Interesse am „Land der dunklen Wälder“. *Dieter Göllner*

Zur Sommerfahrt nach Masuren geht es vom 13. bis 24. August. Zum Bundestreffen mit Vorstandswahlen trifft man sich vom 6. bis 8. Oktober in Potsdam. Das traditionelle Adventstreffen findet im ostpreußischen Osterode vom 30. November bis 3. Dezember statt. Weitere Informationen: Bund Junges Ostpreußen in der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080, E-Mail: kontakt@junge-ostpreussen.de

Hohe Geburtenrate stärkt den Druck auf Europa

Zu: Schadstoff-Emission durch Kinder (Nr. 29)

Wenn Frau Herman Stellung bezieht gegen den Quatsch schwedischer Forscher bezüglich der von Kindern verursachten Klimakatastrophe, hat sie natürlich recht. Wir wissen ja, die CO_2-Narretei ist prägend für die heutige Zeit, die Theorie der von Menschen gemachten Klimaerwärmung ist von Fachleuten eindrucksvoll widerlegt, oft auch in der *PAZ*.

Ein Aspekt sollte aber in diesem Zusammenhang angesprochen werden – die dramatisch ansteigende Geburtenrate in Asien und vor allem in Afrika. Die Bevölkerungszahl in Afrika beträgt heute etwa 1,2 Milliarden Menschen, in 30 Jahren rechnet man mit 2,5 und im Jahr 2100 gar mit 4,4 Milliarden Menschen. In Asien, insbesondere im Nahen und Mittleren Osten, ist ein ähnlicher Trend zu erwarten.

Diese Entwicklung hat entsetzliche Konsequenzen für die Flora und Fauna dieser Regionen. Durch Abholzungen dehnt sich die nordafrikanische Wüste nach Süden aus. Jede wirtschaftliche Entwicklung wird aufgezehrt, der Rückstand des Pro-Kopf-Einkommens zu den entwickelten Ländern ist nicht aufzuholen. Es ist völlig sinnlos, eine Art Marshall-Plan für Afrika aufzulegen.

Die Konsequenzen für die Wanderbewegungen nach Europa liegen auf der Hand. Eine drastische Reduzierung der Geburtenrate ist dringend nötig, ist aber nicht zu erwarten. Schon jetzt greift dieses Problem auch auf Deutschland über. Die Zahl der neugeborenen Hartz-IV-Empfänger wird explodieren und damit unser Sozialsystem. **Dr. Joachim Vobian, Mühltal**

SPD ist nicht auf Augenhöhe

Zu: Ein „Mordsweib"? (Nr. 28)

Die Analyse über die Erfolgsmaxime von Angela Merkel greift zu kurz. Denn die eigentliche psychologische Stärke der Kanzlerin dürfte weniger darauf basieren, dass jene eine Sehnsucht nach Mütterlichkeit, sondern eher Sicherheit befriedigt. Wobei stark begünstigend der desaströse Zustand der SPD hinzukommt, die – wie schon 2013 unter Peer Steinbrück – wieder einmal den Wahlkampf viel zu spät begonnen hat und überhaupt gar keinen mutigen Angriffswillen zeigt.

Die Schwächen der Amtsinhaberin liegen auf der Hand, da ihr passiver Politikstil, die Zukunft dem Zufall zu überlassen, maßgeblich dafür verantwortlich ist, dass zum Beispiel der ländliche Raum beim schnellen Internet abgehängt wurde oder in den Ballungsgebieten die Mieten in immer höhere Dimensionen steigen.

Deshalb bleibt das Problem vor allem die Schwäche der Sozialdemokratie, die einen normalen demokratischen Wettbewerb um die besseren Inhalte derzeit verhindert. **Rasmus Ph. Helt, Hamburg**

Eine Seltenheit

Zu: Mild, Milder, Freispruch (Nr. 29)

Ich lese Ihre Zeitung schon lange und möchte Ihnen mal für Ihre offene und sachliche Berichterstattung danken. Sie sind in der Bundesrepublik ein Seltenheitswert, aber dringend notwendig.

Bezugnehmend auf den Artikel über milde Gerichtsurteile möchte ich auf folgenden Fall hinweisen, der zeigt, wie man mit kleinen Leuten umgeht: Das Dessauer Landgericht verurteilte einen 78-Jährigen zu einer Strafe von 1000 Euro, weil er drei Rasierklingen im Wert von sechs Euro gestohlen hatte. Ein Mord oder Mordversuch ist weniger wert als ein Diebstahl.

Offenbar weiß die Justiz nicht wohin mit der Arbeitszeit. Diebstähle von arabischen Einwanderern werden unter der Decke gehalten. Beispiele finden sich in der *PAZ* und manchmal auch in anderen politischen Zeitungen jetzt immer öfter.

Zuletzt möchte ich Ihnen für Ihre konkrete und offene Berichterstattung danken, die eigentlich für jeden zum Nachdenken über unsere Regierungsarbeit führen sollte. Ich befürchte, es funktioniert nicht, weil die meisten nur an ihr Geld denken. Solange die Autos immer größer und noch verkauft werden, wird sich die Situation nicht ändern. Erst wenn „plötzlich" in jedem Ort eine Moschee steht, werden vielleicht einige aufwachen. Aber keinesfalls durch die Kirchen, die im Fahrwasser der allgemeinen Politik laufen. **Rainer Löwe, Dessau**

Ein Irrenhaus

Zu: So versagt der Bundestag (Nr. 28)

Wer bisher im Zweifel gewesen ist, ob die Dekadenz weiter im Fortschreiten begriffen ist, hat seit dem 30. Juni Gewissheit. Angesichts der Tatsache, dass Deutschland von nie dagewesenen Asylbewerberströmen geflutet wird, hat die Mehrheit der Abgeordneten nichts Wichtigeres zu tun, als über die „Ehe für alle" zu beschließen. So mancher nachdenkliche Zeitgenosse fasst sich an den Kopf, weil er glaubt, im Irrenhaus zu sein. **Hermann Schubart, Marburg**

Explosiver Flieger

Zu: Ein großer Wurf ohne Fortune (Nr. 28)

In Bezug auf den Artikel über die Me 262 möchte ich hinzufügen, dass mein Mann diese Maschine bis zum Ende des Krieges gerne geflogen ist. Der Sprit musste leer geflogen sein, sonst bestand Explosionsgefahr, wie er damals berichtete. **Gisela Hannig, Friedrichshafen**



Erfolg und Misserfolg zugleich: Auf seiner Moskaureise erreichte Adenauer (M.) 1955 die Freilassung deutscher Kriegsgefangener. Zum Friedensvertrag kam es aber trotz Friedensposen mit Nikolai Bulganin (l.) und Nikita Chruschtschow (r.) nicht Bild: pa

Angreifer zögert

Zu: Miroslav Klose mit Zweifeln? (Nr. 28)

Ich kann durchaus das Zögern des ehemaligen deutschen Fußballnationalmannschaftsstürmers Miroslav Klose verstehen. Auf Wunsch einer einzelnen Dame wird das Verfahren für eine Ehrenbürgerschaft eingeleitet. Wenn der Stadtrat nicht komplett hinter einer Ehrenbürgerschaft steht, dann ist Vorsicht geboten. Wenn alles auch noch von hasserfüllten, antideutschen Parolen begleitet wird (auch wenn das nicht überwertet werden sollte), dann Achtung. Was mich in dieser Angelegenheit jedoch genauso stört, ist das Verhalten von Herrn Klose. In diesem Fall ist keine Rückmeldung auch eine Meldung.

Die Oppelner Ratsherren sollten alles rückgängig machen. Die Stadt kann sich keinen größeren Gefallen tun. **Heinz-Peter Kröske, Hameln**

Adenauers Freiheitskalkül wog schwerer als Stalins »Papierfetzen«

Zu: Karlsruhe winkt Oder-Neiße-Linie durch (Nr. 27)

Die Westalliierten haben dem Anliegen Stalins, Polens Territorium nach Westen auszudehnen, zugestimmt. Die Westgrenze Polens sollte auf einer Friedenskonferenz erörtert werden. Dazu ist es nicht gekommen. Doch war es ausgerechnet Stalin, der mit seiner Deutschlandnote vom 10. März 1952 ein Friedensabkommen in Aussicht stellte. Wäre es nicht die Pflicht eines deutschen Kanzlers gewesen, das Verhandlungsangebot zumindest zu prüfen, statt es von vornherein als einen „Fetzen Papier" abzutun?

Ob und inwieweit der damalige Bundeskanzler Konrad Adenauer dabei im Hinblick auf seine Freunde im Westen wirklich handlungsfähig war, dürfte eine ungeklärte Frage bleiben. Damals jedenfalls waren die niederschmetternden Folgen des Krieges noch nicht so hart zementiert, als dass man sie nicht durch Verhandlungen wenigstens in Teilen hätte lockern können. Dass der Regierungschef mit den Sowjets hart verhandeln und Erfolge erzielen konnte, hat er dann 1955 in Moskau bewiesen.

Was hätte er erreichen können? Mit Sicherheit wären die deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion schon früher entlassen worden. Wenn auch nicht Königsberg, so zumindest aber Stettin, wenn nicht gar Breslau, dazu noch ein beträchtlicher Teil Ostdeutschlands würden heute deutsches Gesicht zeigen.

Die Reparationen an die Sowjetunion, die die Wirtschaft und die „Brüder und Schwestern in der Sowjetzone" (Adenauer) in besonderem Maße über Jahrzehnte erheblich belasteten, wären auf alle Deutschen verteilt, wenn nicht gar eingestellt worden. Sicher, auch nur ein Restdeutschland, aber neutral und mit einem Friedensvertrag, wäre möglich gewesen. Alle Besatzer wären abgezogen und die bis heute noch geltenden Feindstaatenklauseln längst Vergangenheit.

Stalins östliche Widersacher, die sich seinen Plänen widersetzt hätten, wären hinweggefegt worden. Denn zu jenem Zeitpunkt war Stalin noch der unumschränkte Herrscher. Auch Polen hätte Abstriche bezüglich seiner „wiedergewonnenen" Gebiete hinnehmen müssen.

So aber sind wir ohne Friedensvertrag geblieben und schlagen uns mit anhaltenden deutsch-deutschen Teilvereinigungsquerelen herum. Für manchen im Westen, der die Note von vornherein zurückgewiesen hat, wäre es heilsam gewesen, mit den Sowjets nähere und längere Bekanntschaft zu machen, als dies nur den Ost- und Mitteldeutschen auf lange Jahre zu überlassen.

Das Argument, mit dem Nichteingehen auf das Angebot einen Angriff von Stalins Armee verhindern zu wollen, war wohl mehr ein Vorwand, um die Note von vornherein zurückzuweisen. So konnte Adenauer seiner „Westbindung" weiter frönen und die Besatzer im Lande behalten. „Freiheit vor Einheit" war die Parole – vergessen waren die „unfreien" Brüder und Schwestern „in der Zone". **Rudi Helwing, Leipzig**

Wehe dem, der an die polnischen Schandtaten in Oberschlesien erinnert!

Zu: Doppeltes Gedenken in Kattowitz (Nr. 29)

Damit (mit dem Gedenk-Marsch durch Kattowitz, d. Red.) sollte eigentlich auch an die Ereignisse erinnert werden, die dazu beitrugen, dass es zu diesem Autonomiestatut kommen konnte.

Als nach dem unmittelbaren Ende des Ersten Weltkriegs die neuen Kunststaaten Jugoslawien und die Tschechoslowakei, aber auch das wieder erstandene, viel größere Polen zusätzliche Expansionsansprüche an die alliierten Siegermächte stellten, versuchten die Regierungschefs der USA, Frankreichs und Englands besonders die Ansprüche des designierten polnischen Regierungschefs Paderewski zu dämpfen, indem sie dessen polnische Ansprüche an Oberschlesien von dem Ergebnis einer Volksabstimmung in dem beanspruchten Gebiet abhängig machen wollten, und erwarteten von dem berühmten polnischen Klaviervirtuosen und Politiker die Zustimmung für diesen demokratischen Verwaltungsakt. Der Pole war aber mit einer solchen Maßnahme gar nicht einverstanden, weil man ihm von alliierter Seite am 7. Mai 1919 die Zuteilung des ganzen Oberschlesiens an Polen versprochen haben will.

Der über die polnische Forderung empörte englische Premier Lloyd George entgegnete ihm deshalb, dass ausgerechnet jene einst annektierten Völker, die jetzt von den Siegermächten befreit wurden, nun daran gingen, ebenfalls andere Völker zu annektieren. Paderewski erklärte nämlich dem englischen Regierungschef, dass Polen auch Ansprüche auf ganz Galizien, die Ukraine sowie das gesamte Oberschlesien habe. Aber dann gab Paderewski gegenüber Lloyd George offen zu, dass er bei einer Volksabstimmung mit einer Mehrheitsentscheidung für Deutschland rechne.

Entgegen dem Artikel 88 des Versailler Diktats, die Einwohner Oberschlesiens demokratisch entscheiden zu lassen, sah der französische Präsident Clemenceau ursprünglich die Abtretung Oberschlesiens an Polen vor.

Mit entsprechenden gewaltsamen Maßnahmen begannen ab August 1919 polnische Banden die deutsche Bevölkerung in Kattowitz, Beuthen und Myslowitz zu terrorisieren. Wie schon in Posen versuchten sie, mit einem Aufstand der Abstimmung zuvorzukommen. Aber durch Massendemonstrationen erreichten die Oberschlesier dann doch eine Volksabstimmung, die am 27. Januar 1920 mit dem Einmarsch der Besatzungstruppen Englands, Frankreichs und Italiens durchgeführt wurde.

Obwohl Engländer und Italiener willens waren, den freien Charakter der Abstimmung zu garantieren, waren sie gegen die beherrschende Stellung der französischen Besatzungsmacht machtlos, die offen mit Polen zusammenarbeitete. Die Franzosen drückten bei den schlimmsten Verbrechen beide Augen zu und nahmen sogar teilweise selber an Ausschreitungen gegen die oberschlesische Bevölkerung teil.

Trotz polnisch-französischen Terrors und Verfolgung stimmten in Oberschlesien 60 Prozent für Deutschland und nur 40 Prozent für Polen. Doch nach diesem Votum besetzten von der französischen Besatzung unterstützte polnische Banden erneut einen Teil Oberschlesiens, den sie mit Morden, Raubzügen, Sprengungen und Brandschatzungen überzogen.

Der Völkerbund brach dann am 29. August 1921 sein von ihm selbst geschaffenes Völkerrecht, indem er den Raub Oberschlesiens durch polnische Banden legitimierte. Damit gingen 720 Jahre alte Städte an Polen, 75 Prozent der Kohlen-, Zink- und Bleierzgruben sowie der Hochöfen und 80 Prozent aller deutschen Industrieanlagen in polnischen Besitz.

So wurde also durch einen Ausschuss des Völkerbundes, in dem sich ein Chinese, ein Brasilianer, ein Spanier und ein Belgier befanden, das 720 Jahre alte deutsche Oberschlesien geteilt, das länger bei Deutschland war, als die Normandie bei Frankreich ist.

Wehe, wer am 5. Juli, dem Jubiläumstag der polnischen Armee, an die seinerzeitigen Schandtaten gegen die oberschlesische Bevölkerung erinnert hätte. Und wehe, wenn entsprechend einem tatsächlichen doppelten Gedenken die Erinnerung an den Besuch Marschall Jozef Pilsudskis im August 1922 in Kattowitz, der die Annexion Oberschlesiens unterstrichen haben soll, ein bisschen vervollständigt würde. Denn ausgerechnet der polnische Staatschef warnte den Bandenkommissar Wojciech Korfanty und dessen Helfer vor dem Raub des deutschen Oberschlesiens, indem er daran erinnerte, dass Oberschlesien uraltes deutsches Land ist.

Korfanty verlangte von ihm ein Eingreifen in Ostoberschlesien, worauf der Marschall ihm entgegenhielt: „Nach Oberschlesien gelüstet's Euch! Das ist eine unmögliche Sache. Oberschlesien ist doch eine uralte deutsche Kolonie!" **Ingo Schewiola, Hamm**

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Kosmische Apokalypse

Vor Millionen von Jahren entstand das Nördlinger Ries durch einen Meteoriteneinschlag – Die Gefahr aus dem All lauert weiter

Pro Jahr stürzen etwa 19 000 kleinere Meteoriten auf die Erde, ohne besondere Schäden zu verursachen. Aber die Boten aus dem Weltall können durchaus auch ganz beachtliche Verwüstungen anrichten, wenn sie einen Durchmesser von mehreren Dutzend oder gar hundert Metern haben. Das zeigen nicht zuletzt die beiden markantesten Impaktstrukturen auf deutschem Boden, nämlich das Nördlinger Ries und das Steinheimer Becken.

Die Szenerie vor 14,6 Millionen Jahren, also während des Erdzeitalters des Miozän, muss nachgerade apokalyptisch gewesen sein: Mit einer Geschwindigkeit von rund 72 000 Kilometern pro Stunde raste ein etwa 1,5 Kilometer großer Stein- oder Eisenbrocken – genaueres weiß man nicht, weil das Objekt beim Aufprall komplett verdampfte – auf das heutige Grenzgebiet zwischen der Schwäbischen und Fränkischen Alb zu und schlug dann dort im 30-Grad-Winkel in das Deckgebirge aus Kalk und Ton ein.

Nach neuesten Berechnungen entsprach die Explosionskraft dabei der von 18 Millionen Hiroshima-Bomben beziehungsweise dem 90-fachen der Energie des verheerenden Seebebens im Indischen Ozean Weihnachten 2004. Infolgedessen entstanden ungeheure Drücke und Temperaturen von bis zu 30 000 Grad Celsius, die sogar zur Bildung winziger Diamanten führten – zudem wirbelten 150 Kubikkilometer Gestein durch die Luft, als der Meteorit den Boden kilometertief zermalmte. Manche der geschmolzenen Trümmerstücke flogen bis zu 450 Kilometer weit und regneten dann als sogenannte Moldavite in Böhmen und Mähren nieder, wo man die bizarren flaschengrünen Tropfen lange Zeit für Edelsteine hielt.

Direkt am Einschlagsort des kosmischen Unheilbringers wiederum entstand ein kreisrunder Krater von nahezu 25 Kilometern Durchmesser und 500 Metern Tiefe, in dem das erhitzte Gestein wahrscheinlich 2000 Jahre benötigte, um wieder auf Normaltemperatur abzukühlen. Anschließend sammelte sich giftiges Salzwasser in der Wunde an der Erdoberfläche, bevor diese im Laufe der nächsten zwei Millionen Jahre verlandete und dann während der letzten Eiszeit mit Löß befüllt wurde, von dem die Landwirtschaft vor Ort bis heute profitiert.

Doch damit nicht genug: Der Hauptmeteorit hatte mindestens einen Begleiter von 150 Metern Größe, welcher rund 40 Kilometer südwestlich des heutigen Nördlinger Rieses niederging, wodurch das Steinheimer Becken entstand, das immerhin auch noch dreieinhalb Kilometer Durchmesser aufweist. Darüber hinaus könnte im Zusammenhang mit dem Ries-Impakt ein weiteres Dutzend kleinerer Rund-Strukturen bei Kipfenberg, Ellingen, Ihrlerstein und Altmannstein sowie am Bodensee entstanden sein. Ja, der Würzburger Geologe Erwin Rutte meinte sogar, dass damals Millionen größere und kleinere Brocken auf das Gebiet zwischen der Alb und Böhmen niedergeprasselt seien, was die Eisenvorkommen in der Region erkläre. Dies wurde von seinen Kollegen allerdings stark in Frage gestellt, da bisher noch nie eine derartig dichte Wolke kosmischen Materials auf die Erde traf.

Alles im Ries ist von kreisrunden Formen geprägt: Die im Krater errichtete Stadt Nördlingen Bild: pa

Auf jeden Fall aber zeitigte der Einschlag vor 14,6 Millionen Jahren verheerende Auswirkungen: So löschten die Druckwellen und die extreme Hitze jedes Leben im Umkreis von mehreren hundert Kilometern aus. Damit handelte es sich bei dem Ries-Ereignis, dessen Knall übrigens rund um die gesamte Erde hörbar gewesen sein muss, um die Urkatastrophe Süddeutschlands schlechthin.

Trotzdem aber erkannten die Menschen lange Zeit nicht, was die Landschaft so gewaltsam umgeformt hatte. Sie glaubten fest an eine vulkanische Entstehung des Kraters, bis dann Ernst Werner 1904 kosmische Ursachen anzunehmen begann. Endgültige Gewissheit erbrachten allerdings erst die Untersuchungen der beiden US-amerikanischen Wissenschaftler Eugene Shoemaker und Edward Ching-Te Chao. Sie fanden 1960 im Inneren des Kraters die seltenen Minerale Stishovit und Coesit, welche nur unter den extremen Bedingungen eines Meteoriteneinschlags in Quarzgestein, aber niemals durch Vulkanismus entstehen können.

Neben dem Nördlinger Ries wurden in der Vergangenheit zunächst auch viele der anderen, rund 100 großen irdischen Meteoritenkrater beziehungsweise Impaktstrukturen nicht als solche angesprochen, weil sie entweder der Erosion zum Opfer gefallen oder unter dicken Eis- und Sedimentschichten verschwunden waren. Das gilt insbesondere für die älteren Spuren von Einschlägen, wie den 320 mal 180 Kilometer messenden Vredefort-Krater in Südafrika, der bereits vor über zwei Milliarden Jahren entstand, oder den Chicxulub-Krater auf der mexikanischen Halbinsel Yucatan mit etwa 200 Kilometern Durchmesser. Dabei ist der letztere immerhin das Überbleibsel des Impakts eines über zehn Kilometer großen Himmelskörpers vor rund 66 Millionen Jahren, der heute allgemein für das Verschwinden der Dinosaurier sowie 75 Prozent aller anderen damaligen Tierarten auf unserem Planeten verantwortlich gemacht wird.

Ebenso vermuten die Wissenschaftler, dass das Massenaussterben im Übergang vom Perm zum Trias vor 250 Millionen Jahren auf einen Meteoritentreffer zurückging. Möglicherweise versteckt sich hinter der 2006 unter dem Eis der Antarktis entdeckten, 480 Kilometer großen Wilkesland-Schwereanomalie der damals entstandene Krater.

Ganz sicher aber wurde die Erde in regelmäßigen Abständen von etwa 200 Millionen Jahren von großen kosmischen Objekten verwüstet, die nicht nur die Tier- und Pflanzenwelt in erheblichem Umfang dezimierten, sondern sogar die Gestalt der Kontinente veränderten. Kleinere Einschläge, wie der in Süddeutschland, erfolgten dahingegen alle 500 000 bis 10 000 Jahre. Das heißt, dass der Mensch bereits Zeuge solcher Ereignisse gewesen ist, wobei das bisher recht glimpflich für ihn abging, weil nur dünnbesiedelte und abgelegene Regionen betroffen waren, wie beim Tunguska-Ereignis in Sibirien von 1908.

Deutlich dramatischer wäre es dahingegen, wenn heute ein Meteorit von der Größe des Ries-Impaktits Deutschland heimsuchen sollte: Abgesehen von der fehlenden radioaktiven Verseuchung könnte ein Atomkrieg kaum viel schlimmere Folgen haben. *Wolfgang Kaufmann*

Grüne Straßen für Getigerte

Wildkatzen kehren zurück in deutsche Wälder – auch dank eines erfolgreichen Projekts

Vor 100 Jahren standen die Wildkatzen in Deutschland kurz vor dem Aussterben. Inzwischen scheinen sie sich in vielen Regionen wieder heimisch zu fühlen. Das ergaben genetische Untersuchungen von Fellrückständen, welche die extrem scheuen Tiere an sogenannten Lockstöcken hinterlassen haben.

Wie viele Wildkatzen sich in deutschen Wäldern herumtreiben, können selbst Experten nicht genau beziffern. Im Jahr 2000 schätzte man die Population auf bis zu 5000 Tiere. Inzwischen sollen es etwa 7000 sein. Zu verdanken ist die Zunahme auch dem Projekt „Wildkatzensprung“, das der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) vor sechs Jahren ins Leben gerufen hat. In dem vom Bundesamt für Naturschutz mit 3,85 Millionen Euro aus Mitteln des Bundesumweltministeriums geförderten Projekt wurden abgetrennte Waldbereiche durch „grüne Korridore“ miteinander verbunden, durch die sich die Tiere neuen Lebensraum erschließen können. Die gefährliche Überquerung von Straßen soll ihnen dadurch erspart bleiben.

Nach Angaben der Präsidentin des Bundesamtes für Naturschutz, Beate Jessel, sind die Hauptlebensräume der Wildkatze, nämlich die naturnahen Wälder, oft durch Straßen, landwirtschaftlich genutzte Flächen oder Siedlungen voneinander isoliert. Das führe zu schwer überwindbaren Hindernissen und Gefahren für die Wanderungen der Wildkatze. „Diese sind aber nötig, um neue Lebensräume erschließen und sich inzuchtfrei vermehren zu können“, sagt Jessel. Um Wildkatzen und zugleich vielen anderen gefährdeten Tieren eine langfristige Überlebenschance zu geben, sei daher eine deutschlandweite Vernetzung der Wälder von großer Bedeutung.

Wildkatzen sind nicht zu verwechseln mit Hauskatzen oder wild lebenden Katzen. Sie bilden eine eigene Unterart und unterscheiden sich auch äußerlich von Hauskatzen. Sie sind etwas größer und massiger. Auffällig ist ihr buschiger Schwanz, der drei dunkle Ringfärbungen aufweist. Bis ins frühe 20. Jahrhundert hinein wurden die Tiere stark bejagt, außerdem wurden ganze Populationen Opfer von Epidemien oder wurden vom zunehmenden Autoverkehr auf Straßen überfahren.



Auf der Pirsch: Europäische Wildkatze Bild: Thomas Stephan / BUND

Als eine Maßnahme zur Gegensteuerung hat man 2011 das Projekt „Wildkatzensprung“ ins Leben gerufen, das als eines der größten Naturschutzprojekte Europas gilt, und das nicht nur in Hinblick auf die flächenmäßige Ausdehnung, sondern auch bezüglich der vielfältigen Beteiligung. Im Rahmen des Bundesprogramms Biologische Vielfalt waren zuletzt Landesverbände des BUND aus zehn Bundesländern beteiligt. Unter der Mitwirkung hunderter ehrenamtlicher Mitarbeiter wurden 25 000 Bäume und Sträucher gepflanzt, um Wälder miteinander zu vernetzen. Die genetische Datenbank umfasst aktuell etwa 3500 Lockstöcke, die mit der Unterstützung zahlreicher ehrenamtlicher Mitarbeiter insgesamt 50 000 Mal auf Haarproben untersucht wurden.

„Die im Projekt entwickelte Gendatenbank für die Wildkatze ist für die Wissenschaft einzigartig und wegweisend für weitere Projekte“, sagt Volker Mosbrugger, Generaldirektor der Senckenberg Gesellschaft für Naturforschung, mit deren Forschungsinstitut der BUND eng für die genetischen Analysen zusammenarbeitet. Die Datenbank lieferte dabei wichtige Hinweise, wo die Vernetzung von Wäldern besonders sinnvoll ist. In Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen und Thüringen wurden Wälder beispielhaft durch „grüne Korridore“, also Waldverbindungen aus Bäumen und Büschen, wieder miteinander verbunden.

Die gefährdete Europäische Wildkatze breitet sich in Teilen Deutschlands wieder aus, in anderen Gebieten, die auch als Lebensräume geeignet wären, so zum Beispiel in Teilen Ost- und Norddeutschlands, wurden dagegen noch keine Wildkatzen nachgewiesen. Darum wird sich der BUND auch nach Ende des Projekts „Wildkatzensprung“ weiter für die Wildkatze einsetzen: mit der langfristigen Schaffung eines 20 000 Kilometer langen Waldverbundes, der große Teile Deutschlands umfasst und somit einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung des länderübergreifenden Biotopverbunds leisten wird. Der Fortschritt dieser Vision ist online unter „www.wildkatzendatenbank.de“ einsehbar. *H. Tews*

Antikes Kriegskino

Vorbild aller Siegessäulen: Die Trajanssäule

Nach dem Gewinn eines Krieges schoss das Glücksgefühl der Herrscher offenbar so stark in die Höhe, dass sie dieses mit einer Siegessäule sichtbar machten. Napoleon ließ seine „Colonne“ auf dem Pariser Place Vendôme errichten, Hannover wiederum hat seine Waterloosäule, und die Berliner haben seit den Einigungskriegen ihre kanonenbestückte Siegessäule im Tiergarten.

Ihr aller Vorbild aber war die Trajanssäule in Rom, die nach jenem Kaiser benannt ist, der vor 1900 Jahren, am 8. August des Jahres 117, gestorben ist.

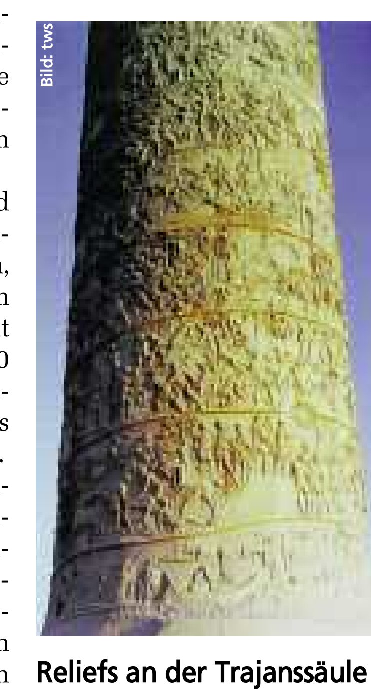


Bild: tws

Reliefs an der Trajanssäule

Die Säule diente rein der Propaganda. Der römische Kaiser Trajan ließ sie errichten, um den verlustreichen Sieg der Römer gegen die Daker zu glorifizieren. Zwischen den Jahren 101 und 105 führte er im westlichen Schwarzmeerraum zwei Kriege gegen das aufständische Volk der Daker, um Zugang zur Donaumündung und zu den Gold- sowie Erzvorkommen in der Region zu bekommen.

Den Kriegsverlauf zeigt ein spiralförmig angebrachtes Relief an der 30 Meter hohen Marmorsäule. Aufgerollt hätten die Bilddarstellungen mit 2500 Kriegern und einem Kaiser, der 60-mal darin vorkommt, eine Länge von 200 Metern. Der Zahn der Zeit hat die Farben, mit denen das Relief bemalt war, abgetragen. Hätte man die Säule drehen können, so wäre vor den Römern antikes Kriegskino in Farbe abgelaufen.

Von unten kann man heute die kleinformatigen Szenen kaum noch erkennen. Zu Trajans Zeiten aber stand die Säule vor zwei Bibliothekstrakten, von wo aus man in den höheren Stockwerken die Säule „lesen“ konnte.

Auf dem Trajansforum ist die Säule heute das letzte erhaltene antike Monument. Von den meisten anderen Bauten sind nur noch die Grundrisse zu sehen, ebenso wie von der einst riesigen Basilika, die vor der Säule aufragte. Deshalb war wohl der Trajansstatue, die einst auf der Säule thronte, der Blick zum unweit entfernten Kolosseum versperrt gewesen. Papst Sixtus ließ 1587 diesen Trajan durch eine Statue des Apostels Petrus ersetzen. Dieser hat bis heute einen freien Blick in alle Himmelsrichtungen. *Harald Tews*

»Hort von Barbaren«

Münchner Historikerin betrachtet die Geschichte des Balkans

Für Südosteuropa hatte sich im 19. Jahrhundert der Ausdruck „Balkan“ durchgesetzt. Er wurde wegen des drohenden Zusammenpralls dreier Imperien – Osmanisches Reich, Zarenreich und Habsburger Monarchie – mehr und mehr zu einem, ja zu *dem* europäischen Krisenherd. Noch 1876 hatte Bismarck gesagt, auf dem Balkan gäbe es kein Interesse für Deutschland, „das auch nur die gesunden Knochen eines einzigen pommerschen Musketiers wert wäre“. Knapp 40 Jahre später riss der Mord von Sarajewo Europa in den Ersten Weltkrieg. In unseren Tagen erlebte die Bundeswehr mit den NATO-Angriffen auf das Serbien Slobodan Milosevics ihren ersten militärischen Einsatz.

Der Balkan ließ nie kalt, er wurde romantisiert oder als Hort von Barbaren verteufelt. Die Münchner Historikerin Marie-Janine Calic räumt jetzt in ihrer umfangreichen, in dieser Form wohl für länger Maßstäbe setzenden Geschichte Südosteuropas gleich reihenweise mit Vorurteilen auf, oder besser: Sie informiert überhaupt erst einmal überaus gründlich über die Geschichte der Region von der Antike bis zur jüngsten Gegenwart (2013) und sagt dezidiert: „Südosteuropa ist ein von griechisch-römischem und christlichem Erbe geprägter unauflöslicher Bestandteil Alteuropas, trotz oder vielleicht gerade wegen der fast 500 Jahre dauernden Türkenherrschaft.“

In mehreren Kapiteln unterteilt sie die historische Entwicklung in eine vortürkische Zeit (streckenweise das spannendste Kapitel wegen der Fülle an Ereignissen, über die man bisher kaum etwas wusste), in die so ambivalente Türkenzeit (Unterdrückung und zugleich wirtschaftlicher Fortschritt), in die nationalstaatliche Entwicklung und die Ausbreitung Habsburgs auf dem Balkan, dann in die Epoche der Weltkriege und am Ende in eine Darstellung der Zeit von 1945 bis heute. In jedes Kapitel hat die Autorin ein Städteporträt aufgenommen, worin sie beispielhaft eine Zeitspanne in einer bestimmten Region schildert, so das albanische Kruja für die unmittelbare Vortürkenzeit an der Adria, Istanbul um 1683 im Zenit der osmanischen Herrschaft, Ragusa (das heutige Dubrovnik) als blühende Stadtrepublik und fast ebenbürtige Konkurrentin Venedigs im 18. Jahrhundert, Thessaloniki als türkisch-griechische Metropole, das bulgarische Plovdiv, Belgrad unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg, das elegante Bukarest der 1920er Jahre und schließlich das schwergeprüfte Sarajewo unserer Tage.

Die Türkenzeit spürt man auf dem Balkan bis heute. Die Autorin zeigt mehrfach, wie sehr sich christliche Religion und Nationalismus vereinten und zu ständigen Aufständen führten. Bezugspunkte waren und sind bis heute zudem antike Mythen und eine große Vergangenheit. Griechenland und Mazedonien beispielsweise streiten bis heute erbittert, wem nun eigentlich Alexander der Große gehört. Die in der unendlichen Kette von Kämpfen von beiden Seiten verübten Gräueltaten, die immer wieder ganz Europa schokkierten, schildert Calic eher distanziert. Wo sie diese erwähnt, lässt sie Beobachter „entsetzt“ oder „erschüttert“ berichten.

Aufräumen mit Vorurteilen

Auch die kommunistische Zeit nach 1945 wird vergleichsweise wertfrei referiert. Viel ausführlicher – und letztlich viel ergiebiger – schildert sie zahlreiche Lebensläufe von Diplomaten, Künstlern und Philosophen, teilweise wahrhaft kosmopolitische Köpfe und Staatsmänner vom Format eines Metternich, Bismarck oder Disraeli, die mitunter wahre Aha-Erlebnisse hervorrufen. Einen Abglanz gibt es gegenwärtig mit dem Dramatiker Eugène Ionesco, dem Historiker Emil Cioran und dem Religionswissenschaftler Mircea Eliade, alle drei Rumänen und heute weltberühmt, die als Beispiele für die vielen Talente aus Südosteuropa überhaupt stehen.

Ein Manko des Buches: Es enthält viel zu wenige und dann zu kleine Karten. Ständig werden Städte, Burgen, Flüsse, Täler oder Bergketten genannt, aber für den Leser bleibt vieles im Ungefähren. Man rätselt mehr, als dass man genau weiß, wo sich was abspielt. Darauf müsste ein Verlag, der ein solches Buch herausbringt, von vornherein besser achten.

Gleichwohl, Calics Geschichte Südosteuropas von Rumänien und Kroatien bis nach Griechenland ist ein großes Buch. Es verlangt vom Leser bei 700 Seiten einige Anstrengung und Konzentration, aber man wird mit einer Fülle neuen Wissens belohnt, das wirklich eine bessere Orientierung zu Ereignissen in diesem von so unterschiedlichen Völkern und Staaten geprägten Teil Europas erlaubt. *Dirk Klose*

***Marie-Janine Calic: „Südosteuropa. Weltgeschichte einer Region“**, C.H. Beck Verlag, München 2016, gebunden, 704 Seiten, 38 Euro*



Literarischer Leckerbissen

Zehn Novellen Pirandellos

Zum 150. Geburtstag des Literatur-Nobelpreisträgers Pirandello (1867–1936) ist ein Taschenbuch unter dem Titel „Maestro Amor. Römische Novellen“ erschienen, ausgewählt und brillant übersetzt von Martin Hallmannsecker, einem in Oxford lebenden Althistoriker. Die zehn Novellen liegen hier zum ersten Mal in deutscher Übersetzung vor, ihre Auswahl ist ein gelungener Querschnitt durch Pirandellos Themenwelt. Die Erstveröffentlichungen gehen auf die Jahre 1896 bis 1910 in Tageszeitungen zurück. Insgesamt schrieb Pirandello neben Romanen über 250 Kurzgeschichten, die er zu dem unvollendet gebliebenen Zyklus „Novelle per un'anno“ zusammenfasste, der hier auch als Textvorlage diente.

Die vorliegenden Erzählungen spielen alle in Pirandellos Wahlheimat Rom. Sie kreisen um das ganze Spektrum des Lebens, um Glück und Unglück, um die persönliche Identität, um Größe und Niedrigkeit des Menschen. Oder wie Maike Albath im Nachwort des Bandes schreibt: „Bankrott, verfehlte Liebe, fatale Eheschließungen, gescheiterte Lebensentwürfe, die Festlegung auf eine bestimmte Rolle durch äußere Zwänge, Persönlichkeitsspaltungen, die Familie als Gefängnis, Selbstmord – in den zehn Erzählungen des vorliegenden Bandes klingen alle großen Themen Pirandellos an.“

Parallelen zum leidenschaftlich-bewegten Leben des Autors inbegriffen. Pirandello war mit seinem Skandal-Stück „Sechs Personen suchen einen Autor“ von 1921 weltberühmt geworden. 1934, zwei Jahre vor seinem Tod, erhielt er den Nobelpreis für Literatur. Er hatte enorme Summen verdient, aber auch wieder verloren. 1928 klagte er seinem Sohn Stefano: „Ich bin 61 Jahre alt; und ich sehe mich immer noch gezwungen, von der Hand in den Mund zu leben, mit unendlichen Schwierigkeiten ringend, erdrückt von der anhaltenden Sorge, Eure (seiner Kinder) Bedürfnisse befriedigen zu müssen.“

So bestimmt echte Armut, weit unter der in Pirandellos Klagen, gleich die erste Novelle „Auf den Leim gegangen“. Pirandellos Prosa gräbt erbarmungslos tief. Sehnsüchte verwandeln sich in Abgründe. Pirandello erspart sich und anderen nichts. Dennoch sind seine philosophischen Miniaturen durch ihre unerwarteten Wendungen Kabinettstücke der Erzählkunst und trotz der düsteren Thematik von erstaunlicher Leichtigkeit. Sein Blick auf die Menschen ist schonungslos und teilnehmend zugleich. *Helga Schnehagen*

***Luigi Pirandello: „Maestro Amor. Römische Novellen“**, C.H. Beck Verlag, München 2016. broschiert, 160 Seiten, 16,95 Euro*

Monumentales Werk

Die Literatur der Weimarer Zeit

Es kommt selten vor, dass germanistische Sachbücher auch ein Gewinn für eine Leserschaft jenseits des akademischen Betriebs sind. Helmuth Kiesels „Geschichte der deutschen Literatur von 1918 bis 1933“ ist solch ein Ausnahmefall. Das Buch erweitert den Horizont für jeden, der sich auch nur einigermaßen für Kulturgeschichte interessiert.

In dem Opus summum steckt das gesamte Wissen eines Lebens. Es als „Lebenswerk“ zu bezeichnen, ist nicht übertrieben. Der emeritierte Heidelberger Literaturprofessor, der am 1. August seinen 70. Geburtstag feierte, hat sich seit Beginn seiner akademischen Karriere mit der Literatur der Weimarer Republik auseinandergesetzt. Sein Säulenheiliger ist der „Berlin Alexanderplatz“-Autor Alfred Döblin, über den er sich habilitiert hat.

Die gesamte Erkenntnis aus fast einem halben Jahrhundert Forschungsarbeit hat sich in diesem monumentalen Werk von 1300 Seiten niedergeschlagen. Es wäre wohl noch umfangreicher ausgefallen, wären nicht zahleiche Passagen mit lehrreichen Exkursionen zu Autoren und Inhaltsangaben von Romanen in kleinformatiger Schrift abgedruckt.

Doch der Aufwand ist berechtigt, denn von der Novemberrevolution von 1918 bis Hitlers Machtergreifung erlebte die deutschsprachige Literatur, wie Kiesel zu Recht anmerkt, eine Glanzzeit. Die Aufbruchsstimmung der Jahre schlug sich in innovativen Werken der Moderne nieder, so in der Epik bei Thomas Mann und Robert Musil, im Drama bei Karl Kraus und Bertolt Brecht oder in der Lyrik bei Rainer Maria Rilke und Stefan George.

Aber auch die von politischer Instabilität und wirtschaftlicher Ausweglosigkeit geprägte Krisenzeit spiegelte sich in einer ganzen Reihe von Werken kommunistischer wie nationalkonservativer Autoren. Kiesel stellt dabei heute unbekannte „Arbeiterdichter“ wie Alfons Petzold, Paul Zech oder Karl Bröger ebenso vor wie auch „nationalistisch-bellizistische“ Autoren wie Werner Beumelburg oder Franz Schauwecker.

Das Erfreuliche dabei ist, dass Kiesel nicht den Oberschiedsrichter gibt. Er fällt kein Urteil über die Autoren, die sich in den Dienst irgendeiner Ideologie gestellt haben. Er stellt sie stattdessen gleichberechtigt in eine Linie mit den Autoren, die sich – wie Hermann Hesse – in der Rezeptionsgeschichte zu den Heroen jener Zeit herausgeschält haben.

Entgegen der Erwartung, dass die Literatur der Weimarer Zeit ein Vorgriff auf den Nationalsozialismus sei, erinnert Kiesel daran, dass die Dichter damals in erster Linie Nachkriegsautoren waren, welche in ihren Werken den Ersten Weltkrieg verarbeitet haben. Dass sie alle Töchter und Söhne ihrer Zeit waren, zeigt Kiesel daran, dass er in seinem Buch das gesamte Panorama der Weimarer Zeit entfaltet. Das macht seine Literaturgeschichte zu einer einzigartigen Soziokulturgeschichte.

Durch ein umfangreiches Register kann man Kiesels Buch auch wie ein Nachschlagewerk nutzen. Döblin hat dabei mit die meisten Einträge, fast scheint es, als sei diese Literaturgeschichte um ihn herum gebaut. Ein Kafka-Experte ist Kiesel wohl weniger. Schade, denn dieser Autor spielt bei ihm fast keine Rolle. Wenn das das einzige Haar in der Suppe ist, dann sei es diesem phänomenalen Werk verziehen. *Harald Tews*

***Helmuth Kiesel: „Geschichte der deutschsprachigen Literatur 1918 bis 1933“**, C.H. Beck Verlag, München 2017, gebunden, 1304 Seiten, 58 Euro*

Eine gute Orientierungshilfe

Ex-Lehrerin schreibt über Erfahrungen bei der Seniorenheimsuche



Irgendwann steht jeder vor der Frage. Soll man die pflegebedürftigen Eltern oder Großeltern in einem Seniorenheim versorgen lassen oder nicht? Diese Entscheidung ist oft von schlechtem Gewissen geplagt.

Die ehemalige Lehrerin Sylvia Rosenkranz-Hirschhäuser versucht, allen Betroffenen mit ihrem Buch „Abgeschoben oder aufgehoben? Erfahrungen aus Seniorenheimen“ eine Hilfestellung zu leisten. „Die Geschichte meiner Mutter veranlasste mich zu diesem Buch“, sagt sie, als es darum ging, für die Mutter eine zufriedenstellende Lösung für ihren Lebensabend zu finden.

Schon die erste Seite zieht den Leser in den Bann. Da listet die Autorin ihre Verwandten auf, beginnend beim Urgroßvater väterlicherseits, und stellt in knappen Worten dar, wo diese ihre letzten Lebensjahre verbracht haben. Unweigerlich denkt man über seine eigene Familie nach. Rosenkranz-Hirschhäuser erzählt ihre Familiengeschichte und berichtet über die Schwierigkeiten bei der Suche nach einer Altersbleibe für die Mutter. Die Autorin vergleicht diese Fragen mit der Situation mit Kindern: „Lasse ich mein Kind zuhause oder gebe ich es in eine Kita oder zu einer Tagesmutter?“. Wäre für den älteren Angehörigen eine Pflegekraft für zuhause das Richtige oder doch eine Betreuung im Pflegeheim? Ein Kreis der Verantwortung und des Pflichtgefühls schließe sich hier, so die Verfasserin. Als Neuling weiß man nicht, wie es den Pflegebedürftigen in den Heimen eigentlich geht. Wie gehen die Verwandten mit der neuen Lebenssituation um? Zahlreiche Gespräche mit Bewohnern, Angehörigen und Heimleiterinnen, die bereitwillig in Interviews über das Leben in einem Seniorenheim sprachen, geben darüber Auskunft. Außerdem hat die Verfasserin eigene Texte von Frauen, die Heimerfahrung mit Angehörigen haben, mit in das Buch eingebunden. Die Autorin besuchte verschiedene Seniorenheime, um sich ein eigenes Bild zu machen und Vorurteilen, Ansichten, Fakten und Tatsachen auf den Grund zu gehen. Was sie dabei herausfand, ist lesenswert und hilfreich. Auch das Kapitel „Was mir bei meinen Besuchen in den Pflegeheimen auffiel“ wird jedem, den es angeht, sehr nützlich sein. Abschließend gibt es noch eine Rubrik mit praktischen Tipps und einen Blick in die Medienlandschaft zum Thema Altenbetreuung.

Das Werk bietet eine ganz entscheidende Orientierungshilfe. Man hätte es sich schon viel früher auf dem Markt gewünscht, denn das Thema betrifft uns alle. *Silvia Friedrich*

***Sylvia Rosenkranz-Hirschhäuser: „Abgeschoben oder aufgehoben? Erfahrungen aus Seniorenheimen“**, Ludwig Verlag, Kiel 2016, broschiert, 198 Seiten, 18,90 Euro*

»Die Kraft ist gegen mich«

Ungewöhnliche Erklärungsversuche des Phänomens Martin Schulz



Der Rezensent versteht Schulz nach der Lektüre des Buchs „Verstehen Sie Schulz ...“ nicht. Dabei sollen nach Jan Fleischhauer „alle Erlösungshoffnungen“ der „Linken“ auf Martin Schulz ruhen. Wäre er ein „unberechenbares Politmonster“ geworden, wenn er nicht mit 25 Jahren eine „Häutung“ in einer „psychosomatischen Klinik“ gehabt hätte, die „die konstruktive Energie“ freigesetzt, auf der Schulz seine „nachhaltige und krisenfeste politische Karriere“ aufbaute?

Martin Häusler unterstellt dem „Familiensystem“ hochgradige traumatische Erfahrungen, die nicht verarbeitet wurden und als „transgenerationale Übertragungsphänomene“ auf die Nachkommen einwirken. Die These besagt, dass Traumatisierungen über die DNA vererbbar seien und man „Opfer- wie Täterenergien in nahezu jeder deutschen Familie“ fände. Mit dem „Wissen um die formgebenden Kräfte“ gewinne Schulz „plötzlich klare Konturen“, werde seine „changierende Persönlichkeit“ erklärbar.

Doch versäumt er es, sein Wissen darzulegen, damit der Leser Schulz verstehen kann. Das „historische Gepäck der Würselener“ reiche von den Kelten über die Römer, die Merowinger bis zu den Karolingern mit Karl dem Großen. Erst „1903 kann sich Würselen aus der Fremdbestimmung“ von Aachen lösen, sodass nach seiner „Häutung“ der Juso Martin Schulz dort 1987 ehrenamtlicher Bürgermeister werden konnte. Der „Europäer“ brach 1994 nach Europa auf, wurde EU-Abgeordneter, stieg bis zum Parlamentspräsidenten auf, um 2017 Vorsitzender der SPD und deren Kanzlerkandidat zu werden.

Schulz wolle „Europa endlich verstehbar machen“. Doch diese „transnationale Demokratie“ bleibt eine Utopie und daran ist er nicht ganz schuldlos. Die „Kräfte des Vollbluteuropäers“ und „Führungsspielers“ reichten nicht aus: „Die Kraft ist gegen mich. Warum, weiß ich nicht, die ist gegen mich.“

Auf deutscher Bühne dagegen treibt der „Schulz-Effekt“ die Umfragewerte der Sozialdemokraten in die Höhe. Schulz tritt auf als „Kämpfer der Entrechteten“. Nach Verkündigung des „100-Prozent-Auftrags“ rief er seinen Genossen zu: „Ich glaube, dass dieses Ergebnis der Auftrag zur Eroberung des Kanzleramtes ist.“

Doch in allen drei folgenden Landtagswahlen musste Schulz' SPD herbe Verluste einstecken. Der Autor zitiert den Therapeuten Wolfgang Krüger: „Die Erfüllung der Familienaufträge enthält immer die Gefahr der Selbstüberforderung“. Diese Aufträge bleiben unbekannt. Schulz kann man deswegen nicht verstehen, weil er bis dato keine „programmatische Rede“ gehalten hat, deren Inhalt nicht dem seit 154 Jahren bekannten „sozialdemokratischen Parolenfundus zuzurechnen“ wäre. Neugierige können das Buch lesen, Wissbegierige werden sich eher über die Vita wundern. *Wolfgang Thüne*

***Martin Häusler: „Verstehen Sie Schulz. Wie der mächtigste Mann der SPD wurde, was er ist“**, Europa Verlag, Berlin 2017, gebunden, 184 Seiten, 14,90 Euro*



Heinz Schön
Pommern auf der Flucht 1945
Rettung über die Ostsee aus den Pommernhäfen Rügenwalde, Stolpmünde, Kolberg, Stettin, Swinemünde, Greifswald, Stralsund und Sassnitz
Mehr als 2,5 Millionen Deutsche wurden kurz vor Ende des Zweiten Weltkrieges von der deutschen Marine vor einem elenden Schicksal bewahrt. In diesem Buch fasste der Autor Heinz Schön die Ereignisse seiner jahrzehntelangen Recherchen darüber zusammen. Im Zeitraum von nur drei Monaten – von Mitte Januar bis Ende März 1945 – gelang es im größten Rettungswerk der Seekriegsgeschichte, deutsche Flüchtlinge vor dem Zugriff der Roten Armee zu beschützen. Viele Flüchlingstrecks aus Ost- und Westpreußen retteten sich in die pommerschen Hafenstädte, um von dort über die Ostsee in den Westen Deutschlands zu gelangen. Auch die pommersche Bevölkerung war viel zu spät von den Nazis informiert worden, dass sie ihre Heimat würde verlassen müssen. An Hand von Zeitzeugenberichten schildert das Buch ausführlich die Situation in den acht Pommernhäfen. 444 Seiten.
Nr. P A0429 **Kartoniert** **19,90 €**



Peter Novak
Von Königsberg nach Ulm
Biografischer Roman über Umwege
364 Seiten/Kartoniert
Nr. P A1001 **38,00 €**

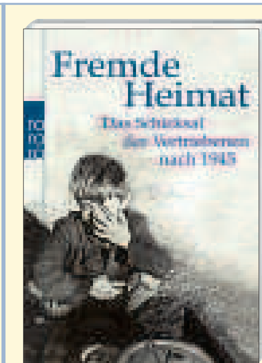
Ein beispielhaftes Leben im und um den Zweiten Weltkrieg bildet Grundlage und Beginn dieses beeindruckenden, höchst menschlichen zeitgenössischen Entwicklungsromans. In einer gutbürgerlichen Familie geboren, wird Janies zu einem heimatlosen, hungrigen, vom Kriegsgeschehen schwer traumatisierten Jungen ohne Zukunftsperspektive. Kraft der Überwindung lebensbedrohlicher Gefahren und Hindernisse erkämpft sich der Königsberger mit Hartnäckigkeit und Menschenliebe seinen weiteren Weg ins Leben. Ende 1945 muss er mit Mutter, Großmutter und jüngerem Bruder aus dem zerstörten Königsberg flüchten, im Baltikum unter Litauern, Letten, Weißrussen und Partisanen Hilfe suchen.





Einwohnerbuch Königsberg 1941
Das Einwohnerbuch Königsberg ist eine Schatzkiste vieler interessanter Informationen, die die Stadt und ihre Einwohner wieder lebendig werden lässt. Ob Namen, Adressen, die Berufsbezeichnungen der Hausbewohner, die familiären Zusammenhänge, Theater mit Grundriss und Sitzplan, andere öffentliche Gebäude oder Werbeanzeigen von ehemals vertrauten Firmen und Geschäften, alles lässt Erinnerungen wach werden und manche Unklarheit kann nach der Lektüre dieses Werkes ausgeräumt werden.
Hardcover mit farbigem Überzug. 823 Seiten.
Nr. P 1507 **Gebunden** **98,00 €**

Lothar Graf zu Dohna
Die Dohnas und ihre Häuser
Profil einer eurpäischen Adelsfamilie – in 2 Bänden
Eine illustrative (kunst-)historische Dokumentation des 850-jährigen Wirkens der Adelsfamilie Dohna im preußischen und europäischen Raum. Die Geschichte eines adligen Geschlechts ist auch immer die Geschichte seiner Häuser. Das weitverzweigte Adelsgeschlecht der Dohnas, in der Mitte des 12. Jahrhunderts von der Burggrafschaft Dohna (bei Dresden) ausgehend, wirkte in der Periode der Burgen und Schlösser insbesondere in Böhmen und Preußen. Diese Einzelstudie zur Sozial- und Kulturgeschichte des Adels eröffnet neue Perspektiven auf die allgemeine Geschichte Preußens und Ostpreußens. In zahlreichen Abbildungen stellt diese (kunst-)historische Dokumentation die annähernd 30 Schlösser und Herrenhäuser der Adelsfamilie Dohna mit einem umfangreichen, bisher meist unveröffentlichten gewachsenen Bestand an historischen Kunstwerken vor. 992 Seiten
Nr. P A0691 **Gebunden mit Schutzumschlag** **89,00 €**



Burg/Fehse/Krauss
Fremde Heimat
Das Schicksal der Vertriebenen nach 1945
Taschenbuch,
272 Seiten
Nr. P A0585 **9,99 €**

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs kamen sie aus ganz Mittel- und Osteuropa nach Deutschland: Es waren rund zwölf Millionen Menschen, die nichts im Gepäck hatten als die Erinnerung an die verlorene Heimat und den festen Willen, sich nicht aufzugeben. Sie waren keineswegs willkommen – die Flüchtlinge mussten nicht nur ihr Leben neu organisieren, sondern auch mit Ressentiments, gar Anfeindungen fertigwerden. Wie haben sie ihre Lage gemeistert? Erst heute sind viele Betroffene bereit, über ihr Schicksal als Vertriebene im Nachkriegsdeutschland offen zu reden. Das vorliegende Buch widmet sich diesem heiklen Kapitel – ein ungewöhnlicher Blick auf die Nachgeschichte von Flucht und Vertreibung.



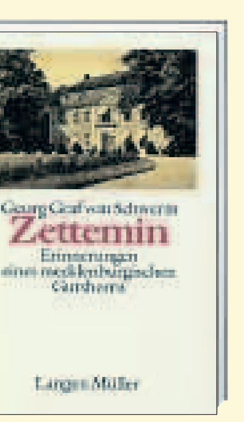
Bernsteinsplitterkette 70 cm
Aus verschiedenfarbigen und unterschiedlich großen Bernsteinen.
Nr. P A0759 **Bernsteinkette** **49,90 €**

Sonderpreis € 4,99

Helfried und Renate Weyer
Masuren – Orte der Stille
Texte ostpreußischer Autoren wie Marion Gräfin Dönhoff, Arno Surminski, Ernst Wiechert und viele mehr sowie die stimmungsvollen Masuren-Bilder des Meisterfotografen Helfried Weyer schaffen Inspiration für Sinne, Geist und Seele. Format 20 cm Breite x 19 cm Höhe. 98 Seiten
Nr. P A1006 **Gebunden** **4,99 €**



Siegfried von Vegesack
Die baltische Tragödie
Siegfried von Vegesack hat in seiner großartigen Romantrilogie vom Schicksal der Baltendeutschen ein faszinierendes Panorama einer versunkenen Kultur- und Gesellschaftsschicht gezeichnet. Am Beginn entfaltet sich in berührenden Bildern das Leben auf einem großen Gutshof, poetisch, unverkitscht und mit wachem Auge für die soziale Wirklichkeit geschildert. Später treten die politischen und sozialen Spannungen zwischen Deutschen und Russen einerseits, der Herrenschicht und den weitgehend rechtlosen Esten und Letten andererseits immer stärker ins Blickfeld, bis Vegesack schließlich den Untergang der deutschen Kultur im Baltikum in den Wirren des Ersten Weltkriegs, der bolschewistischen Aufstände und der Freikorpskämpfe schildert. 520 Seiten
Nr. P 9627 **Gebunden** **19,90 €**



Georg Graf von Schwerin
Zettemin – Erinnerungen eines mecklenburgischen Grafen
336 Seiten/Gebunden
Nr. P A0230 **19,90 €**

Georg Graf von Schwerin, Schloss- und Gutsherr auf Zettemin, beschwört noch einmal die unwiederbringlich versunkene Welt des mecklenburgischen Landadels. Seine liebevolle Beschreibung veranschaulicht dem Leser das naturnahe Leben, dem als gesellige Höhepunkte Treibjagden, Manöver und Besuche im prickelnden Berlin der zwanziger Jahre gegenüberstehen. Doch dieses geruhsame und erfüllte Leben wird in zunehmendem Maße von den politischen Entwicklungen beeinflusst und mit wachsender Sorge beobachtet Georg Graf von Schwerin, wie der Nationalsozialismus nach 1933 in alle Lebensbereiche vordringt. Ein zeitgeschichtliches Dokument der Jahre von 1918 bis 1945.



Königsberger Marzipan Teekonfekt
225 Gramm vakuumverpackt im Geschenkkarton
Nr. P 5664 **Marzipan** **11,95 €**



Jetzt mit 300 Gramm Marzipan

Königsberger Marzipan „Königsberger Schloß“
300 Gramm vakuumverpackt im Geschenkkarton
Nr. P 5666 **Marzipan** **13,95 €**



Marjellchen
Schwarzer Johannisbeerlikör
25 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5693 **16,95 €**



Moosbeere mit Wodka
Baltische Spezialität
20 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5685 **16,95 €**



Nalewka
Weichselkirchen-Likör
25 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5684 **16,95 €**



Gumbinner Marillchen
Aprikosen-Likör
25 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5686 **16,95 €**



Schit-Lot-Em
Pommerscher Magenlikör
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5689 **19,95 €**



Bärenjäger
Ostpreußischer Bärenfang
35 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5680 **19,90 €**



Breslauer Dom
Benediktiner Abtei-Likör
42 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5677 **19,20 €**

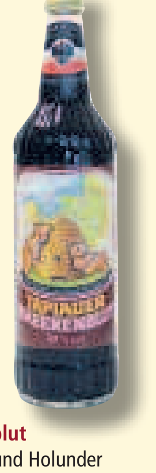
Wir verschicken Flaschen in absolut bruchsicherer Verpackung. Dieses kostenintesive Verfahren erfordert, dass wir zusätzlich zur Versandkostenpauschale Verpackungskosten je Sendung in Höhe von 1,75 € erheben müssen.



Kurenkaffee
Ostpreußischer Likör
25 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5688 **16,95 €**



Meschkinnes
Der Ur-Bärenfang
50 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5692 **19,95 €**



Bärenblut
Honig und Holunder
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5694 **19,95 €**



Danziger Goldwasser
Danziger Liqueur
38 % vol., Flasche 0,7 Liter
Nr. P 5811 **21,95 €**

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Islam Grund für Radikalisierung

Wien – Frustration oder mangelnde berufliche Perspektiven werden oft als Auslöser für die Radikalisierung junger Moslems angegeben. Dem widerspricht eine Studie der Universität Wien. 29 biografische Interviews mit einschlägig straffällig gewordenen Moslems hätten vielmehr ergeben, dass die intensive Beschäftigung mit der Lehre des Islam die entscheidende Wende zum Schlechteren bei den Befragten eingeleitet habe, so die Wissenschaftler. *H.H.*

Ifo-Chef sieht massive Konflikte

München – Der Präsident des Ifo-Instituts, Clemens Fuest, warnt in der „Neuen Osnabrücker Zeitung", dass die Krise Italiens Europa in massive Konflikte stürzen könnte. Eine Weile noch könne man das Land durch verdeckte Kredite am Laufen halten. Irgendwann aber werde der Druck steigen, zu offenen Transfers überzugehen. Dann drohe heftiger Streit. *H.H.*

ZUR PERSON

Neuer Chef an der Leine?

Dieser Tage scheint sich alles gegen Niedersachsens Ministerpräsidenten Stephan Weil zu wenden. Dieselaffäre bei VW, eine von diesem Konzern angeblich geschönte Regierungserklärung und der Verlust der Regierungsmehrheit durch den Austritt der Grünen-Abgeordneten Elke Twesten aus Partei und Fraktion.

Dafür reibt sich **Bernd Althusmann** jetzt in die Hände. Schneller als erwartet könnte der CDU-Landeschef und Spitzenkandidat seiner Partei der neue Ministerpräsident werden. Wenn das derzeitige Umfragehoch, das für die CDU bei 41 Prozent liegt, bis zu den vorgezogenen Landtagswahlen am 15. Oktober anhält, könnte er mit der FDP, die bei neun Prozent liegt, eine Koalition bilden.

Der aus Oldenburg stammende 50-jährige Politiker, der unter dem CDU-Ministerpräsidenten David McAllister von 2010 bis 2013 Kultusminister war, wird jetzt das Rampenlicht nutzen, um für sich zu trommeln. Denn da er durch unglückliche Umstände bei den letzten Landtagswahlen nicht ins Parlament gewählt wurde, fehlt ihm diese wichtige politische Bühne zwecks Eigenwerbung.



Bild: CDU-Nds.

Der frühere Offizier der Panzertruppe, der an der Hamburger Universität der Bundeswehr sein Diplom in Pädagogik machte, muss nun zusehen, dass die Plagiatsvorwürfe gegen ihn in Vergessenheit geraten. Eine Untersuchungskommission der Universität Potsdam sprach ihn 2011 zwar davon frei, stellte aber fest, dass seine nur mit „rite" – „ausreichend" – bewertete Doktorarbeit in Betriebswirtschaft nicht den guten wissenschaftlichen Standards entspräche.

Mal sehen, wie Althusmann es in der Politik mit ethischen Standards hält. Sollte er Ministerpräsident werden, wird er sich gut überlegen müssen, ob er sich bei Twesten mit einem hohen Amtsposten dafür bedankt, dass sie die Fronten gewechselt hat. *H. Tews*



Schweigend in die Pleite

Warum die Politik aufatmen darf, wovor die Leute wirklich Angst haben, und wie selbst Deutschland das Geld ausgehen könnte / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Wir können aufatmen: Einige Tage lang schien es, als würde die gerade wieder ansteigende Asylflut zum Nummer-eins-Thema des anlaufenden Bundestags-Wahlkampfes aufsteigen. Ausgerechnet Martin Schulz hatte sie aus dem toten Winkel zurück in die Arena des Parteienstreits ziehen wollen. Aber nicht mal das bekam dieser trübe Tropf hin.

Welches Thema kommt jetzt? Die Funke-Mediengruppe ließ die Meinungsforscher von Emnid bei den Deutschen nachfragen, wovor sie am meisten Angst haben. Und siehe da: „Flüchtlinge" rangieren auf dem vorletzten Platz von sieben, nur vor Arbeitslosigkeit fürchten sich noch weniger der Befragten.

Vor nichts haben wir laut der Umfrage mehr Angst als vor der „Veränderung des Weltklimas", es folgt die Furcht vor neuen Kriegen, danach vor Terroranschlägen und kurz dahinter vor Kriminalität und schließlich vor Altersarmut.

Das ist eine wirklich schöne Nachricht für unsere Politiker: Sie können ihre verkorkste „Energiewende" in aller Ruhe und Beständigkeit weiter in Richtung Blackout schrauben und dürfen getrost ignorieren, was sich da am Mittelmeer gerade zusammenbraut. Die Deutschen nehmen jede neue Strompreiserhöhung und die weitere Zersetzung unserer Energiesicherheit gern hin, da sie sich so schrecklich vor dem Klimawandel fürchten. Und die nächste Asylflut kann ruhig kommen, schert uns nicht mehr.

Oder doch? Andere Umfragen, die auch nicht so viel älter sind als die genannte, fördern stark abweichende Zahlen zutage. Da stehen plötzlich Terrorismus und die Asyl- und Zuwanderungsfrage ganz oben auf der Angst-Skala der Bundesbürger.

Schwer zu sagen, woher dieses buntscheckige Bild rührt. Wandeln sich die Gefühle der Deutschen so rasch? Oder steckt etwas anderes hinter diesem merkwürdigen Hin und Her?

Womöglich das hier: Das Allensbach-Institut hat vor knapp zwei Jahren herausgefunden, dass fast jeden zweiten Deutschen eine Angst umtreibe, über welche die Demoskopen eher selten berichten: Es ist die Angst, seine eigene Meinung zu äußern. Wobei das wiederum nur eine Zwischenstufe ist, auf die eine noch groteskere folgt: nämlich die dumpfe Angst davor, überhaupt eine eigene Meinung zu haben. Allensbach-Gründerin Elisabeth Noelle-Neumann taufte das Phänomen „Schweigespirale".

Wie das aussieht? Schon mehrfach erlebt: Da freuen sich junge Frauen beim gemütlichen Beisammensein unter Freunden und Bekannten ganz euphorisch darüber, dass so viele „Geflüchtete" zu uns gekommen sind. Das mache das Land bunter. Jeder, der da Befürchtungen hege, sei dumm oder böse.

> Die Schweigespirale rattert: Menschen trauen sich nicht mehr, zu wissen, was sie wissen

Später hört man von denselben Damen, dass sie in jüngerer Zeit an bestimmten Orten nicht mehr gern allein vorbeigingen, schon gar nicht bei Dunkelheit. Wer daraufhin nachfragt, was sie denn dort so beunruhige, der kann die „Schweigespirale" förmlich rattern und klappern hören. Im glücklichen Fall ist ein schneller Themenwechsel die einzige Antwort. Im weniger glücklichen will die Befragte mit leicht grimmigem Unterton von einem wissen, was man denn mit dieser Frage „sagen" wolle.

Kurz gefasst: Die Leute trauen sich nicht, zu wissen, was sie wissen. Und sie gestatten es selbstverständlich auch keinem anderen. Diese bizarre Angst ist für Politiker außerordentlich bequem, denn sie immunisiert die Bürger dagegen, unbequeme Fragen zu stellen.

Etwa, warum die Bundesregierung trotz der Erfahrungen um den G20-Gipfel die kurzfristig eingeführten Grenzkontrollen erneut abgeschafft hat. Zum Gipfel wurden knapp einen Monat lang die Grenzen wieder kontrolliert. Dabei gingen den Behörden 6125 Verstöße gegen das Aufenthaltsrecht ins Netz, 4546 illegale Einreisende und 812 Drogengangster, es folgten 782 Haftbefehle.

Was lernt Berlin daraus? Sie ahnen es: gar nichts! Zwar belegen diese Daten eindringlich, wie wichtig die Überprüfungen sind, sprich: was der Polizei ohne sie an Delikten alles durch die Lappen geht. Doch völlig ungerührt von diesen Fakten ließ Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) die Kontrollen kurz nach G20 wieder einstellen.

Mit Empörung haben Politiker von Schwarz bis Rot den Verdacht zurückgewiesen, sie interessierten sich für die Sicherheit gewisser Gipfelgäste viel mehr als für die Sicherheit der eigenen Bürger. Dass die Zahlen diesen Verdacht recht solide bestätigen, bleibt zum Glück undiskutiert. Denn wer hier dumme Fragen stellt, der muss sich schließlich fragen lassen, was er mit solchen Fragen „sagen" will. Das vermeiden wir lieber, schon der erwartbar hässlichen Reaktionen wegen.

So wird die Gesellschaft schleichend gleichgeschaltet. In den USA hat eine Studie ergeben, dass das akademische Publikum, wenngleich schon immer eher in der politischen Linken beheimatet, seit den 90er Jahren noch einmal deutlich weiter nach links gerückt ist. Meinungen von rechts der Mitte zu äußern werde in diesem Milieu mit Ächtung und faktischem Sprechverbot bestraft.

Die Studie beleuchtet überdies eine andere, ebenfalls sehr spannende Erscheinung. Es ist demnach nicht bloß die „Schweigespirale", welche erzwungenermaßen blind macht für drängende Probleme. Da spielt noch etwas anderes hinein: Verdummung!

Eine deutsche Zeitung zitiert einen Autor der Forschungsarbeit: „Forschungen zu politisch kontroversen Themen werden unzuverlässig, weil politisch bevorzugte Schlussfolgerungen weniger sorgfältig überprüft werden, während politisch unkorrekte Ergebnisse sich Bergen von motivierter und feindseliger Überprüfung von Akademikern und Publikum gegenübersehen."

Mit anderen Worten: Unsinn wird „Wissenschaft", weil politisch gewollt, und echte Wissenschaft zu betreiben, wird gefährlich. Das eindrucksvollste Beispiel liefern wohl die vom Staat mit vielen Millionen gepäppelten „Gender-Studies". Mehr als 200 Lehrstuhl-Inhaber für „Gender-Studies" liegen uns Steuerzahlern bereits auf der Tasche, obwohl das gar keine Wissenschaft ist, sondern reine Ideologie. Eine ziemlich schräge dazu.

Wir fragen uns, wie weit dieser und anderer Blödsinn wohl noch getrieben wird. Ob eine politische Kraft den Quatsch stoppen kann? Sicher. Aber wenn das nicht gelingt? Dann geht es eben so weiter, bis das Geld alle ist, um all den politisch korrekten Schnickschnack zu finanzieren.

Aber kann Deutschland, dem „reichen" Deutschland, denn sowas passieren? Möglicherweise schneller, als wir bislang dachten. 2016 sind die Sozialausgaben, das sind sämtliche Transfers von der ordentlichen Umlagerente bis zu Hartz IV, fast doppelt so schnell gewachsen wie die gesamte Wirtschaftsleistung. Nunmehr umfassen die Transfers fast ein Drittel der Wirtschaftsleistung – und laut Prognose soll der Anstieg in diesem Jahr ungebremst weitergehen (was natürlich nichts mit den Asylkosten zu tun hat).

Das Prekäre: Eigentlich sinken die Sozialausgaben bei Höchstbeschäftigung und guter Konjunktur wie derzeit, weil viele Bedürftige wegfallen, die wieder Arbeit haben. Bei uns aber steigen die Ausgaben trotzdem. Was wohl erst geschieht, wenn die Konjunktur einknickt und die „sprudelnden Steuereinnahmen" versiegen? Wir sind gespannt.

Die DDR ist wirtschaftlich an genau so etwas kaputtgegangen. Die Sozialtransfers fraßen von Jahr zu Jahr immer mehr vom Nationaleinkommen auf, bis eines Tages nichts mehr ging. Im Oktober 1989 ließ das Politbüro der SED den Chef der Staatlichen Plankommission, Gerhard Schürer, untersuchen, wo die DDR wirtschaftlich steht. Resultat: Genossen, wir sind pleite!

Schade, Schürer ist 2010 verstorben. Dabei hätten wir ihn, bei seiner Erfahrung mit katastrophalen Bestandsaufnahmen, in ein paar Jahren vielleicht nochmal gut gebrauchen können.

MEINUNGEN

***Jan Schoenmakers** blickt im „Cicero" (24. Juli) auf das Erbe der **68er Generation**:*

„Die Generation, die von ihren Eltern die 40-Stunden-Woche und das Wirtschaftswunder erbte, hinterlässt Schulden und eine marode Infrastruktur, Sozialsysteme auf Kollisionskurs sowie eine – erstmals seit mehr als 100 Jahren – ansteigende Lebensarbeitszeit, derweil sie selbst mit Rekordvermögen den Lebensabend genießt. Man sagt, die Revolution fresse ihre Kinder. Im Falle der 68er kann man das wörtlich nehmen."

***Jan Fleischhauer** sieht die **Deutschen** aus ideologischen Gründen in ein **wirtschaftliches Desaster** laufen, wie er auf „Spiegel online" (3. August) schreibt:*

„Verarmt, dafür aber ökologisch vorbildlich: Mit ihrem Kampf gegen die eigene Autoindustrie betreibt die deutsche Wohlstandsgesellschaft ihre Selbstabschaffung ... Wir haben die Atomindustrie außer Landes getrieben. Wir haben die Gentechnik exiliert. Im Grunde mögen wir auch die chemische Industrie nicht, und die Internetwirtschaft ist uns eh suspekt ... Leider lässt sich ohne industrielle Basis keine entwickelte Volkswirtschaft am Laufen halten, schon gar nicht ein Sozialstaat von dem Ausmaß, wie ihn sich die Deutschen leisten."

*FDP-Chef **Christian Lindner** ist nicht nur **genervt von den Grünen**. In der „Bild am Sonntag" (6. August) klagt er:*

„Für die Grünen sind alle, die ihre Meinungen nicht teilen, dumm, von gestern oder böse. Diese Überheblichkeit ist nicht nur nervtötend, sondern auch eine Gefahr für den Wohlstand, wenn Technologien zum Feindbild gemacht werden."

***Ulli Kulke** nimmt auf der „Achse des Guten" (5. August) die Alarmmeldungen über das **„Bienensterben"** auseinander, die genauso maßlos übertrieben seien wie die Behauptung vor 35 Jahren, der Wald würde in Kürze sterben:*

„Es wird mal wieder gestorben. Das Bienensterben macht ganz große Karriere. Die Umweltgruppen schlagen Alarm. Wieder geht es ums Ganze. Wieder wird gnadenlos übertrieben, wieder für einen vermeintlich guten Zweck. Dieses Mal soll auf dem Umweg über die Biene der konventionellen Landwirtschaft der Garaus gemacht werden. Dumm nur: Laut den Landesverbänden der Imker haben die Bienenvölker in sämtlichen Regionen des Landes Jahr für Jahr deutlich zugenommen."

*Als **„deutschen Masochismus"** brandmarkt **Daniel Saurenz** auf „welt.de" (7. August) das Verhalten der deutschen Öffentlichkeit im **„Diesel-Skandal"**:*

„BMW, VW oder Daimler sind keine Heiligen, sie haben betrogen, sie sollten weitaus härter angefasst werden, als es ihre verlängerten Arme Alexander Dobrindt oder Winfried Kretschmann fordern. Deutscher Masochismus ist es dennoch, wenn man die eigene Industrie von ‚Spiegel' bis ‚Zeit' grillt, die US-Konzerne sich jedoch ins Fäustchen lachen. Nachfragen kann man dahingehend bei der Finanzindustrie, die in den USA für schmutzige Geschäfte Milliarden abladen durfte, während die Amerikaner in Europa fein raus waren."